

Soziale Arbeit in der (Post-)Demokratie?

Ellen Bareis

Die Löcher im konsensualen Gewebe der (Post-)Demokratie
Oder: Wie viel Unrepräsentierbarkeit erträgt die Soziale Arbeit?
Ein Essay

Martina Lütke-Harmann

Auf der Suche nach dem verlorenen Grund
'Post-Demokratie' als historische und systematische Reflexionskategorie
Sozialer Arbeit

Benedikt Sturzenhecker

Demokratiebildung in der Debatte um Rancières Begriff der Demokratie
und Postdemokratie

Thomas Wagner

Soziale Arbeit, Bürgerschaft und (Post-)Demokratie –
Über die Notwendigkeit, Soziale Arbeit in demokratietheoretischen
Widersprüchen zu denken

Heinz Sünker

Über den Widerspruch zwischen Bildung und kapitalistischer Demokratie
Mehr als eine Polemik

Forum

Marie Frühauf & Kathrin Schulze
Soziale Arbeit und ihr empirischer Blick auf die 'Gekreuzten'
Anmerkungen zur Ausgabe „Gekreuzt?!“

Aktionskonferenz Care Revolution

„Her mit dem guten Leben – für alle weltweit!“



Widersprüche

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

33. Jahrgang, Dezember 2013

Herausgegeben vom Widersprüche e.V.

Verein für kritische Analyse und Bildung im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich

Redaktion: Manfred Kappeler, Friedel Schütte (Berlin); Christof Beckmann, Holger Ziegler (Bielefeld); Henning Schmidt-Semisch (Bremen); Friedemann Affolderbach (Leipzig); Uwe Hirschfeld (Dresden); Fabian Kessel (Essen); Karl August Chassé, Helga Cremer-Schäfer, Kirsten Huckenbeck (Frankfurt); Frank Düchting, Timm Kunstreich (V.i.S.d.P.), Annita Kalpaka, Michael Lindenberg, Tilman Lutz, Barbara Rose, Wolfgang Völker, Heiner Zillmer (Hamburg); Dietlinde Gipsler (Hannover); Jan Wulf-Schnabel (Kiel); Ellen Bareis, Thomas Wagner (Ludwigshafen); Joachim Weber (Mannheim); Maria Bitzan, Eberhard Bolay (Reutlingen); Günter Pabst (Schwalbach/Ts.); Holger Adam, Michael May (Wiesbaden); Gertrud Oelerich, Andreas Schaarschuch, Heinz Sünker (Wuppertal).

Die Schwerpunkte der nächsten Nummern sind:

Widersprüche 131 „Wem hilft die Kinder- und Jugendhilfe?“ II (März 2014)

Widersprüche 132 Soziale Arbeit: kritisch – reflexiv – radikal. Praxis der Kritik (Juni 2014)

Widersprüche 133 Inklusion – Versprechungen vom Ende der Ausgrenzung (September 2014)

Die **Widersprüche** erscheinen regelmäßig mit vier Nummern im Jahr mit einem Gesamtumfang von mindestens 520 Seiten. Einzelheft € 15,00. Jahresabonnement € 42,00; StudentInnenabonnement (Studienbescheinigung beilegen) € 27,00; Preise jeweils zzgl. Versand. Das Abonnement kann mit einer Frist von acht Wochen zum Jahresende schriftlich gekündigt werden.

Hinweis der Redaktion: Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Manuskripte zur Veröffentlichung nimmt die Redaktion gerne entgegen. Für eingesandtes Material wird keine Haftung übernommen.

Redaktionsadresse: Widersprüche, Nicoletta Rapetti c/o Redaktion express/AFP e.V., Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel.: (0 69) 67 99 84, E-Mail: widersprueche@gmx.de

Verlagsadresse: Verlag Westfälisches Dampfboot, Hafenweg 26a, 48155 Münster, Tel.: (02 51) 39 00 48-0, FAX (02 51) 39 00 48 50, E-Mail: info@dampfboot-verlag.de, Internet: <http://www.dampfboot-verlag.de>

Vertrieb an Einzelkunden: Germinal GmbH, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 / 4 17 00, E-Mail: bestellservice@germinal.de

Vertrieb an Institutionen/Buchhandlungen: Prolit Verlagsauslieferung, Siemensstr. 16, D-35463 Fernwald, Tel.: +49 (0) 641 / 9 43 93 33, Fax: +49 (0) 641 / 9 43 93 39, E-Mail: R.Eckert@prolit.de

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt der Zeitschrift „Mittelweg 36“ bei.

© 2013 Verlag Westfälisches Dampfboot. Alle Rechte, auch das der Übersetzung vorbehalten
Druck und Bindung: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz

ISSN 0721-8834 ISBN 978-3-89691-990-8

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Widersprüche

130



Knochenbrüche
Z'sammenbrüche
Bibelsprüche
Lehrerflüche
Mutters Küche
sind 'ne Menge
Widersprüche
(Volksmund)

Soziale Arbeit in der (Post-)Demokratie?

Zu diesem Heft.....3

Schwerpunkt

Ellen Bareis

Die Löcher im konsensualen Gewebe der (Post-)Demokratie
Oder: Wie viel Unrepräsentierbarkeit erträgt die Soziale Arbeit?

Ein Essay..... 11

Martina Lütke-Harmann

Auf der Suche nach dem verlorenen Grund
'Post-Demokratie' als historische und systematische Reflexionskategorie

Sozialer Arbeit 23

Benedikt Sturzenbecker

Demokratiebildung in der Debatte um Rancières Begriff der

Demokratie und Postdemokratie..... 43

Thomas Wagner

Soziale Arbeit, Bürgerschaft und (Post-)Demokratie –

Über die Notwendigkeit, Soziale Arbeit in

demokratiethoretischen Widersprüchen zu denken..... 61

Heinz Sünker

Über den Widerspruch zwischen Bildung und kapitalistischer Demokratie
Mehr als eine Polemik 89

Forum

Marie Frühauf & Kathrin Schulze

Soziale Arbeit und ihr empirischer Blick auf die 'Gekreuzten'
Anmerkungen zur Ausgabe „Gekreuzt?!“ 101

Aktionskonferenz Care Revolution

„Her mit dem guten Leben – für alle weltweit!“ 115

Rezensionen

Wolfgang Völker

„Nicht ob, sondern wie?“ Oder: Schrittden für Schrittden ins Paradies
Über: Jacobi, Dirk/Strengmann-Kuhn, Wolfgang (Hg):
Wege zum Grundeinkommen 120

Jahresinhaltsverzeichnis Widersprüche, 33. Jahrgang 2013 130

Bildnachweise

Fotos im Innenteil: © Walburga Freitag, Bielefeld

Zu diesem Heft

„Die Demokratie erfreut sich heute einer nie dagewesenen weltweiten Popularität und ist gleichzeitig nie zuvor konzeptionell vager beziehungsweise substanzärmer gewesen [...]. Das Loblied der Demokratie wird heute nicht nur rund um den Globus, sondern auch durch das gesamte politische Spektrum hindurch gesungen. [...] Berlusconi und Bush, Derrida und Balibar, italienische Kommunisten und Hamas – wir sind jetzt alle Demokraten. Aber was ist von der Demokratie übrig geblieben?“ (Brown 2012: 55f.).

Diese Einschätzung der marxistischen Politikwissenschaftlerin Wendy Brown trifft sich mit anderen renommierten Einschätzungen: Der Historiker Eric Hobsbawm (vgl. 1998) spricht in seiner Geschichte des 20. Jahrhunderts von der Gleichzeitigkeit des Erfolgsmodells Demokratie und von dessen Ineffizienz.

Fragt man nach dem Verhältnis von Demokratie und Sozialer Arbeit, dann lässt sich in Analogie zu diesen Diagnosen ein ähnlicher Widerspruch vermerken: Einerseits scheint die Etablierung einer formalen Demokratie auch den Auf- und Ausbau eines sozialstaatlichen Bildungs-, Erziehungs- und Sorgesystems mit sich zu bringen, wie die osteuropäischen Transformationsprozesse seit Ende der 1980er Jahre gezeigt haben. Das Modell des formal-demokratischen Staats ist daher für die Soziale Arbeit im sozialstaatlichen Kontext auch ein konstitutiver Bezugspunkt. Andererseits erweist sich dieser Bezug allerdings als vage oder höchstens implizit, was sich in der weitgehend fehlenden systematischen Reflexion des historischen Zusammenhangs von formaler Demokratie, Sozialer Arbeit und den demokratietheoretischen Dimensionen Sozialer Arbeit in Forschung und Literatur zur Sozialen Arbeit zeigt.

Vergewissert man sich historisch, dann stellt sich die Situation teilweise etwas anders dar: Gerade in der Frühphase der sozialstaatlichen Institutionalisierung öffentlicher Erziehungs-, Bildungs- und Sorgeleistungen finden sich seit den 1840er Jahren explizite Bezüge auf Demokratie. Bürgerliche Reformer begründeten öffentlich verfasste Hilfsprogramme als ein Instrument der Verwirklichung von Demokratie. In sozialpädagogischen Sonntagsschulen engagierten sich zum Beispiel Freimaurer in Duisburg, um die Volksbildung voranzubringen. Einige Jahrzehnte später zeigt sich im Kreis progressiver angelsächsischer Pionier_in-

nen wie Jane Addams – nicht zuletzt aufgrund ihrer Nähe zum Dewey'schen Pragmatismus – die Demokratisierung von Gesellschaft wieder als eine zentrale Motivation, aus der heraus Soziale Arbeit betrieben wurde. Aber auch das Modell der Lebens- und Arbeitsgemeinschaften, mit dem Carl Mennicke in den 1920er Jahren eine pädagogische Ermöglichung von Selbstorganisation anstrebte, weist in eine ähnliche Richtung.

Gleichzeitig dürfen diese historischen Hinweise den Blick nicht idealisieren, denn gerade die Lebensgeschichte Mennickes, der 1934 in die Niederlande emigrierte, zeigt: Die sozialstaatliche Instanz „Soziale Arbeit“ hat historisch auch aktiv bei der Durchsetzung undemokratischer und menschenverachtender Gesellschaftsordnungen wie derjenigen des deutschen Faschismus beigetragen.

Soziale Arbeit war innerhalb unterschiedlicher Kontexte also beides: einerseits Instanz der Demokratiebildung und Demokratieerziehung sowie andererseits Instanz, die gegen- oder antidemokratische Entwicklungen unterstützt und mit vorangetrieben hat.

Nimmt man die wenigen jüngeren Thematisierungen des Verhältnisses von Demokratie und Sozialer Arbeit in den Blick, dann fällt auf, dass „Demokratie“ den Bezugspunkt für sehr unterschiedliche Positionen darstellt – und dieser zugleich unbestimmt oder zumindest nur immanent bleibt. Einschätzungen wie diejenigen, dass Soziale Arbeit sich durch eine auf „Teilhabe und Selbstbestimmung“ ausgerichtete „demokratische politische Kultur“ (Treptow 1996: 125; vgl. Grunwald/Thiersch 2001) bzw. eine „demokratische Rationalität“ (vgl. Dewe/Otto 2010) auszeichne oder ihre Einrichtungen, insbesondere in der Jugendarbeit, als potenzielle „Lernorte der Demokratie“ (Hafenegger 2005: 31) betrachtet werden, belegen diese Einschätzung. Was „Demokratie“, oder Demokratiebildung bzw. -orientierung in der Sozialen Arbeit hier meint, scheint genauso vorausgesetzt zu werden wie die formale Form der Demokratie in der Mehrheit der bestehenden Nationalstaaten am Beginn des 21. Jahrhunderts. Was Demokratie in der Sozialen Arbeit oder Demokratie und Soziale Arbeit allerdings meint, bleibt unbestimmt.

Dies ist insofern bemerkenswert, da in den Fachdebatten zur Sozialen Arbeit nicht nur eine Kontext- oder Rahmenbedingung vermerkt wird, wenn von „Demokratie“ gesprochen wird, sondern häufig auch eine Entwicklungsrichtung markiert werden soll. Doch diese selbst stellt sich auch sehr heterogen dar: Demokratisierung beschreibt einmal die Idee einer Erweiterung substanzieller

Partizipationsoptionen für Nutzer_innen und eine damit verbundene grundlegende emanzipatorische Umgestaltung sozialer Dienste, ein anderes Mal eine stärkere Betonung bürgerschaftlicher Pflichten, insbesondere die freiwillige Übernahme von Verantwortung und Engagement für ein häufig auch wieder unspezifisches „Gemeinwohl“. Ist Demokratie damit auch in den Debatten um Soziale Arbeit „ein leerer Signifikant [...], an den jeder seine Träume und Hoffnungen knüpfen kann“, wie Brown (2012: 55) vermutet?

Vor dem Hintergrund derartiger Fragen ist der aktuelle Schwerpunkt der Widersprüche lokalisiert. Konkreter Anlass waren aktuelle Zeitdiagnosen, die sich in kritische Analysen der „real existierenden“ parlamentarischen Demokratie, wie sie seit einigen Jahren vorgelegt werden (vgl. u.a. Manin 2007; Agamben/Badiou et al 2012; Linden/Thaa 2009; 2011; Demirović/Walk 2011) einreihen und die gegenwärtigen Demokratien als „Post-Demokratien“ kategorisieren: Colin Crouch aktualisiert unter diesem Stichwort die Diagnose einer Entdemokratisierung durch die zunehmende Einflussnahme von Interessensgruppen (Lobbyisten), wie sie Keith Dixon (vgl. 2000) und andere bereits vor einigen Jahren am Beispiel der Think Tanks formuliert hatten. Postdemokratisierung ist für Crouch (2004: 4ff.) ein widersprüchlicher Transformationsprozess, dem das bestehende System parlamentarischer Demokratie unterliegt und der sich durch eine sukzessive Entleerung der mit Volkssouveränität assoziierten Repräsentations- und Entscheidungsstrukturen zugunsten eines Machtzuwachses auf Seiten gesellschaftlicher und ökonomischer Eliten auszeichnet; Jürgen Habermas (2011) wirft der Europäischen Union unter der Überschrift Postdemokratisierung im Kontext der sogenannten Eurokrise eine funktionale Entdemokratisierung vor, um damit für ihre institutionelle Demokratisierung zu plädieren; zwar macht auch Jacques Rancière (2010: 138) mit dem Begriff Postdemokratie auf die besondere Form der parlamentarischen Demokratie aufmerksam, die auch seines Erachtens durch einen Verfall demokratischer Momente gekennzeichnet ist. Gleichwohl dient ihm der Begriff der Postdemokratie für eine allgemeinere Charakterisierung einer Regierungspraxis „nach dem Demos“ (Rancière 2002: 111), die sich selbst als (konsensuale) Demokratie beschreibt, unter der absoluten Verpflichtung auf Konsens jedoch „die Erscheinung, die Verrechnung und den Streit des Volks liquidiert“ (ebd.) und damit letztlich den lebendigen, konfliktiven Kern demokratischen Handelns zum Verschwinden bringen möchte. In dieser nur noch polizeilichen Regulation menschlicher Zusammenhänge sieht Rancière insofern eine Verdrängung jeglicher politischer Momente und ihrer Ausprägung in demokratischer Form.

An diesen Vergewisserungsversuchen setzen die Beiträge des vorliegenden Schwerpunktes der Widersprüche an. Allen Autor_innen geht es um eine kritische Auslotung des Potenzials demokratiethoretischer Perspektiven für die Bearbeitung der oben aufgeworfenen Frage nach dem Verhältnis professioneller Sozialer Arbeit zur Demokratie: Lässt sich die Diagnose der „Postdemokratie“ für eine demokratiethoretische Auseinandersetzung mit Sozialer Arbeit fruchtbar machen? Und: Welche Konsequenzen ergeben sich für Bestrebungen einer (radikalen) Demokratisierung öffentlicher Institutionen im Bereich der Bildungs-, Erziehungs- und Sorgeleistungen?

Zu den Beiträgen im Einzelnen

Ellen Bareis widmet sich in ihrem Beitrag der Frage, wie viel politische Unrepräsentierbarkeit und normative Zweifel Soziale Arbeit aushalten müsste, um sich auf Gesellschaft nicht alleine in Form eines Ordnungsmodus zu beziehen. Ausgangspunkt dafür bildet für sie die Auseinandersetzung mit zwei unterschiedlichen Praktiken, die aus hegemonialer Perspektive als „undemokratisch“ begriffen werden: den riots in französischen banlieus sowie den alltäglichen Praxen von Menschen ohne Papiere. In einer kritischen Auseinandersetzung mit dem liberalen Demokratiemodell der Repräsentation und im Anschluss an die Theorieperspektive Jacques Rancières interpretiert sie diese Praktiken als vom Standpunkt eines „Anteils der Anteillosen“ formuliert. In einer folgenden Auseinandersetzung mit der Frage einer möglichen institutionellen Verstetigung einer „absoluten“, d.h. nicht auf Repräsentation basierenden Demokratie, kritisiert Bareis im Anschluss an Positionen Arendts und Blochs den für die Soziale Arbeit prominenten Bezug auf Menschenrechte als eine (naturrechtliche) Normativität. Demgegenüber plädiert sie für eine stärkere Fokussierung auf die Strategien und Praktiken von Menschen, sich Rechte und Teilnahme gemäß ihre Bedingungen zu erstreiten bzw. selbst zu organisieren.

Martina Lütke-Harmann sucht in ihrem Beitrag das Verhältnis Sozialer Arbeit zur Politik aus der Perspektive einer post-fundamentalistischen Theorie des Politischen zu fassen. Dazu schließt sie an Jacques Rancières Konzeption der (Post)Demokratie an, die für spezifische Ereignisse reserviert ist, mit denen eine radikale Verschiebung der Bedingungen gesellschaftlicher Selbstwahrnehmung und damit verbundener Macht- und Herrschaftsverhältnisse dynamisiert werden kann. Zugleich weist sie auf die Schwierigkeiten einer Nutzung des Konzepts von Rancière für die Bestimmung des Verhältnisses von Sozialer Arbeit und Demokratie hin, da dieses sowohl eine meta-physische Grundlegung als auch eine anti-

institutionalistische Perspektive nahe legt. Daher erweitert sie die Rancière'sche Konzeption um Hinweise Leforts. Derart analytisch ausgestattet plädiert Martina Lütke-Harmann dafür, das Verhältnis Sozialer Arbeit und Demokratie bzw. Politik insgesamt in Form einer Genealogie der Repräsentationsformen zu rekonstruieren, was sie abschließend am Beispiel der Überlegungen von Klaus Mollenhauer exemplarisch verdeutlicht.

Benedikt Sturzenhecker fragt in seinem Beitrag nach dem Aufklärungspotenzial einer demokratiekritischen Deutungsweise für die politische Jugendbildung, wie sie mit Jacques Rancière unter der Überschrift Postdemokratie aufgeworfen werden kann. Dazu plädiert er für eine dialektische Perspektive, die Sozialpädagogik nicht nur als Polizei, sondern in ihrem doppelgesichtigen Geschehen als Instanz der beständigen Oszillation zwischen Politik und Polizei begreift. Diese Perspektive konkretisiert er in einer Figur der sozialpädagogischen Konfliktorientierung, die sich nach der Einschätzung von Benedikt Sturzenhecker sowohl an macht- und herrschaftskritische als auch an kommunalpädagogische Überlegungen anschließen lässt. Eine solche Konfliktorientierung führe mit Helmut Richter erst dorthin, wo die politisch-theoretische Kritik Rancières bereits endet: In die politische Bildungspraxis, oder, anders gesprochen: die Demokratieaufgabe der Sozialpädagogik. Demokratiebildung meint für Sturzenhecker daher eine Ermöglichung von Demokratieerfahrung in der konkreten politischen Praxis pädagogischer Institutionen – und dies nun ganz im Sinne Rancières: als Möglichkeit für Kinder und Jugendliche, ihre Stimme zu ihren Anliegen öffentlich erheben zu können und damit die Verhandlung über alternative Verhältnisse zu eröffnen.

Thomas Wagner plädiert in seinem Beitrag dafür, das Verhältnis Sozialer Arbeit zur Demokratie über die diesem Verhältnis inhärenten Widersprüche zu erschließen. Zu deren Analyse schließt er an die theoretischen Perspektiven eines kritischen Verständnisses von Bürgerschaft an, auf dessen Basis er die demokratiethoretisch relevante These von einem für Soziale Arbeit konstitutiven Spannungsverhältnis von Ver- und Entbürgerlichung formuliert. Im Anschluss an diese Positionierung verfolgt Wagner eine Auseinandersetzung mit den Post-Demokratie-Ansätzen von Colin Crouch und Jacques Rancière, die auf ihr theoretisches Potenzial hin befragt werden, das Verhältnis von Sozialer Arbeit zur Demokratie weiter auszuleuchten. Dabei vertritt er die These, dass beide Ansätze durchaus mit „Vorsicht zu genießen“ sind, jedoch gerade mit Blick auf aktuelle Transformationsprozesse Sozialer Arbeit auch analytisches Potenzial entfalten können. Abschließend und resümierend bezieht Wagner die Ergebnisse seiner Auseinandersetzung mit Post-Demokratie-Ansätzen auf seine theoretische Position von Bürgerschaft zurück, um die Frage aufzuwerfen, wie Soziale Arbeit – trotz

der ihr inhärenten Widersprüche – für Ihre Nutzer_innen zu einer Ressource für politische Praxis bzw. so genannte acts of citizenship werden kann.

Ebenfalls widerspruchstheoretisch, jedoch aus einer bildungstheoretischen Perspektive motiviert, wirft *Heinz Sünker* in seinem Beitrag einen Blick auf den Widerspruch von Bildung und kapitalistischer Demokratie. Im Anschluss an den Bildungsanalytiker Heydorn verweist er auf die grundlegende Bedeutung der Bildung der Individuen für die Bildung des Politischen bzw. der Demokratie sowie auf die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, dass Institutionen des Bildungswesens Orte der Klassenreproduktion und der Austragung eines „Klassenkrieges“ bilden. Vor diesem Hintergrund ist Sünkers Einschätzung zu den Potenzialen der Post-Demokratie-Debatte von deutlicher Skepsis geprägt. Für die seines Erachtens notwendige Auseinandersetzung mit den gesellschaftstheoretischen Grundlagen von Demokratie wählt er u.a. den Anschluss an die Positionen von Castells sowie Bowles und Gintis, die Sünker für vielversprechender hält, um die grundlegenden Widersprüche zwischen Demokratie und Kapitalismus zu analysieren und mittels derer sich demzufolge der demokratische Charakter kapitalistischer Gesellschaften grundsätzlich in Frage stellen lässt. Gleichzeitig macht er sich im Anschluss an Adorno für einen emphatischen Bildungsbegriff als Grundlage demokratischer Bildung und Bildung der Demokratie stark.

Mit ihrem Forumsbeitrag schließen *Katrin Schulze* und *Marie Frühauf* explizit an die Debatten um Intersektionalität des Widersprüche-Hefts „Gekreuzt?!“ an und setzen sich kritisch mit dem Mehrebenen-Ansatz von Degele und Winker sowie dem Blick Sozialer Arbeit auf die „Gekreuzten“ auseinander.

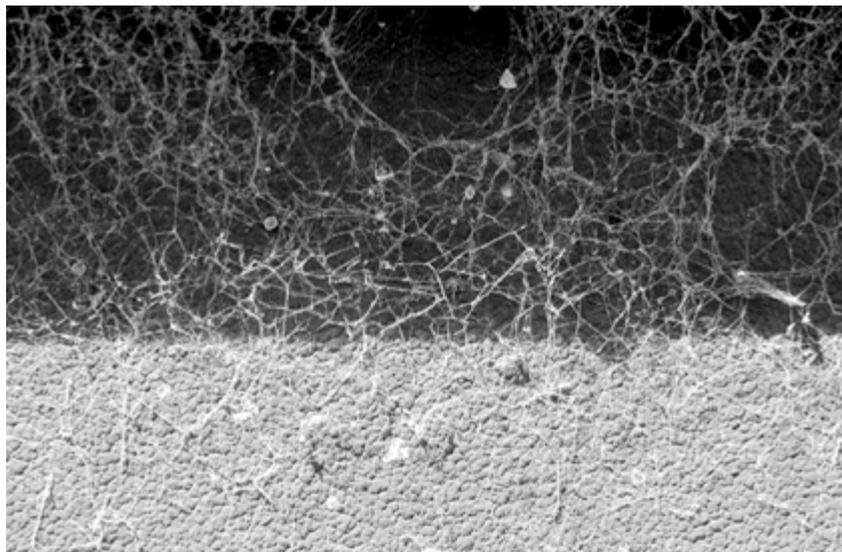
Des Weiteren enthält das aktuelle Forum einen Ankündigungstext zur Aktionskonferenz „Care Revolution – Her mit dem guten Leben – für alle weltweit!“, die vom 14. bis zum 16. März 2014 in Berlin stattfinden wird und unterschiedliche Akteur_innen und Aktivist_innen, die sich mit dem Themenkomplex soziale Reproduktion beschäftigen, miteinander ins Gespräch bringen möchte.

Literatur

- Agamben G./Badiou A. et al (Hg.) 2012: Demokratie? Eine Debatte. Berlin
 Brown, W. 2012: Wir sind jetzt alle Demokraten. In: Agamben G./Badiou A. et al (Hg.): Demokratie? Eine Debatte. Berlin, S. 55-71
 Crouch, C. 2004: Post-democracy. Cambridge
 Demirović, A./Walk, H. (Hg.) 2011: Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft. Münster

- Dewe, B./Otto, H.-U. 2010: Reflexive Sozialpädagogik. Grundstrukturen eines neuen Typs dienstleistungsorientierten Professionshandelns. In: Werner Thole (Hg.): Grundriss Sozialer Arbeit: ein einführendes Handbuch. Wiesbaden, S. 197-217
 Dixton, K. 2000: Die Evangelisten des Marktes. Die britischen Intellektuellen und der Thatcherismus. Konstanz
 Grunwald, K./Thiersch, H. 2001: Lebensweltorientierung. In: Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hg.): Handbuch Sozialarbeit, Sozialpädagogik. München und Basel, S. 1136-1148
 Habermas, J. 2011: Zur Verfassung Europas. Ein Essay. Berlin
 Hafeneeger, B. 2005: Beteiligung, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement. In: Hafeneeger, B./Jansen, M. M./Niebling, T. (Hg.): Kinder- und Jugendpartizipation. Im Spannungsfeld von Interessen und Akteuren. Opladen, S. 11-40
 Hobsbawm, E. 1998: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München
 Linden, M./Thaa, W. (Hg.) 2009: Die politische Repräsentation von Fremden und Armen. Baden-Baden
 – 2011: Krise und Reform politischer Repräsentation. Baden-Baden
 Manin, B. 2007: Kritik der repräsentativen Demokratie. Berlin
 Rancière, J. 2002: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt am Main
 – 2010: Demokratie und Postdemokratie. In: Badiou, A./Rancière, J.: Politik der Wahrheit. Wien
 Treptow, R. 1996: Von der Geringschätzung des Einfachen. Über den Beitrag sozialer Arbeit zur politischen Kultur. In: Sozialwissenschaftliche Literaturrundschau, 31/32, S. 119-136

Die Redaktion



Ellen Bareis

Die Löcher im konsensualen Gewebe der (Post-)Demokratie. Oder: Wie viel Unrepräsentierbarkeit erträgt die Soziale Arbeit?

Ein Essay

Dieser kleine Essay über demokratietheoretische Ansätze rankt sich um zwei Ereignisse bzw. soziale Praktiken, die sich an den Grenzen der Sozialen Arbeit finden. Weder möchte ich damit jene Ereignisse und Praktiken in den Zuständigkeitsbereich der Sozialen Arbeit hineinschreiben, noch geht es mir um ein neues Theorie- und Praxisfeld. Anhand der beiden Beispiele möchte ich vielmehr andiskutieren, wie viel Unrepräsentierbarkeit und normative Zweifel Soziale Arbeit aushalten müsste, wollte sie sich auf Gesellschaft anders als in der Form eines (demokratischen) Ordnungsmodus beziehen.

1.

Das erste Ereignis, das ich in Erinnerung rufen möchte, ist jenes des *riots*. Im November 2005 produzierten unzählige Jugendliche in verschiedenen Vororten Frankreichs über Wochen hinweg eine Militanz, die die Französische Republik dazu brachte, das erste Mal seit den Kämpfen um die Unabhängigkeit der Kolonie Algerien von Frankreich in den 1950er Jahren den Notstand auszurufen. Diese *riots* beschäftigten Manuela Bojadžijev und mich in gemeinsamen Texten, weil es weder den französischen noch anderen europäischen Aktivist_innen gelang, einen Zugang zu diesen Aufständen zu finden. Linken Intellektuellen war es durchaus möglich, eine Analyse zu formulieren und eine „Haltung“ zu artikulieren. *Praxen* der „Solidarität“ (Sprache der Politik) oder des „Verstehens“ (Sprache der Sozialen Arbeit) waren in dieser Situation jedoch nicht zu finden. Dies war anders als wenige Monate später die von Schüler_innen und Studierenden getragenen großen *Proteste* gegen den CPE (ein Gesetz, das bei Ersteinstellungen eine Befristung des Arbeitsvertrags auf ein Jahr ermöglichen sollte)

einsetzen. Es gab eine große Solidarisierungsbewegung durch Gewerkschaften, Parteien und Lokalpolitik – das Anliegen der Schüler_innen und Student_innen wurde „verstanden“. Dieser Gesetzentwurf wurde in Folge der riesigen Demonstrationen zurückgenommen. Was mich beschäftigt ist folgendes: Tausende Gymnasiast_innen und Studierende demonstrieren in Paris über mehrere Wochen und haben Erfolg. Das Gesetz wird zurückgezogen. Tausende junge Menschen revoltieren über mehrere Wochen in den peripheren Wohnvierteln und haben keinen Erfolg. Sie sind zwar weltweit in den Medien wahrnehmbar, sie zünden so viele Autos an wie niemals zuvor. An ihrer Lebenssituation ändert sich nach den Aufständen nichts. Die Beziehung zwischen Aufstand und Protest ließe sich noch viel detailreicher und komplexer beschreiben. Zunächst genügt die Unterscheidung, dass die einen von einer institutionalisierten Rolle als Schüler_innen und Studierende aus agierten, sich einer etablierten Politikform bedienten und Forderungen formulierten. Die anderen, die Jugendlichen aus den Banlieues schlugen dagegen einfach nur drauf und artikulierten somit sinngemäß: Wir haben zwar keinen institutionalisierten Ort, aber wir haben die Nase voll.

Das zweite Beispiel ist viel alltäglicher. Menschen ohne Papiere leben ohne eine legale Berechtigung in der Gesellschaft. Sie sind kein offizieller Teil jener Gesellschaft, organisieren sich jedoch Teilhabe. Dies geschieht, indem sie sich in Kooperation mit anderen Zugänge zu gesellschaftlich produzierten Ressourcen organisieren, auf die sie kein Recht haben: Unterkunft, Erwerbsarbeit, Gesundheitsversorgung bis hin zum Schulbesuch der Kinder. In einigen Ländern wie den USA oder Frankreich kommt es auch zu Demonstrationen und Besetzungen der *sans papiers*. Auch bei diesem Beispiel möchte ich nicht in die Komplexität der konkreten Lebenssituationen, der Artikulationsformen und der Differenzen von *citizenship*, dem Verhältnis von sozialen und politischen Rechten in den verschiedenen Ländern einsteigen. Zunächst genügt, dass an diesem Beispiel die Unterscheidung deutlich wird zwischen einem kodifizierten Recht, das von einer Gesellschaft und ihren Institutionen artikuliert und zugestanden wird (oder nicht) und einem Recht, das nur in der (illegitimen) Praxis hervorgebracht wird.

Hannah Arendt nannte diese zweite Form des nicht kodifizierten Rechts ein „Recht auf Rechte“. Sie versuchte so, den Aporien des Menschenrechtsgedankens auszuweichen und verschob die Frage auf die Ebene der Praxis: als Recht um Rechte zu kämpfen. Dieses „Recht auf Rechte“ liegt, so meine Grundannahme, den Alltagspraktiken in Situationen der Illegalisierung wie den Empörungen und *accounts* hinter den *riots* zu Grunde. Und von diesem Standpunkt aus können die Grenzen der Sozialen Arbeit aus demokratietheoretischer Perspektive als Grenzen der re-

präsentativen Demokratie betrachtet werden¹. Denn die Praktiken im Rahmen der Auseinandersetzungen um ein „Recht auf Rechte“ liegen notwendig außerhalb der parlamentarisch-repräsentativen Verfasstheit und ihrer Institutionen (einschließlich der Sozialen Arbeit). Mit dieser Perspektive werden zugleich alternative Lesarten von Demokratie und Teilnahme an Gesellschaft möglich: Die Jugendlichen in den Banlieues transformierten aufsehenerregend, aber temporär und mit ihren begrenzten Mitteln das urbane Terrain und die Kartographie des Landes. Die Illegalisierten transformieren eher unscheinbar und unbemerkt durch ihre Alltagspraktiken die Sozial- und Bildungsinstitutionen des Landes, in dem sie leben. Beides sind keine politischen, demokratischen Vorgänge „an sich“, keine Repräsentationen. Es werden keine Forderungen benannt, keine Sprecher_innen gewählt, es wird keine Partei gegründet oder adressiert. Doch vielleicht wäre es ja möglich, ausgehend von der Revolte und dem illegalisierten Alltag nicht auf die üblichen Formulierungen vom Vorpolitischen oder Noch-nicht-Politischen zurückzugreifen, nicht zu den Formen der Repräsentationen zurück zu kehren sondern in diesen Praktiken ganz neue Wege von Teilhabe und Bürgerschaft zu finden.

Die jungen Akteur_innen der Revolte haben meist eine klare Vorstellung davon, wie etliche Jahrzehnte der antirassistischen Bürgerrechtsbewegungen, der sozial- und bildungspolitischen Programme (inklusive der Schule und der Programme in der Sozialen Arbeit) und der staatlich-öffentlichen Verlautbarungen eine realistische Ernüchterung, ein *cooling out*, generierten²: Dieser und den nachfolgenden Generationen in den Vororten bleibt eine eigene, möglichst selbstbestimmte Zukunft verschlossen. Den Illegalisierten ist deutlich, dass ihre Motivation zur Migration nicht anerkannt ist. Sie agieren eigen-sinnig und gehen damit einen Konflikt mit der Gesellschaft ein, in der sie sich zu leben entschieden haben, organisieren sich Teilnahme an Gesellschaft unter extrem begrenzten Möglichkeiten also nach möglichst eigenen Vorstellungen. Beide Praktiken werden zugleich illegalisiert und für illegitim erklärt³.

-
- 1 Diese Fragestellung knüpft durchaus an die kritischen Diskurse der Sozialen Arbeit aus den 1970er Jahren an. 2013 sind die historischen Voraussetzungen aber andere.
 - 2 Der französische Philosoph Étienne Balibar fand für diese Haltung und die daraus entstehenden Handlungskonzepte den Begriff der „Antipolitik“ (Balibar .2007: Kap.7) Diese folgt nicht dem linearen Schema vom Unpolitischen, Vorpolitischen zum entstehenden politischen Bewusstsein als Entwicklungs- und Bildungsroman. Im Gegenteil verschließe sie sich ernüchtert dieser Erzählung.
 - 3 Zuletzt geschah dies, als im Oktober 2013 Gespräche über die Forderungen der hungerstreikenden Flüchtlinge in Berlin mit der Begründung verweigert wurden, der Staat lasse sich nicht erpressen und ein Hungerstreik sei keine legitime Protestpraxis.

2.

Wir sind es gewohnt, Praktiken als Teilnahme an Demokratie wahrzunehmen, wenn sich diese innerhalb von institutionalisierten Prozessen bewegen. Erweitert um die sozialen Bewegungen kommen auch noch Praktiken in den Blick, die wenigstens auf ihre Institutionalisierung abzielen, die also neue Formen von Repräsentation hervorbringen. Die beiden Beispiele bewegen sich weder innerhalb der institutionalisierten Prozesse noch haben sie die Institutionalisierung ihrer Praktiken im Blick. Sie agieren ohne Repräsentation, also aus der Position „jener, die keinen Anteil haben“ (Jaques Rancière). Repräsentative Demokratien haben, wie jedes andere Staatsgebilde auch, notwendig negative Folgen: sie schließen einerseits unter Bedingungen (einer disziplinierten Lebensweise, dem Verkauf der eigenen Arbeitskraft etc.) ein und produzieren zugleich soziale Ausschließungen, Repression, soziale Ungleichheit, rassistische oder sexistische Diskriminierungen. Denn das im Staat organisierte Gemeinwesen versieht sich mit einer allgemein verbindlichen Ordnung. Soziale Arbeit hat konstitutiv mit diesen negativen Folgen zu tun, denn ein Teil ihres gesellschaftlichen Auftrags besteht in deren Kontrolle, Verhinderung und Abminderung. Handlungsmodelle, die einer liberalen Demokratievorstellung folgen, versuchen, diese negativen Konsequenzen so weit wie möglich zu mindern. Emanzipatorische Handlungsmodelle beziehen sich dagegen auf diesen immanenten Widerspruch der repräsentativen Demokratie und suchen nach alternativen demokratischen Praktiken.

Die beiden Beispiele, *riot* und illegalisierter Alltag, finden sich als Praktiken im Segment der Devianz. Das erste Beispiel könnte als *deviante Praxis der Destruktion* beschrieben werden. Menschen in armen, häufig peripheren Wohnquartieren sind im westlichen Europa seit mehreren Generationen gesellschaftlichen Ausschließungsprozessen ausgesetzt, die sich auf den Ebenen von Arbeitsmarkt, sozialer Sicherung und Zugang zu Infrastruktur (angemessene Wohnungssituation, Gesundheitsversorgung, Bildungseinrichtungen) niederschlagen. Der überwiegende Teil dieser Leute ist mit allen staatsbürgerlichen Rechten ausgestattet. Doch insbesondere Klassenschranken und rassistische Strukturen in den gesellschaftlichen Institutionen verschließen die Möglichkeiten (möglichst) selbstbestimmt an Gesellschaft teilzunehmen. Programme unterschiedlichster Ausrichtung – an denen Soziale Arbeit häufig beteiligt ist – mögen Wert darauf legen, das „soziale Kapital“ in den Quartieren zu aktivieren, die „gesellschaftliche Mobilität“ der jungen

Eine Argumentation, die zynisch ist, da Asylsuchende keine politischen Rechte haben und es somit auch keine legitime Praxis der Politik für sie gibt.

Menschen aus den Wohnvierteln zu befördern, über verschiedene Kooperationen zwischen gesellschaftlichen Akteuren (Unternehmen, Bildungseinrichtungen etc.) „Wege zu eröffnen“. Unter dem Strich bleibt für die Bewohner_innen der Vororte die generative Erkenntnis, dass *racial profiling* als Kontrolltechnologie bei Polizeirazzien eine erstaunliche – und immer stärker technikunterstützte – Persistenz aufweist und dass sich das „Wege eröffnen“ unterfüttert von neoliberalen Politikmustern unter Spardiktatsbedingungen als Selektionsinstrument erweist. Die Revolte als „destruktive“ Praxis ist ein Ereignis, in dem keine Forderungen benannt werden. Sie haut drauf und zerstört jene Reste von Infrastruktur, die vom Gemeinwesen noch vorhanden sind – seien es Bildungseinrichtungen (Schule, Kindergarten), öffentlicher Nahverkehr, Besitz- und Mobilitätssymbole (private Autos) oder Betriebe vor Ort. Die Revolte greift diese Symbole an und versucht sich zugleich über Plünderungen alles anzueignen, was beweglich ist.⁴ Die Bilder dieser Ereignisse sind verstörend, die Studierenden an den Universitäten und die Praktiker_innen der Sozialen Arbeit schrecken zurück. Sie würden sich ja gerne solidarisieren, weil sie sich (im besten Fall) der gesellschaftlichen Grundkonstellation von Rassismus und Ausschließungsprozessen bewusst sind. Aber die Revolte eröffnet keinen Weg der Solidarität. Es sei denn, sie wird interpretiert als Artikulation einer legitimen Ernüchterung über die demokratischen Institutionen und ihre normativen Versprechen.

Das zweite Beispiel wäre demgegenüber eine *deviante Praxis der Konstruktion*. Menschen ohne Papiere haben kein Recht auf gesellschaftlich produzierte Ressourcen wie Wohnen, Gesundheitsversorgung oder Bildung⁵, organisieren sich den Zugang zu diesen aber. Sie kommen bei Bekannten unter oder greifen auf den (für die Vermieterseite äußerst lukrativen) informellen Wohnungsmarkt zurück, sie suchen nach Wegen, wie die Kinder in die Schule gehen können oder ein Arztbesuch möglich wird. Dementsprechend produzieren sie ein Recht auf „Teilnahme an Gesellschaft“ in ihrer Praxis. Und sie produzieren eigenständig gesellschaftliche Ressourcen in den Strukturen ihrer Haushalte, Communities und

4 In dieser Darstellung verweben ich verschiedene Momente von Revolte, die empirisch zu unterscheiden wären: die Zerstörung der Infrastruktur prägt etwa die Aufstände in den französischen Banlieues, die Plünderungen waren in den britischen *riots* eine zentrale Praxis.

5 Auch diese Darstellung ist eine vereinfachende Abstraktion, die empirisch weitaus feiner zu betrachten wäre. Der Zugang zu den genannten Ressourcen für *sans papiers* ist allein in den verschiedenen Ländern der EU und verschiedenen Bundesstaaten der USA durchaus unterschiedlich.

Netzwerke. Zum einen sind dies hochgradig prekäre Praktiken, da sie aufgrund ihres rechtlich nicht abgesicherten Charakters immer in einer Lebenskatastrophe enden können. Besonders deutlich wird dies bei den Versuchen, die Staatsgrenzen zu überschreiten, die für viele Menschen tödlich enden. Zum anderen reichen diese Praktiken bis ins demokratisch-hoheitliche Terrain des Wahlrechts, wenn Communities von Menschen mit und ohne Staatsbürgerrechte gemeinsam darüber sprechen, wie jene, die mit allen gesellschaftlichen Rechten ausgestattet sind, wählen. Diese Form der Teilnahme an Gesellschaft ist nicht im Sinne einer repräsentativen Demokratie, die „ihre“ Staatsbürger definiert und mit Rechten ausstattet und alle anderen in unterschiedlichem Maß von diesen ausschließt. Doch es entsteht in diesen Praktiken *from below* Demokratie auf eigensinnige und letztlich gegen nationalstaatliche Ausschließungsprozesse gerichtete Weise.

3.

Mit der Zeitdiagnose der Postdemokratie verbindet sich meist die Analyse, dass die Institutionen der parlamentarischen, repräsentativen Demokratie unter den Bedingungen von ökonomischer Globalisierung zunehmend ausgehöhlt werden. Nicht demokratisch legitimierte Metaorganisationen treffen Entscheidung an Stelle der gewählten Regierungen, die nur noch unter Zugzwang und Spardiktat reagieren können, Lobbyorganisationen nehmen maßgeblichen Einfluss auf politische Entscheidungen (etwa bezogen auf die Regulierungen in der Pharma-, Energie- oder Automobilindustrie), Expertokratie hebt die Willensbildung des Volkssoveräns aus. Verloren geht in dieser Diagnose die Kritik an der parlamentarischen, repräsentativen Demokratie. Dieser Verlust ähnelt dem Diskurs zur Verteidigung des Sozialstaats im Angesicht seines Rückbaus seit den 1980er Jahren, in dessen Dynamik die Kritik an den paternalistischen und disziplinierenden Funktionen von sozialstaatlichen Institutionen, der „Kritik der Hilfe“ untergeht.

Liberalen Demokratietheorien erhalten so einen Aufschwung. Die Diskurse um Partizipation, Inklusion, Gemeinwohl, Wahlbeteiligung, Diversity, Toleranz, Antigewaltkampagnen und Pluralismus halten das Allgemeine und Gemeinsame „aller Demokraten“ (vgl. Brown 2012) aufrecht. An liberalen Demokratiemodellen ansetzende Soziale Arbeit würde also darauf hinwirken, dass möglichst viele Gesellschaftsteilnehmer_innen in die Lage versetzt werden, an der demokratischen Gesellschaft entsprechend ihrer Ordnung mitzuwirken. Dies kann bezogen auf die beiden Ereignisse, *riot* und illegalisierter Alltag, durchaus Forderungen nach Veränderung der Ordnung enthalten. Diese finden sich dann aber im „politischen

Arm“ der Sozialen Arbeit, den Verbänden und ihrer Öffentlichkeitsarbeit wieder⁶. In der Praxis kommen eher pädagogisierende und individualisierende Interventionsmethoden zum Tragen, nach denen sich weniger die gesellschaftliche Ordnung als vielmehr die Adressat_innen zu verändern, u.U. auch zu *empowern* haben.

Emanzipatorische demokratietheoretische Ansätze stellen dagegen die inneren Widersprüche der repräsentativen Demokratie selbst ins Zentrum ihrer Überlegungen, insbesondere das aporetische Verhältnis zwischen Allgemein- und Partikularinteresse. Jaques Rancière (vgl. 2002) bezeichnet das hegemoniale Demokratieverständnis als „konsensuelle Demokratie“⁷, die darauf ausgerichtet sei, Konflikte still zu stellen. Es handele sich um ein Ordnungsmodell im Namen der Demokratie. Damit kritisiert er, ähnlich der „älteren“ Kritischen Theorie, den Integrationsgedanken, der die Inklusion von allen Teilen der Gesellschaft in ein Ganzes, Totales, die Aufhebung des Partikularen im Allgemeinen anstrebe. Eine solche konsensuelle Demokratie setze, so Rancière „die Individuen und Gruppen in ein Gewebe ohne Löcher [...], ohne Abstand der Namen zu den Dingen, der Rechte zu den Tatsachen, der Individuen zu den Subjekten, ohne Zwischenräume, in denen sich Gemeinschaftsformen des Streits, nicht-gespiegelte Gemeinschaftsformen aufbauen können“ (ebd.: 125). Wirkliche Demokratie entstehe erst, wenn die Ungezählten, jene, die keinen Anteil haben, in Konflikt zum Bestehenden träten und auf ihrer Teilnahme an Gesellschaft *nach eigenen Regeln* bestünden. Mit dieser Perspektive kommen jene Praktiken in den Blick, die im hegemonialen Diskurs schnell als „undemokratisch“ markiert sind, weil sie sich gegen die bestehenden Regeln und außerhalb der anerkannten Ausdrucksformen bewegen: Aufstände, Revolten, illegalisierte Migration, nonkonforme oder undisziplinierte Lebensweisen. Die Ereignisse *riot* und illegalisierter Alltag in den Blick zu nehmen, um die Grenzen der Sozialen Arbeit innerhalb der konsensualen Demokratie auszuloten, verstehe ich als Versuch, die Löcher im konsensualen Gewebe, die Abstände der Namen zu den Dingen, die Abstände der Rechte zu den Tatsachen und der Individuen zu den Subjekten wahrzunehmen und den Zwischenräumen und dem Dissens nachzugehen.

6 Beispielhaft möchte ich auf die Stellungnahmen der Wohlfahrtsverbände zur EU-Flüchtlingspolitik als Reaktion auf das Bootunglück vor Lampedusa hinweisen. Auswirkungen auf die konkrete Arbeit der Flüchtlings- und Migrationsberatungsstellen und ähnliche Praxisfelder hat eine solche politische Stellungnahme nicht.

7 Rancière nennt diese „konsensuelle Demokratie“ auch „Postdemokratie“ jedoch in einer anderen Bedeutung als Colin Crouch.

Eine solche Perspektive auf den Dissens als „eigentliches“ politisches Ereignis allein greift andererseits zu kurz, da sie Demokratie nur als permanenten Konflikt denken kann (vgl. Demirović 2013). Notwendig ist durchaus auch ein Nachdenken über mögliche Verstetigungen, also Institutionen. Wie geht „absolute Demokratie“ in komplexen Gesellschaften? Damit ist die Frage danach gestellt, wie sich „das Gemeinsame“ jenseits von Staat, Repräsentation und den damit einhergehenden Widersprüchen, Ausschlüssen und Unterwerfungen konstituieren lässt⁸. Michael Hardt und Antonio Negri machen unter Rückgriff auf die Proteste, Platzbesetzungen und Großdemonstrationen weltweit in den letzten Jahren einen optimistischen konstitutionellen Aufschlag der Diskussion um die Demokratie und eröffnen eine neue „Verfassungsdiskussion“ (Hardt/Negri 2013: 54). Vor dem Hintergrund der handlungsunfähig gewordenen Subjektivitäten des Neoliberalismus, der verschuldeten, vernetzten, verwahrten und (im repräsentativen System) vertretenen Subjektivitäten⁹ formulieren sie die Herausforderung, sich von diesen Unterdrückungs- und Kontrollmechanismen zu befreien und *uns selbst* als „Singularitäten“ gemeinsam zu verfassen. Die beiden Beispiele *riots* und illegalisierter Alltag stellen Praktiken dar, in denen bestimmte Subjektivierungsweisen – temporär oder längerfristig – zurückgewiesen werden und eigen-sinnige Handlungsfähigkeit hervorgebracht wird. Sie bringen aber in ihrer destruktiven wie konstruktiven Variante (noch) keine neuen Institutionen hervor, die es ermöglichen, sich „gemeinsam zu verfassen“. Liberale Demokratietheorien bringen in dieser Situation den Menschenrechtsgedanken ins Spiel als Basis der normativen Formulierung eines Gemeinsamen. Dabei gehen sie davon aus, dass Menschenrechte und repräsentative Demokratie untrennbar miteinander verbunden sind. Und auch in der Sozialen Arbeit gibt es eine Tendenz, normative Grundgehalte zu formulieren, hinter die nicht zurückgefallen werden soll. Doch wie bereits Hannah Arendt am Beispiel der Staatenlosen herausgearbeitet hat, sind Menschenrechte als solche eine normative Hülle. Rechte entstehen im Konflikt und in der Aneignung.

8 Notwendig bleibt außerdem die Kritik der getrennten Sphären von Ökonomie und Politik. Denn in der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie sind die sozialen und politischen Entscheidungen nach wie vor „von den Prozessen der Produktion und der Verteilung der Arbeiten und Güter“ (Demirović 2013: 485) abgekoppelt. Dieser Widerspruch vertieft sich in der aktuellen Phase ökonomischer Globalisierung, was sich in jenen Phänomenen niederschlägt, die als „Postdemokratie“ diagnostiziert werden. Er ist aber dem liberalen Demokratiemodell von Beginn an eingeschrieben.

9 In der Übertragung ins Deutsche wurde der Begriff der *subjectivity* unpassender Weise als „Rolle“ übersetzt.

Ähnlich fasste dies auch Ernst Bloch (vgl. 1977), der die Vorstellung kritisiert, Menschenrechte seien ein Naturrecht. Es sei nicht haltbar, so Bloch, „dass der Mensch von Geburt an frei und gleich sei. Es gibt keine *angeborenen* Rechte, sie sind alle erworben oder müssen im Kampf noch erworben werden.“ (ebd.: 215, Herv. i.O.) Rechte werden immer in konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen erkämpft. In der Diskussion um „globale soziale Rechte“ ist deshalb nicht der normative Gehalt des Menschenrechtsgedankens zentral, sondern soziale Rechte werden als Aneignungsrechte und Entfaltungsrechte verstanden, die durch jene Praktiken (der Aneignung und der Entfaltung) hervorgebracht werden.

Für die Soziale Arbeit eröffnen sich aus dieser Diskussion Perspektiven, in denen die Praktiken in den Mittelpunkt, normative Grundüberlegungen dagegen in den Hintergrund treten. Nicht nur illegalisierte oder nonkonforme Praktiken, sondern auch Revolten werden in ihrem (potenziell) demokratischen Gehalt sichtbar. Diese können als Praktiken betrachtet werden, die zumindest über die verschuldeten, vernetzten, verwahrten und vertretenen Subjektivitäten hinausführen und ihre *Konflikte als Eigentum* und *eigen-sinnig* betreiben (vgl. Stehr 2013). Die Forderungen nach direkter Mitsprache (z.B. in den Aktionsformen der Platzbesetzungen wie „Demokratie jetzt!“ in Madrid) stellen die Vertretungslogik der parlamentarischen Demokratiemodelle auf eine Weise in Frage, die sich auch auf die institutionalisierten Felder der Sozialen Arbeit beziehen lässt. Parolen wie jene, dass „wir“ die 99 Prozent sind und wissen, wie Leben geht, machen deutlich, dass der Alltag im Verständnis von Teilnahme an Gesellschaft wieder an Gewicht gewinnt und dass die Motive und Artikulationen von Empörung, die moralische Ökonomie und die accounts in den devianten Artikulationen von Aufständen und Platzbesetzungen interessanter für eine emanzipatorische demokratietheoretische Bestimmung von Sozialer Arbeit sein könnten als eine normative Fassung im Sinne von Gerechtigkeit und Menschenrecht. Dies würde bedeuten, die theoretischen Aporien von Demokratie wie auch die konkreten Auseinandersetzungen und Herrschaftsverhältnisse *innerhalb* bestehender Demokratien ernst zu nehmen. Wie auch immer das Demokratieproblem gewendet wird: Aus der Perspektive der Sozialen Arbeit *innerhalb* von repräsentativen Demokratien ist es notwendig, sich mit den Folgen bestehender politischer Ordnungen und deren Ausschließungsprozessen (seien diese auf der Basis einer fordistischen oder neoliberal-aktivierenden Sozialstaatlichkeit zu verorten) wie mit der konkreten Devianz und dem konkreten Dissens kritisch auseinanderzusetzen. Dies bedeutet, auch Unrepräsentierbarkeit aushalten und „verstehen“ zu können. Diese Anforderung ist nicht nur notwendig, um sich theoretisch zu positionieren. Sie ist wichtig, um Handlungs- und Interventionsstrategien klug auszurichten und

begründen zu können und um darüber hinaus einen Blick für die Taktiken und Strategien im alltäglichen Handeln wie in politischen Artikulationsformen des Protests, der Organisation, der Verweigerung oder auch der Erhebung jener Leute zu entwickeln, welche die Soziale Arbeit unter Umständen auch als ihre Adressat_innen versteht.

Literatur

- Balibar, Étienne 2007: Uprisings in the *Banlieues* Constellations 14 (1), S. 47-71
- Bloch, Ernst 1977/1961: Naturrecht und menschliche Würde. Frankfurt am Main
- Brown, Wendy 2012: Wir sind jetzt alle Demokraten. In: Agamben, Giorgio et al. (Hrsg.): Demokratie? Eine Debatte. Frankfurt am Main, S. 55-71
- Demirović, Alex 2013: Kritik der Politik. In: Jaeggi, Rahel/Loick, Daniel (Hrsg.): Nach Marx. Philosophie, Kritik, Praxis. Berlin, S. 463-485
- Hardt, Michael/Negri, Antonio 2013: Demokratie! Wofür wir kämpfen. Frankfurt am Main und New York
- Rancière, Jaques 2002: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt am Main
- Stehr, Johannes 2013: Vom Eigensinn des Alltags. In: Bareis, Ellen/Kolbe, Christian/Ott, Marion/Rathgeb, Kerstin/Schütte-Bäumner, Christian (Hrsg.): Episoden sozialer Ausschließung. Definitionskämpfe und widerständige Praktiken. Münster, S. 347-362

*Ellen Bareis, Hochschule Ludwigshafen am Rhein,
Maxstraße 29, 67059 Ludwigshafen am Rhein
E-Mail: ellen.bareis@fb-lu.de*

Geschichte, Theorie und Praxis der Gemeinwesenarbeit

Sabine Stövesand
Christoph Stoik
Ueli Troxler (Hrsg.)

Handbuch Gemeinwesenarbeit

Traditionen und Positionen,
Konzepte und Methoden
Deutschland – Schweiz –
Österreich

Theorie, Forschung und Praxis
der Sozialen Arbeit, Band 4

2013. 457 Seiten. Kart.
39,90 € (D), 41,10 € (A)
ISBN 978-3-86649-411-4



Wie ist der derzeitige Wissensstand in der Gemeinwesenarbeit? Das Handbuch systematisiert und aktualisiert das Theorie- und Praxiswissen für dieses Gebiet. Vorgestellt werden Traditionen und Diskussionen insbesondere in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Wissen, was läuft: Kostenlos **budrich intern** abonnieren!
Formlose eMail an: info@budrich.de – Betreff: budrich intern



Verlag Barbara Budrich •
Barbara Budrich Publishers

Stauffenbergstr. 7. D-51379 Leverkusen Opladen
Tel +49 (0)2171.344.594 • Fax +49 (0)2171.344.693 •
info@budrich.de

www.budrich-verlag.de



Martina Lütke-Harmann

Auf der Suche nach dem verlorenen Grund 'Post-Demokratie' als historische und systematische Reflexionskategorie Sozialer Arbeit¹

Anliegen dieses Beitrages ist es, das Verhältnis Sozialer Arbeit zur Politik aus der Perspektive einer post-fundamentalistischen Theorie des Politischen zu betrachten. Zuerst werde ich fragen, was eine systematische Lesart des Topos der Postdemokratie für eine solche Re-Lektüre beitragen kann. Im Anschluss an diese Überlegungen möchte ich vorschlagen, das Verhältnis Sozialer Arbeit und Politik auf der Basis ihrer politischen Repräsentationen historisch zu rekonstruieren.

Sozialpädagogik und Politik: zwei (Be-)Gründungen Sozialpädagogische Bezugnahmen auf das Politische schwanken zwischen Normalisierung und Demokratisierung, Affirmation und Kritik

Wird Normalisierung als Funktion und Aufgabe Sozialer Arbeit bestimmt, geschieht dies meistens auf dem Hintergrund eines Politikverständnisses, das die ökonomischen und herrschaftsstabilisierenden Funktionen staatlich strukturierter Institutionen wie der Sozialen Arbeit hervorhebt. Eine solche Perspektive lässt sich für den gegenwärtigen Diskurs exemplarisch anhand der Position von Hans-Jürgen Dahme und Norbert Wohlfahrt (vgl. 2012) konkretisieren. Theoretische Voraussetzung ihrer Normalisierungsthese ist ein marxistisches Konzept staatlicher Institutionen als „Subjekte der Sicherung und Fortentwicklung

¹ Ich danke Rita Casale und den TeilnehmerInnen des Wuppertaler Forschungskolloquiums „Historische Bildungsforschung und Bildungstheorie“, deren Anregungen und Kritik die Überlegungen zu diesem Text maßgeblich inspiriert und beeinflusst haben.

einer real existierenden kapitalistischen Ökonomie“ (Dahme/Wohlfahrt 2011: 387). Unter der kapitalismuskritischen Prämisse eines Primates der Ökonomie wird die Soziale Arbeit „als fallbezogene Bearbeitung und Verwaltung nicht mehr konkurrenzfähiger subjektiver Lebenslagen bestimmt[e] und sie ist in dieser Bestimmung funktional für [...] kapitalistische Gesellschaften“ (ebd.: 400). Ganz unabhängig davon wie die Soziale Arbeit sich selbst beschreibt, welchen normativen Prämissen sie sich unterwirft und welche Zielsetzungen sie verfolgt, sie entkommt ihrem Normalisierungsauftrag nicht. Ihre Beziehung zur Politik ist immer schon durch die historisch-spezifischen Gegebenheiten der kapitalistischen Akkumulation und die entsprechenden sozialstaatlichen Konjunkturen präformiert.

Wird dagegen Demokratiebildung als zentrale Aufgabe Sozialer Arbeit betrachtet, beziehen sich die Autorinnen zumeist auf einen Begriff der Politik und des Politischen, der sich aus dem republikanischen Diskurs speist und die assoziative Dimension kollektiven Handelns in den Mittelpunkt stellt. Als Exempel einer solchen Demokratisierungsthese lässt sich die Arbeit Carsten Müllers heranziehen. Müller dienen die Zeitdiagnosen der reflexiven Moderne und der Postmoderne, in denen „Individualität, Pluralität und Verschiedenheit nicht nur Zeitdiagnosen sondern gewissermaßen auch Werte darstellen“ und auf die „dringende Notwendigkeit politischen Engagements aufmerksam machen“ (Müller 2003: 37) als Ausgangspunkt, um eine Demokratisierung Sozialer Arbeit möglich und notwendig erscheinen zu lassen. Die Krise des sozialen Paradigmas steht hier für die Möglichkeit, das Politische und die politisch strukturierte Soziale Arbeit aus ihrer Unterordnung gegenüber dem Sozialen und der damit eng verbundenen „Abhängigkeit von staatlicher Sozialpolitik“ (ebd.: 11; vgl. 2005: 287) zu befreien und als zivilgesellschaftliche Akteurin einer „Politik des Sozialen“ (vgl. ebd.) zu positionieren: „Sozialpädagogik und Politik gehören untrennbar zusammen! Ihrem Wesen nach ist Sozialpädagogik politisch. Sie betrifft das gemeinschaftliche Leben in der Polis“ (Müller 2005: 289).

Auffällig ist nun, dass diese Begründungen Sozialer Arbeit trotz aller augenscheinlichen Divergenz mehr gemeinsam haben, als auf den ersten Blick ersichtlich wird. Setzen doch beide Deutungsmuster einen Ursprung oder ein Fundament, das der Politik und der Sozialen Arbeit als Grundlage dient und ihnen eine immanente Notwendigkeit verleiht: Während die assoziative republikanische Tradition, aus deren Perspektive u.a. Müller spricht, Macht und Politik durch eine vernünftige Übereinkunft der Gesellschaftsmitglieder und eine Übertragung der Volkssouveränität an eine Versammlung oder den Staat begründet sieht, biegt die klassische Gesellschaftstheorie das Politische auf ein Fundament wie die Architektur des

kapitalistischen Systems zurück (vgl. Lefort/Gauchet 1990: 90). Nach welchem der beiden Muster das Verhältnis Sozialer Arbeit und Politik auch beschrieben wird, die Herangehensweise besteht immer darin, einen Ursprung oder ein Fundament außerhalb der Grenzen der Politik zu setzen. Dem Wissenschaftsverständnis einer „progressiv-linearen Einheits- und Realzeitlichkeit“ (Scheulen/Szankay 1999: 17) entlehnt, wird ein Fixpunkt gedacht, von dem ausgehend sich das Verhältnis Sozialer Arbeit zur Politik nachzeichnen lässt, wie auf einem „fahrbaren Untersatz“ (ebd.). Die politische Form und Formierung Sozialer Arbeit scheint somit eindeutig präformiert, ihr kommt der Status eines wesentlich abgeleiteten Phänomens zu. Unbeachtet bleibt indessen, dass damit eben jener „Zeit-Raum des Politischen“ (ebd.: 13) verdeckt bleibt, in dem das Verhältnis der Sozialen Arbeit zur Politik erst in Szene gesetzt und inszeniert wird. Kurz: das Paradox besteht darin, dass die angebliche Wiederherstellung eines Primates des Politischen in der Sozialen Arbeit das ‘Politische’ ebenso verdeckt wie dies im Rahmen einer sozialwissenschaftlichen Thematisierungen des Sozialen bzw. der Ökonomie als Möglichkeitsgrund und Grenze der Politik geschieht.

Das wirft die Frage auf, ob es nicht interessanter wäre, anstatt das Verhältnis von Sozialem und Politischem (neu) definieren zu wollen, um das Maß der Nachrangigkeit des einen gegenüber dem anderen einzuschätzen und entsprechende Bestimmungen Sozialer Arbeit als Normalisierung oder Demokratisierung abzuleiten, analytisch einen Schritt zurückzugehen und die (politisch-ontologische) Differenz, die hier aufscheint, selbst in den Blick zu nehmen. Wäre es anders gesagt nicht interessant, die Bewegung zwischen Demokratisierung und Normalisierung, Politisierung und Entpolitisierung theoretisch und historisch als ersten Gegenstand zu setzen und in den Widersprüchen, die hier arbeiten, das Prinzip einer politischen Wirksamkeit zu erkennen, das von einer ‘zeitausgesetzten Prüfung’ (vgl. Scheulen/Szankay 1999) und Bearbeitung der Bedingungen gesellschaftlichen Lebens zeugt? Vielleicht führte dies aus der Situation heraus, in der die Soziale Arbeit „naiv eine Zeit vor der Zeit erfinde[t], einen Raum hinter ihrem Raum einrichtet“ (Lefort 1999: 46), um sich ihrer politischen Identität zu versichern.

Um diese Fragestellung zu erörtern, werde ich mich auf eine politisch-theoretische Reflexionsfigur beziehen, wie sie in der gegenwärtigen Debatte unter dem Begriff der ‘Postdemokratie’ firmiert. Der Topos der Postdemokratie wurde in den deutschsprachigen Sozial- und Bildungswissenschaften bislang vor allem in der Lesart Colin Crouchs rezipiert (vgl. 2008). Er verweist in diesem Deutungsmuster auf eine zunehmende „Entropie der Demokratie“, wie sie durch die neo-liberale Ökonomisierung staatlicher Institutionen und die zunehmende Machtsteigerung der Lobbyisten hervorgerufen wird.

„Während die demokratischen Institutionen formal weiterhin vollkommen intakt sind [...], entwickeln sich politische Verfahren und die Regierungen zunehmend in eine Richtung, die typisch war für vordemokratische Zeiten: Der Einfluss privilegierter Eliten nimmt zu, in der Folge ist das egalitäre Projekt zunehmend mit seiner eigenen Ohnmacht konfrontiert“ (Crouch 2008: 13).

Demokratie und Postdemokratie erscheinen so gesehen als zwei klar voneinander unterscheidbare temporale Phasen. Meine Ausgangsintention lautet jedoch, dass der Begriff der Postdemokratie sein ganzes analytisches Potential für die Reflexion des Verhältnisses von Sozialer Arbeit und Politik erst dann entfaltet, wenn er nicht nur historisch, sondern systematisch gewendet wird (vgl. Marchart 2010; Meyer 2011). Wenn ich mich für diese systematische Wendung entscheide, negiere ich keineswegs, dass sich in den letzten 30-40 Jahren, verstärkt aber seit den 1990er Jahren eine ökonomisch induzierte Gefährdung des demokratischen Anspruches auf Volkssouveränität abzeichnet, die ihren Niederschlag nicht zuletzt in der Theorie und Praxis Sozialer Arbeit findet und auf deren Hintergrund sich die Demokratisierungsthese überprüfen muss (vgl. Wagner 2011).² Mein Anliegen ist nun aber weniger auf die erneute „ideologiekritische Entlarvung“ (Scherr 2005: 91) der „undurchschauten Funktionalität Sozialer Arbeit für Zwecke der Herrschaftssicherung“ (ebd.) gerichtet, welche die Denkmöglichkeit dann doch wieder vorab auf eine Normalisierungsfunktion beschränkt. Mir geht es im Folgenden vielmehr darum, jene Repräsentationslogiken freizulegen, welche eine zentrale Rolle für die Vermittlung von Normalisierung und Demokratisierung und die Etablierung eines spezifischen Verhältnisses von Sozialer Arbeit und Politik spielen. Das ist die Leitidee dieses Textes. Die im Weiteren zu erörternde Fragestellung lautet somit nicht, welche „externen Kräfte“ gegenwärtig entweder zu einer Formierung Sozialer Arbeit als zivilgesellschaftlich-politisierend oder sozialstaatlich-normalisierend führen, sondern welches Repräsentationsprinzip Sozialer Arbeit dafür verantwortlich ist, dass sich das „Versprechen von Gleichheit und Freiheit immer wieder in sein Gegenteil verkehrt“ (Meyer 2011: 22).

2 Unbestreitbar verschleiert das Revival neo-republikanischer Ansätze in der Sozialen Arbeit die Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der gegenwärtigen wohlfahrtsstaatlichen Formation, nämlich die Tatsache, dass sich die politische Teilhabe – jeglicher Bestimmungsgewalt entledigt – auf eine kommunale Bearbeitung von Problemlagen reduziert, die von einer Minderheit der ökonomisch Mächtigen auf globaler Ebene erzeugt wurden.

Um das solchermaßen skizzierte sozialpädagogische Paradox genauer zu erschließen, möchte ich in einem ersten Schritt einen ‚Interpretationssprung‘ vorschlagen, der die Kluft zwischen Demokratisierung und Normalisierung nicht auf die herkömmliche symptomatische Weise liest, sondern auf der Basis einer radikalen politischen Differenz, wie sie sich entlang des Post-Demokratietopos Jacques Rancières entfalten lässt, re-interpretiert. Mit dem Verweis auf Claude Lefort beabsichtige ich, die angestellten Überlegungen zum Verhältnis von Normalisierung und Demokratisierung von ihren anti-institutionellen Implikationen zu lösen und als zirkuläre Bewegung auszuweisen. Die Auseinandersetzung mit Klaus Mollenhauer zielt in einem dritten Schritt darauf, die politische Form und Formierung Sozialer Arbeit aus der sozialpädagogischen Tradition heraus zu rekonstruieren.

Die Differenz, die eine *Differenz* macht

Jacques Rancière fasst unter dem Begriff der Postdemokratie das Paradox, dass unter der Regierungspraxis einer konsensuellen Demokratie „die Praxis der Auslöschung der Formen demokratischen Handelns geltend macht. Die Postdemokratie ist die Regierungspraxis und die begriffliche Legitimierung einer Demokratie nach dem Demos [...]“ (Rancière 2002: 111). Im diametralen Kontrast etwa zu Crouchs historischer Diagnose, die kritisiert, dass die „Legitimationsableitung politischen Handelns aus der Partizipation der Bürger kaum noch mit den realen Gegebenheiten übereinstimmt“ (Buchstein/Nullmeier 2006: 17), verweist Rancières Rede von der Postdemokratie auf eine ‚Regierungsweise‘, „für die eine „wahre Inflation der Legitimation kennzeichnend [ist]“ (Rancière 2010: 148). Und hiermit ist die systematische Wendung gekennzeichnet, die Rancière dem Topos der Postdemokratie gibt: Wenn die gewöhnliche Ordnung in der repräsentativen Demokratie als Postdemokratie beschrieben werden kann, dann ist die Entpolitisierung der Politik nicht lediglich ein besonders, durch externe Kräfte wie die Ökonomie hervorgerufenes Phänomen des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts, sondern vielmehr als systematische Kehrseite eines bestimmten Verständnisses von Souveränität und demokratischer Ordnung anzunehmen (vgl. Meyer 2011).

Um diese Wendung der „Demokratie gegen die Demokratie“ (vgl. Rancière 2012) für eine Reflexion des Zusammenhangs von Normalisierung und Demokratisierung in der Sozialen Arbeit zu konkretisieren, ist es instruktiv, kurz auf Rancières Revision und Differenzierung der Begriffe Politik und Polizei einzugehen: Der in einem neutralen nicht-pejorativen Sinn verwendete Begriff der

Polizei (ebd. 2010: 82) schließt an Foucaults Konzept der Regierung an. Er steht für die Gesamtheit von Prozeduren und Verfahren, durch welche eine Bestimmung der gesellschaftlichen Realität vorgenommen und durch institutionelle Handlungen in das Soziale eingeschrieben wird. Es handelt sich um eine selektive und hierarchische Ordnung des Sicht- und Sagbaren, die „dafür zuständig ist, dass diese Tätigkeit sichtbar ist und jene andere es nicht ist, das dieses Wort als Rede verstanden wird und jenes andere als Lärm“ (Rancière 2002: 41). Nun ist die Ordnung der Polizei keineswegs mit Politik zu verwechseln. Zur politischen Praxis kommt es Rancière zufolge erst dann, wenn eine Intervention erfolgt, die den Abstand zwischen Gleichheitsnorm bzw. Symbol der Demokratie und Realität der polizeilichen Ordnung kenntlich macht (vgl. 2010: 93). Politik verwirklicht sich mit anderen Worten als interventive, konflikthafte Praxis in einer macht- und herrschaftsförmigen Ordnung der Polizei. Im Moment der Politik fordern die ‚Anteillosen‘ – als von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossene – ihren Anteil im Namen einer unmöglichen Allgemeinheit ein (vgl. Rancière 2002: 109).

Wenn also der Begriff der Demokratie für ein symbolisch vermitteltes Ereignis reserviert wird, das eine radikale Verschiebung der Bedingungen gesellschaftlicher Selbstwahrnehmung und damit einhergehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse erzeugt, was bedeutet das für eine Re-Interpretation der Normalisierungs- und Demokratisierungsprozesse in der Sozialen Arbeit?

Auf einer abstrakten, allgemeinen Ebene betrachtet kann überall dort von Normalisierung gesprochen werden, wo die Differenz zwischen Symbol und Realität der Demokratie eingeebnet wird und ein politischer Akteur – z.B. eine staatliche Institution wie die Soziale Arbeit – für sich in Anspruch nimmt, die gesellschaftlichen Verhältnisse objektiv repräsentieren zu können (vgl. Meyer 2011: 23f.). Denn damit löst sie die Spannung zwischen „dem strukturierten Gesellschaftskörper, indem jeder Teil seinen festen Platz hat und dem ‚Teil-ohne-An-Teil‘“ (Žižek 2001: 256), der innerhalb der gegebenen Ordnung gerade nicht angemessen repräsentiert werden kann und diese mit seinen Gleichheitsforderungen ins Wanken bringt, auf. Die „schein-objektive Repräsentation“ verdeckt, so lässt sich dieses Argument mit Katrin Meyer (2011: 24) weiter konkretisieren, dass es die demokratische Gemeinschaft „gar nicht geben kann, weil jede Gemeinschaft durch Strukturen des Sichtbaren, Hörbaren und Denkbaren definiert wird, die wiederum darüber entscheiden, welche Individuen anerkannt werden“. In genau diesem Sinne ist sozialpädagogischen Konzepten der Demokratisierung bei näherer Betrachtung eine Tendenz zur Selbstverkehrung (Entpolitisierung und Normalisierung) immanent. Denn ihr Ziel ist immer wieder die durch historisch-symbolische Repräsentationen vermittelte Forderung, dass sich die gesellschaftli-

che Ordnung normalisiert und jedes Individuum an (s)einem gerechten Platz ist. So etwa wird Politisierung in der Tradition von Habermas mit einer vernünftigen Auseinandersetzung pluraler Interessen gleichgesetzt, wobei der vorgeschaltete Konflikt um die Stimme im Raum der Intelligibilität entweder ganz ausblendet oder nur als Vorbedingung der politischen Auseinandersetzung gefasst wird. Eine Sichtweise, die Demokratisierung mit einer Homogenisierung des politischen Raumes kurzschließt (vgl. Meyer 2011: 24), überspringt jedoch die grundlegendste Bewegung der Politisierung und verstellt den Blick auf die Tatsache, dass soziale Identitäten und politische Gemeinschaften sowie die Kriterien, mit deren Hilfe sie organisiert werden, auf konstitutiven Ausschließungen beruhen, die Gegenstand des politischen Streits sind.³

Ist Rancières Begriff der (Post-)Demokratie für den hier interessierenden Zusammenhang wertvoll, weil er – fundamentalismus- und funktionalismuskritisch – auf einen unhintergehbaren Antagonismus am Ursprung des Sozialen verweist, so weist er zugleich eine allzumal für die Reflexion der Sozialen Arbeit problematische Engführung auf. Rancières theoriepolitisches Projekt ist es – teilweise um den Preis der argumentationslogischen Kohärenz des eigenen Ansatzes – eine emanzipatorisch orientierte Abgrenzung vorzunehmen, die ‚wahre‘ Politik – die selten ist – gegen die inflationäre Identifikation mit staatlich forcierten Transformationsprozessen und formalistischen ‚Bestimmungen‘ verteidigt. Ist die Wendung gegen eine Entleerung der Demokratie politisch nachvollziehbar und sympathisch, so führt der „emanzipatorische Apriorismus“ (vgl. Marchart 2010) zu einer Reihe von Schwierigkeiten: Nicht nur, dass die Einführung einer vorpolitischen Bedingung der Politik eine metaphysische Setzung vornimmt, die als ‚Gleichheit der Intelligenzen‘ begründet wird und als solche sowohl kategorial

3 Spätestens hier wird deutlich, dass Demokratisierung und Normalisierung auf dieser Folie nicht lediglich als zwei konträre ontische Bewegungen zu verstehen sind, sondern eine sehr viel radikalere Differenzierung bezeichnen: Während Normalisierung auf die rechtlich, ideologisch und politisch vermittelte Herstellung einer realitär unmöglichen Einheit zielt und dabei auf „scheinobjektive Repräsentationen“ (Meyer 2011: 25) zurückgreift, beschreibt die Bewegung der Demokratisierung eine radikale Unterbrechung und Delegitimierung der epistemologisch-politischen Ordnung des Sicht- und Sagbaren. Dies bedeutet, dass sich die Bewegung der Demokratisierung „notwendigerweise heterotopisch“ zur gegebenen Ordnung verhält: „Sie entfernt die Regierung von sich selbst, indem sie die Gesellschaft von sich selbst entfernt“ (Rancière 2011: 64) und die Gesellschaft als geteilte, d.h. auf einem Unrecht, „das der Arithmetik des Tausches und der Verteilung entwischt“ (ebd. 2002: 24), gegründete kenntlich macht.

wie politisch problematisch ist, die performativitätstheoretische Verkoppelung von Gleichheit und Politik erzeugt darüber hinaus eine anti-institutionalistische Perspektivierung: Insofern Politik an das Erscheinen widerständiger Subjektformationen (Proletariat, Frauenbewegung etc.), die eine unmögliche Gleichheit performieren, gebunden ist, steht sie staatlich strukturierten Institutionen wie der Sozialen Arbeit „feindlich“ gegenüber (Rancière 2002: 41). Interessiert man sich für die zirkuläre Wechselwirkung von (staatlicher) Normalisierung und Demokratisierung, so ist eine Hinwendung zu Claude Leforts Ontologie des Politischen weiterführend.

Ohne die Lefort'sche Ontologie des Politischen an dieser Stelle umfassend rekonstruieren und in ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden in Bezug auf Rancières performativitäts- und emanzipationstheoretische Überlegungen ausführen zu können, soll aus heuristischen Gründen doch zumindest in groben Zügen das quasi-transzendentalistische Argument⁴ skizziert werden, das die Vermittlung von Demokratisierung und Normalisierung auf alternative Weise konturieren kann. Entscheidend ist hierfür, dass Lefort – auf den ersten Blick ganz ähnlich wie Rancière – eine Differenzierung zwischen den Begriffen der Politik (*'la politique'*), unter welcher die instituierten und instituirenden Ordnungsprinzipien innerhalb einer historisch-spezifischen Gesellschaftsformation zu verstehen sind, und dem Politischen (*le politique*), verstanden als ontologischer Möglichkeitsgrund des Gesellschaftlichen, einführt (vgl. Lefort 1990, 1999; Marchart 2010). Wie bei Rancière gründet die Gesellschaft auf einer radikalen Teilung, jedoch bindet die Lefort'sche Ontologie das Politische nicht an die Erscheinung widerständiger Subjektformationen, die eine unmögliche Gleichheit performieren, sondern grenzt das Politische – als 'leeren Ort der Macht' – von der Gesellschaft ab. Ein zentraler Gedanke Leforts kann darin gesehen werden, dass die Dekorporierung der Macht im Kontext der demokratischen Revolutionen mit einer Entkoppelung der zuvor im Körper des Königs metaphysisch vereinten Trinität von Macht, Recht und Wissen verbunden ist, welche die demokratische Gesellschaft als „gleichsam körperlose Gesellschaft (*societe sans corps*)“ (Lefort 1990: 294f) begründet. Wichtig ist dabei, dass die Abgrenzung eines Ortes der Macht nicht bloß eine dauerhafte Spaltung und Nicht-Identität der Gesellschaft mit sich selbst erzeugt, sondern darüber hinaus eine – wenngleich nur mehr symbolisch erfahrbare – Einheit der Gesellschaft spiegelt. Zwar sind Politik und Politisches auch in dieser Sichtweise die beiden äußeren Pole, von denen ausgehend sich

4 Zum Begriff des Quasi-Transzendentalismus siehe Oliver Marchart (2010)

Gemeinschaft denken lässt, sie schließen sich aber keineswegs aus, sondern sind ganz im Gegenteil sogar wechselseitig aufeinander angewiesen: Da der Ort der Macht bzw. der Ursprung des Gesellschaftlichen nicht unmittelbar im Sozialen präsent ist und auch nicht reflexiv einholbar ist, kann es keine „vollkommene Kontinuität“ zwischen der institutionellen Logik der Politik und dem Politischen – dem abwesenden Ursprung oder Grund des Sozialen – geben (Gauchet/Lefort 1990: 97). Es darf aber anders herum auch keine absolute Diskontinuität angenommen werden, da der Ursprung nicht absolut entzogen sein kann,⁵ sondern als Fixpunkt einer imaginären Einheit „symbolisch gestiftet werden muss“ (Maye 2007: 16). Ausgehend von dieser chiasmischen oder zirkulären Bewegung einer 'Wieder-Herstellung' des (abwesenden) Ursprungs, die Lefort im Begriff der „Quasi-Repräsentation“ fasst, sollte deutlich werden, dass es keinen Sinn hätte, Normalisierung und Demokratisierung als Antipoden aufzufassen. Beide Bewegungen sind analytisch zwar als klar voneinander unterscheidbare Momente identifizierbar, diese Momente stehen einander aber nicht dualistisch gegenüber, sondern sind vielmehr als zwei Seiten einer Medaille zu verstehen, die untrennbar ineinander verwoben sind: Demokratisierung entspringt aus der „unverfügbaren, nicht selbstgemachten Öffnung eines symbolischen Weltbezuges“ (Scheulen 2008: 13), der es erlaubt, gesellschaftliche Konfliktuitäten und Spaltungen sichtbar zu machen und anzuerkennen. Zugleich überschreitet das Politische im Prozess der Demokratisierung und Instituiierung des Gesellschaftlichen seinen ontologischen/symbolischen Ausgangspunkt/Ursprung und verleiht der gesellschaftlichen Teilung eine historisch „distinkte Form“ (Niederberger 2004: 98). Normalisierung, so lassen sich diese Überlegungen im Anschluss an Andreas Niederberger pointieren, „stellt also keinen problematischen Umschlag der Politik in ihr Gegenteil dar, sondern sie ist gerade der Ausdruck der 'Erfindung' zu deren Zweck es Politik überhaupt gibt“ (ebd.: 104).

Für den hier interessierenden Zusammenhang hat dies den Vorteil, dass nun ganz konkret nach dem 'demokratischen Potential' Sozialer Arbeit gefragt werden kann. Indem Lefort das in der demokratischen Revolution instituierte als 'leeren Ort der Macht' von der Gesellschaft abgrenzt verfügt er bereits über ein Modell, das die politische Wirksamkeit und die Unterbrechungen im Gewebe des Sozialen erklärt, welche Rancière an die Erscheinung widerständiger Akteure bindet. Anstatt also den Prozess der Demokratisierung von den historisch sedimentierten Institutionen zu entkoppeln und ganz in die Verantwortung zivilge-

5 Andersfalls erübrigte sich ein Bezug auf Gesellschaft und es gäbe nur Individuen und Privatiers (Scheulen 2008: 139)

sellschaftlicher Subjektformationen zu legen, scheint es vor diesem Hintergrund weiterführender, danach zu fragen, wie staatlich strukturierte Institutionen wie die Soziale Arbeit mit ihrem abwesenden Ursprung umgehen, ob sie ihre eigene Kontingenz (an)erkennen und welche Repräsentationen sie wählen, um der grundlegenden Konfliktuität und Spaltung des Sozialen einen Ausdruck zu verleihen oder sie zu verleugnen. Wenn es stimmt, dass der abwesende Ursprung bzw. der leere Ort der Macht auch in der konstituierten und institutionell normalisierten Gemeinschaft „latent vorhanden [bleibt], [dass] er [...] niemals [ganz] abwesend [ist], sondern [...] gerade in seiner Verknennung und Verstellung anwesend-abwesend wirksam [wird]“ (Maye 2007: 16), dann müsste sich das Politische in den (post-)demokratischen Repräsentationen Sozialer Arbeit aufdecken und zeigen lassen. Die Beziehung der Sozialen Arbeit zur Demokratie wäre also nicht zuletzt anhand ihrer Repräsentationen zu untersuchen und danach zu differenzieren, ob sie es erlauben, den politischen Konflikt und die Spaltung des sozialen Feldes zu denken, das Trennende und das Verbindende des Politischen wahrzunehmen oder nicht.

Im Zirkel der Wieder-Verkörperungsmechanismen: Gesellschaft als *fundamentum inconcussum* Sozialer Arbeit – Der Einsatz Mollenhauers

Die bisherigen Überlegungen haben auf die These hingewirkt, dass eine post-fundamentalistische Lesart des Begriffs der Post-Demokratie dabei helfen kann, die Frage nach dem Verhältnis Sozialer Arbeit und Demokratie so zu erweitern, dass die Engführungen zeit-linearer und kausallogischen Ursprungserzählungen vermieden werden können und eine nicht bereits in Normalisierungsprozesse eingekapselte und festgeschriebene politische Wirksamkeit erkennbar wird. Dabei stand die Vermutung Pate, dass sozialpädagogische TheoretikerInnen zwar einerseits eine starke Sensibilität für die Auswirkungen der sozialen Spaltung zeigen, die die Demokratie erzeugt, dass sie aber andererseits immer wieder einen Fixpunkt zu benennen suchen, von dem ausgehend sich die gesellschaftliche Desintegration bannen lässt. Die besondere Schwierigkeit einer Analyse des Verhältnisses von Sozialer Arbeit und Politik besteht demnach darin, dass sie durch eine doppelte Bewegung gekennzeichnet ist, die einerseits auf die (Wieder)Herstellung des 'Einen' als Fixpunkt gesellschaftlicher Integration gerichtet ist, andererseits aber unvermeidlich durch die demokratische Entkörperung der Macht und durch die damit verbundene Erfahrung von Kontingenz und sozialer Spaltung durchbrochen wird.

Ich komme vor diesem Hintergrund zum historisch-rekonstruktiven Teil dieser Überlegungen. Trägt das Denken der Sozialen Arbeit das Signum eines demokratisierend/normalisierenden Repräsentationsprinzips, in dem der Verweis auf einen abwesenden Grund oder Ursprung konstitutiv wird? Das Werk Klaus Mollenhauers scheint einen solchen Einsatzpunkt zu rechtfertigen. Ich erachte sein Denken für exemplarisch, weil es die eingangs mit Dahme und Wohlfahrt eingeführte sozialwissenschaftlich orientierte Theoriediskussion begründet, welche die (Sozial)Pädagogik aus „aus ihrer begrifflichen und konzeptionellen Agonie nach dem zweiten Weltkrieg“ löst (Winkler 2002: 100) und bis heute wesentlich für ihr Selbstverständnis als moderne wissenschaftliche Disziplin ist (vgl. ebd.; Brumlik 1998). Es ist im Folgenden nicht meine Absicht, die Argumente Mollenhauers theorie-systematisch zu rekonstruieren, mir geht es vielmehr darum, die Repräsentationslogik der Übertragung von Normalisierung und Demokratisierung freizulegen, die hier im Mittelpunkt steht.

Für dieses Vorhaben ist vor allem die frühe Werkphase von 1959-1973, genauer gesagt die Dissertationsschrift (1959) und die 'Einführungen' aus dem Jahr 1964 relevant. Mollenhauer begründet seinen Ausgangspunkt hier explizit in einer Thematik, der ihre historischen und theoretischen Gewissheiten abhandeln gegangen sind: dem Verhältnis von Sozialer Arbeit und Gesellschaft.⁶ Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass er in den 'Ursprüngen' (1959) mit einer radikalen Infragestellung sozialpädagogischer Deutungsmuster und Handlungsformen einsetzt, die sich nicht allein auf eine spezifische inhaltliche Position, sondern auf die erkenntnistheoretischen Grundlagen sowie die sozialpädagogische Praxis insgesamt richtet. Das Prinzip dieser Delegitimations- und Entideologisierungsbewegung ergibt sich aus dem Abstand zwischen dem Ideal, das mit der Idee einer organischen Gemeinschaft verbunden ist und der Realität einer industriellen Gesellschaft, die durch Herrschaft und (Klassen)Konflikt geprägt ist. Vor diesem Hintergrund wird die Einheitsrepräsentation der geisteswissenschaftlichen Pädagogik, „die aufgrund feststehender Vorstellungen eines intakten Sozialorganismus alle Abweichungen negativ akzentuiert und daher Anstalten zu deren Beseitigung trifft [...]“ (Mollenhauer 1959: 121), als ideologische Verschleierung einer von Grund auf gespaltenen und konflikthaft strukturierten Gesellschaft kenntlich. Die freilich in den Ursprüngen nur andeutungsweise ausformulierte Radikalität dieser Negation zeigt sich darin, dass die Hiatusthese nicht nur ein bestimmtes

⁶ Michael Winkler hat den historischen Kontext, innerhalb dessen Mollenhauers Überlegungen Kontur gewinnen, als einen des Wandels und der Dynamisierung kenntlich gemacht (vgl. ebd. 2002).

Verständnis oder eine bestimmte Form Sozialer Arbeit kritisiert, sondern eine grundsätzliche Annihilation sozialpädagogischer Legitimation formuliert: Soziale Arbeit ist in ihrer Existenz auf eine Fehlinterpretation angewiesen; erst der „Hiatus zwischen gesellschaftlicher Realität und nachhinkendem Bewusstsein“ (ebd.:122) macht die Integrationsprobleme der industriellen Gesellschaft auch tatsächlich als pädagogische Probleme ausweisbar und gibt der Sozialen Arbeit die Regeln ihrer Bearbeitung an die Hand.

In diesem Sinne tauschen die Ursprünge auch nicht einfach eine Repräsentation der Einheit durch eine andere aus, es ist vielmehr der Modus der Repräsentation selbst, der sich verändert. So bezeugt die Einführung des Gesellschaftsbegriffes in den 'Ursprüngen' nicht allein und noch nicht einmal primär die Bestätigung einer positiven Form, welche die Illusion ersetzt; der Einsatz der Ideologiekritik zeigt vielmehr einen neuartigen Status des Wahren an, der sich im Anschluss an Rancière folgendermaßen pointieren lässt: „das Wahre als das Wahre des Falschen: nicht die Klarheit der Idee gegenüber der Dunkelheit der Scheinbarkeiten; nicht die Wahrheit als Indiz ihrer selbst und der Falschheit [...]. Ideologie ist [vielmehr] der Name der unendlich denunzierten Distanz der Worte und der Dinge [...]" (Rancière 2002: 97). Kurz: Eingeführt wird ein begrifflicher „Operator des Streits“ (ebd.: 95), der sich über jede Einheitszählung legt und den 'Ursprung' konstitutiv in die 'Ursprünge' verdoppelt. Die Ontologie, die Mollenhauer aus der Einführung der Kategorie der industriellen Gesellschaft entwickelt, wäre von dieser Warte aus gesehen allenfalls als Ontologie des Konfliktes, des Mangels und des historischen Wandels zu verstehen: Die Abstützung im „Horizont eines konflikttheoretischen Paradigmas“ (Neumann 2012: 28), das gesellschaftliche Konflikte zwar vornehmlich als Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit interpretiert, darüber hinaus aber auch Generationenkonflikte, Traditionskonflikte sowie Weltanschauungskonflikte expliziert und gleichermaßen berücksichtigt (Mollenhauer 2001 [1964]), macht die Nicht-Übereinstimmung der Gesellschaft mit dem Bild, das die Soziale Arbeit von ihr hat, sichtbar: Nicht der naturhafte und prästabilisierte Organismus, sondern Konflikt und Mangel stehen am 'Ursprung' der Dinge.

Augenfällig ist jedoch, dass die ideologiekritische Bewegung der Negation so geartert ist, dass sie im Dienste einer Demokratisierung Sozialer Arbeit und der Gesellschaft die scheinbar entwerteten Kategorien von Einheit, Ganzheit und Wesenhaftigkeit – quasi von hinten herum wieder einführt:

„Eine Analyse der modernen Gesellschaft ergibt denn auch, dass es sich um einen neuen Typus gesellschaftlicher Organisation handelt, dem – wenigstens hypothetisch als Bedingung einer sachgerechten Erkenntnis – zunächst eine Eigenwertigkeit zugesprochen werden muss [...]. Dass diese Gesellschaft besondere Schwierigkeiten zu

bewältigen hat, ist damit nicht geleugnet. Da diese Schwierigkeiten ihr aber wesensmäßig zugehören, kann der Antriebe zu ihrer Bewältigung, soweit er wissenschaftlich begründet werden soll, nicht aus einer romantischen Negation der industriellen Gesellschaft, sondern nur durch die Besinnung auf die *in* ihr enthaltenen Möglichkeiten gewonnen werden“ (Mollenhauer 1959: 124).

An diesem Zitat zeigt sich, wie die Logik der konstitutiven Repräsentation in eine Bewegung der Normalisierung umzuschlagen beginnt: Zwar ist die mit dem Gesellschaftsbegriff eingeführte Bewegung zunächst immer negativ, indem sie die „Mangelhaftigkeit des Faktischen“ (Mollenhauer 1964: 69) erweist, sie wendet sich aber – hierin dem Muster der hegelianischen Erkenntnistheorie folgend – in eine positive Bewegung der Identifizierung – „einer besseren Erziehung, und damit auch der „einer besser organisierten [und integrierten] Gesellschaft“ (ebd.) um. Wie die systemtheoretische Reflexion richtig bemerkt, erklärt sich diese Identifizierung des Möglichen im Faktischen, welche der Sozialen Arbeit zugleich die Regeln ihrer Rationalisierung gibt, aus einer „Art immanenter Transzendenz“ (Neumann 2012: 30; vgl. Cleppien 2002). Diese liefert die Grundlage dafür, dass der Bezug auf 'Gesellschaft' nicht nur das Prinzip einer permanenten Negation des Gegebenen impliziert, sondern zugleich „normative Beschreibungs- und Veränderungsmaßstäbe“ (ebd.) hervorbringt, die eine Übereinstimmung der Gesellschaft mit sich selbst zumindest prospektiv wahrscheinlich machen. Und in der Tat lässt sich nicht übersehen, dass die Repräsentation der Einheit nach der 'realistischen' Wende aus einer fortschrittsoptimistischen Logik, welche annimmt, dass die immanenten, zeitlinearen und empirischen Prozesse der Gesellschaft uns aus sich selber heraus „zugleich die Mittel zur Veränderung oder zum Fortschritt der Gesellschaft [...] überliefern [...]“ (Mollenhauer 2001 [1964]: 28), hergestellt und wiederhergestellt wird.

Von diesem Punkt aus beginnt die Bezugnahme auf den Gesellschaftsbegriff unbestimmt zu gleiten zwischen einer auf Permanenz gestellten Negation und Ideologiekritik, die zugleich auch ein „politischer Nihilismus der Falschheit aller Dinge ist“ (Rancière 2002: 96) und der Feststellung einer Wahrheit und Objektivität des Sozialen, die zugleich als Fundament und Legitimationsbasis sozialpädagogisch initiierten Normalisierungsmaßstäbe und -prozesse fungiert. Hier hat die wundersame Volte, die sozialpädagogische Denker und Denkerinnen immer wieder vollziehen, wenn sie ihre radikale Kritik in den Versuch einer Wiederverkörperung der Freiheit und Einheit im Sozialen überführen, ihre Wurzeln (vgl. Kessl 2005: 213f.). Ob kommunalpädagogische Entwürfe (Richter 1998; Sturzenhecker 2008), bildungsidealistische Perspektiven (Sünker 1989) oder Befähigungsansatz (Ziegler 2004) – sozialpädagogische Gesellschaftskritik verbindet

die Arbeit der Entideologisierung und Demokratisierung wird immer wieder 'zirkulär' mit einer Arbeit der Wiederherstellung von Sicherheit und Einheit.

Obgleich die vorangehenden Überlegungen versucht haben anzudeuten, dass sich die Spuren einer Revitalisierung metaphysischer Bilder der Einheit und Ganzheit, um deren Kritik sich Mollenhauer und die sozialwissenschaftliche Tradition, die er begründet, so stark bemühe(t)en, in der Repräsentationslogik der industriellen Gesellschaft nachweisen lassen, soll dies nicht als Diskreditierung der Öffnung auf Konfliktuität und Wandel missverstanden sein: Mollenhauers 'Ursprünge' zeigen auf explizite Weise, wie die Modi der Repräsentation wechseln, in ihrer Bedeutungszuweisung changieren und somit zu einer widersprüchlichen Bewegung von Demokratisierung/Normalisierung führen. Mit der Einführung des Gesellschaftsbegriffes realisiert sich, was auf der Basis eines organismischen Gemeinschaftsmodells, wie es die sozialpädagogische Tradition bis zu den Arbeiten Nohls und Bäumers charakterisierte und heute in den verschiedenen Formen der Community-Orientierung eine Neuauflage findet, nicht denkbar war/ist: Die Anerkennung und „Institutionalisierung des Konfliktes“ (vgl. Kunstreich 1977) als gesellschaftliches und sozialpädagogisches Grundprinzip. Auch wenn zugestanden werden muss, dass der sozialwissenschaftliche Diskurs innerhalb und außerhalb der Sozialen Arbeit immer wieder versucht, die konstitutive Spaltung in das „Reale hineinzuzwingen“ (Lefort 1999: 64), das Soziale auf sich selbst zurückzufalten, um die Bedingungen und Begriffe zu benennen, die eine vollkommene Selbsttransparenz und Einheit zumindest prospektiv ermöglichen würden, bleibt die 'industrielle Gesellschaft' eine 'schwebende Repräsentation': Gerade weil es sich um eine historische Entität handelt, beschreiben die vorgenommenen Identifikationen versuchsweise Antizipationen einer möglichen Zukunft, die sich – allzumal in der Tradition Mollenhauers – nicht von einer permanenten diskursiven Befragung lösen und die Soziale Arbeit so daran hindern, innerhalb einer Ordnung zu versteinern.

Plädoyer für eine Genealogie der Repräsentationsformen Sozialer Arbeit

Die paradoxe Architektur der 'industriellen Gesellschaft' gewährleistet ein Ineinandergreifen von Negation und Affirmation, Demokratisierung und Normalisierung, welche die Elemente des modernen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements des Sozialen gleichermaßen zu trennen und zu verbinden erlaubt. Die Ähnlichkeit mit einer systemtheoretischen Reflexion des modernen Gesellschaftsbegriffes wurde bereits durch Zitationen im Text angedeutet. Was

Neumann als unzulässige „Politisierung des Gesellschaftsbegriffes“ beschreibt wäre aus der hier vertretenen Perspektive einer politischen Philosophie Sozialer Arbeit jedoch treffender als untüchtige symbolische Vermittlung (sozial) wissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung zu verstehen. Insofern man dem Politischen einen konstitutiven Status zuschreibt wird es unmöglich, die Formen gesellschaftlicher Repräsentation von ihrer symbolisch-politischen Vermittlung zu entkoppeln. Es kann somit – und hier konkretisiert sich die Kritik an der Systemtheorie – keine neutrale wissenschaftliche Beobachterposition geben: 'Gesellschaftsbilder' sind, wie Susanne Lüdemann herausarbeitet, „integrativer und produktiver' Bestandteil“ des symbolischen Dispositives der modernen Gesellschaft (ebd. 2004: 109). Das bedeutet zum einen, dass jede soziale (Grundlegungs)Wissenschaft – sei sie auch noch so abstrakt – Bestandteil des symbolischen Dispositives der Gesellschaft ist und von diesem ausgehend unvermeidlich politisch imprägniert wird. In den Worten Oliver Marcharts (2010: 268): Gesellschaftstheorie „ist gleichsam das Politische ihrer Zeit in Gedanken gefasst, auch wenn die [sozialwissenschaftlichen] Kategorie nicht notwendigerweise der Semantik der Politik gehorchen müssen“. Kann somit geschlossen werden, dass die Begriffe und Modelle des Sozialen immer innerhalb eines symbolischen Rahmens generiert und politisch geformt werden, gilt es andererseits zu bemerken, dass sozialwissenschaftliche Repräsentationen eine politische da „realitätskonstituierende Wirkung“ entfalten:

„Die Repräsentationen der Gesellschaft, die die Soziologie der Gesellschaft im Auftrag der Gesellschaft liefert, sind je nachdem, geeignet bestehende Ordnungen und Ordnungsvorstellungen zu legitimieren oder zu delegitimieren, sie liefern der Gesellschaft Begriffe, Bilder und Metaphern des Sozialen, die politisch nutzbar sind und auch genutzt werden.“ (Lüdemann 2004: 109).

Besonders deutlich wird diese doppelte Kodierung im Fall der Sozialen Arbeit: Als „intermediäre Instanz zwischen Wissenschaft und Politik“ (Casale 2009: 57) stellt diese nicht nur Repräsentationen bereit, die die Notwendigkeit bestimmter Ordnungsvorstellungen legitimieren, darüber hinaus ist sie maßgeblich an deren faktischer Durchsetzung und Verkörperung im 'Realen' beteiligt.

Bilanziert man an diesem Punkt der Argumentation, so kann es theoretisch nicht darum gehen, den Widerspruch zwischen Normalisierung und Demokratisierung zu 'entparadoxieren', vielmehr gilt es, die politischen Bedingungen der Möglichkeit gesellschaftlicher Selbstrepräsentation sowie damit verbundene Modi der Ausschließung macht- und herrschaftskritisch in den Blick zu nehmen. Denn die Repräsentationen Sozialer Arbeit lassen sich nicht zuletzt danach unterscheiden, wie sie sich

„zur Inkonsistenz des sozialen Feldes, zum Nicht-Identischen der Gesellschaft mit ihrem Bild, d.h. zu ihrer unmöglichen Homogenisierung und Schließung verhalten: ob und wie sie die Unmöglichkeit der Schließung in ihren Metaphern und Bildern mitdenken, oder ob, wie und aus welchen Gründen sie diese zentrale Unmöglichkeit gerade verleugnen“ (Lüdemann 2004: 111).

Eine solche Untersuchung scheint mir nicht zuletzt mit Blick auf die politischen und theoretischen Diskussionen, die sich seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, verstärkt aber seit den 1990-er Jahren zeigen, an Relevanz zu gewinnen. Denn zeigt sich hier nicht, dass die gesellschaftstheoretischen Repräsentationen an Bedeutung verlieren oder gar im Verschwinden begriffen sind (vgl. Rose 2000; Casale 2009)? Es ist hier nicht mehr der Raum, diese Fragen noch angemessen zu behandeln, aber lässt sich nicht gegenwärtig eine Abwendung vom Repräsentationsmuster 'Gesellschaft' und eine Hinwendung zu den Kategorien 'Subjektivität', 'Gemeinschaft' und 'Leben' beobachten? Ist es mit hin nicht denkbar, dass sich mit der Entbindung des Gesellschaftlichen und des Politischen ein Bruch anzeigt, der mit tiefgreifenden Konsequenzen für die disziplinäre und politische Identität Sozialer Arbeit einhergeht? Und gewinnt der Begriff der Post-Demokratie von dieser Warte aus betrachtet nicht erst seine historische Bedeutung? Denn eines deuten die vorangestellten Überlegungen an: Mit der gegenwärtig diagnostizierten Erosion des Sozialen steht mehr auf dem Spiel als ein territorialer Rahmen gouvernementaler Regierungstechniken. Es ist nicht weniger als die Erosion eines modernen Dispositivs der Demokratie zu diagnostizieren, das der Sozialen Arbeit historisch als Ansatzpunkt für die Politisierung gesellschaftlicher Ausschließungs- und Ungleichheitsverhältnisse gedient hat. Die *Wiederherstellung einer Genealogie der demokratischen Repräsentationen Sozialer Arbeit* berechtigt sich nicht zuletzt vor diesem Hintergrund.

Literatur

- Brumlik, Micha 1998: Klaus Mollenhauer – Die Sozialpädagogik in der Einheit seines Werks. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Heft 3, S. 431-440
- Buchstein, Hubertus/Nullmeier, Frank 2006: Themenschwerpunkt „Postdemokratie“. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19, 4, 2006, S. 16-97
- Casale, Rita 2009: Fitt statt fett. Staatliche Erziehungsmaßnahmen in Zeiten der De-regulierung. In: Grubenmann, Bettina/Oelkers, Jürgen (Hrsg.): Das Soziale in der Pädagogik. Bad Heilbrunn, S. 53-65
- Cleppin, Georg 2002: Die Soziale Arbeit und ihre moderne Gesellschaft. In: Neue Praxis, Heft 5; S. 473-482
- Crouch, Colin 2008: Postdemokratie. Frankfurt am Main

- Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert 2011: Gerechtigkeit im Kapitalismus: Anmerkungen zur affirmativen Normativität moderner Gerechtigkeitstheorien. In: Neue Praxis, Heft 4; S. 385-400
- Heil, Reinhard/Hetzl, Andreas 2006: Die unendliche Aufgabe. In: Heil, Reinhard/Hetzl, Andreas (Hrsg.): Die unendliche Aufgabe. Perspektiven und Kritik der Demokratietheorie. Bielefeld, S. 7-23
- Hirsch, Michael 2009: Libertäre Demokratie im libertären Staat. Die Begriffe Staat, Politik und Recht im Poststrukturalismus und Postmarxismus und Gegenwart. In: Hirsch, Michale/Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Der Staat in der Postdemokratie. Staat, Politik und Recht im neueren französischen Denken. Stuttgart, S. 191-226
- Kessl, Fabian 2005: Der Gebrauch der eignen Kräfte. Eine Gouvernementalität Sozialer Arbeit. Weinheim und München
- Kunstreich, Timm 1977: Der institutionalisierte Konflikt. Offenbach
- Lefort, Claude/Gauchet, Marcel 1990: Über die Demokratie: Das Politische und die Institutionierung des Gesellschaftlichen. In: Rödel, Ulrich (Hrsg.): Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie. Frankfurt am Main, S.89-122
- Lefort, Claude 1999: Fortdauer des Theologisch-Politischen? Wien
- Lüdemann, Susanne 2004: Metaphern der Gesellschaft. Studien zum soziologischen und politischen Imaginären. München
- Marchart, Oliver 2010: Die politische Differenz. Berlin
- Maye, Harun 2007: Die imaginäre Gemeinschaft. In: Transkriptionen Nr. 8
- Meyer, Katrin 2011: Kritik der Postdemokratie. Rancière und Arendt über die Paradoxien von Macht und Gleichheit. In: Leviathan 39 (2011), S. 21-38
- Mollenhauer, Klaus 1959: Die Ursprünge der Sozialpädagogik in der industriellen Gesellschaft: eine Untersuchung zur Struktur sozialpädagogischen Denkens und Handelns. Weinheim und Berlin
- 2001 [1964]: Einführungen in die Sozialpädagogik. Probleme und Begriffe der Jugendhilfe. Weinheim und Basel
- 1973: Erziehung und Emanzipation. München
- Müller, Carsten 2007: Keine Demokratie ohne Bürger?! – Zu Verständnis und Kritik der Bürgerprogrammatik im Begriff der Sozialpädagogik.. In: Dollinger, Bernd/Schröer, Wolfgang/Müller, Carsten (Hrsg.): Die sozialpädagogische Erziehung des Bürgers. Entwürfe zur Konstitution der modernen Gesellschaft. Wiesbaden, S. 13-28
- Neumann, Sascha 2012: Wirklichkeit und Möglichkeit. Theorie Sozialer Arbeit als Kritik der Gesellschaft. In: Dollinger, Bernd et al (Hrsg.): Gesellschaftsbilder Sozialer Arbeit. Bielefeld
- Niederberger, Andreas 2009: Republikanismus jenseits der Republik? Zur symbolischen Funktion der Demokratie bei Marcel Gauchet, Claude Lefort, Jacques Rancière und Pierre Rosanvallon. In: Hirsch, Michale/Voigt, Rüdiger (Hrsg.): Der Staat in der Postdemokratie. Staat, Politik und Recht im neueren französischen Denken. Stuttgart, S. 93-114

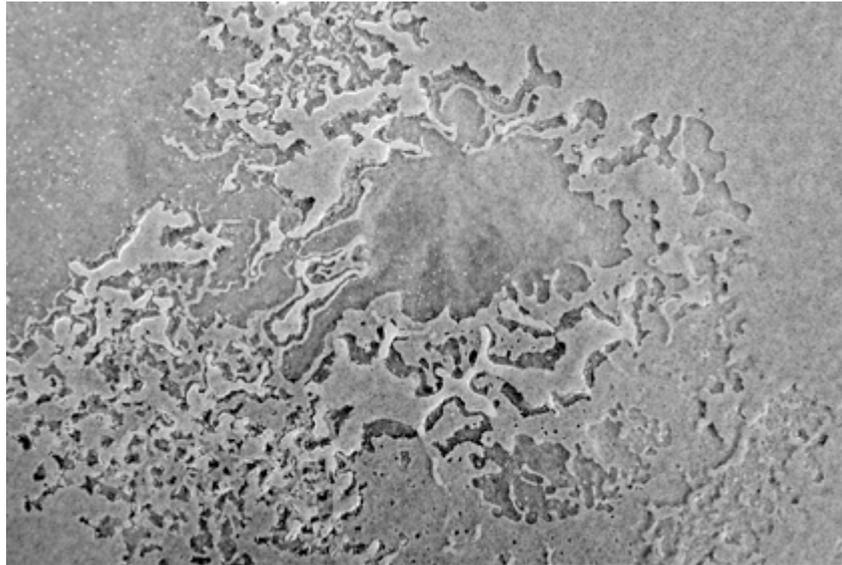
- Otto, Hans-Uwe/Scherr, Albert/Ziegler, Holger 2010: Wieviel und welche Normativität benötigt die Soziale Arbeit? Befähigungsgerechtigkeit als Maßstab sozialarbeiterischer Kritik. In: Neue Praxis, 40. Jg. Heft 2, S. 137-163
- Rancière, Jacques 2010: Demokratie und Postdemokratie. In: Badiou, Alain/Rancière, Jacques (Hrsg.): Politik der Wahrheit. Wien, S. 119-156
- 2010: Über den Nihilismus in der Politik. In: Badiou, Alain/Rancière, Jacques (Hrsg.): Politik der Wahrheit. Wien, S. 157-188
- 2012: Demokratien gegen die Demokratie. Jacques Rancière im Gespräch mit Eric Hazan. In: Agamben, Giorgio et al (Hrsg.): Demokratie? Eine Debatte. Berlin, S. 90-95
- 2002: Das Unvernehmen. Frankfurt am Main
- Scheulen, Hans/Szankay, Zoltan 1999: Zeit und Demokratie. Eine Einstimmung. In: Lefort, Claude (Hrsg.): Fortdauer des Politisch-Theologischen? Wien
- Scherr, Albert 2005: Kapitalismus oder funktional differenzierte Gesellschaft? Konsequenzen unterschiedlicher Zugänge zum Exklusionsproblem für Sozialpolitik und Soziale Arbeit. In: Anhorn, Roland et al (Hrsg.): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Wiesbaden
- Wagner, Peter 2010: Politik und Moderne. URL: www.boell-bremen.de/dateien/b017edaf88a3b954d369.doc
- Wagner, Thomas 2012: „Und jetzt alle mitmachen!“ Ein demokratie- und machttheoretischer Blick auf die Widersprüche und Voraussetzungen (politischer) Partizipation. In: Widersprüche Heft 123, S. 15-40
- Winkler, Michael 2002: Klaus Mollenhauer. Ein pädagogisches Porträt. Weinheim und Basel
- Žižek, Slavoj 2001: Die Tücke des Subjektes. Frankfurt am Main

*Martina Lütke-Harmann, Universität Duisburg-Essen,
Fakultät für Bildungswissenschaften, Berliner Platz 6-8, 45117 Essen
E-Mail: martina.luetke-harmann@uni-due.de*



www.mittelweg36.de

Lernen Sie Mittelweg 36, die Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, kennen!
Wir senden Ihnen gern ein Probeheft zu. Redaktion Mittelweg 36, Mittelweg 36, 20148 Hamburg
Tel.: 040/414097-0, Fax: 040/414097-11, zeitschrift@mittelweg36.de



Benedikt Sturzenhecker

Demokratiebildung in der Debatte um Rancières Begriff der Demokratie und Postdemokratie

In den aktuellen Debatten um die Analysen der Demokratieentwicklung, die unter der These der „Postdemokratie“ zusammengefasst werden, wird auch gefragt, wie das Verhältnis der Sozialen Arbeit zu Demokratie kritisch zu revidieren sei. Dabei wird auch auf das Demokratiekonzept von Rancière zurückgegriffen, der den kritischen Begriff der Postdemokratie als erster verwendet hat. Beiträge, die Rancières Position für eine (Selbst-)Hinterfragung der Sozialen Arbeit aufnehmen, kritisieren aus dieser Perspektive, dass die im weitesten Sinne der Habermas'schen Kommunikationstheorie nahestehenden Positionen der Demokratiebildung trotz ihrer erklärten Absicht einer Revitalisierung des Politischen in der Sozialen Arbeit durch eine Potenzierung der demokratischen Mitbestimmungsrechte der Adressaten in den sozialpädagogischen Organisationen und Kommunen allzu leicht einer „Logik der Entpolitisierung“ selbst verhaftet blieben,

„weil sie die grundlegendste Bewegung der Politisierung überspringen und den Blick auf die Tatsache verstellen, dass soziale Identitäten, politische Gemeinschaften sowie die Kriterien, mit deren Hilfe sie organisiert werden, auf konstitutiven Ausschließungen beruhen, die selbst immer Gegenstand des politischen Streits sind und ein historisches Ergebnis dessen markieren“ (Lütke-Harmann/Kessl 2013: 144).

Im Folgenden versuche ich, darauf zu antworten, indem ich mithilfe von Rancières Demokratie- bzw. Politikbegriff prüfe, inwieweit Ansätze der Demokratiebildung solche „konstitutiven Ausschließungen“ und die Unvermeidbarkeit „politischen Streits“ zu wenig beachten, um daran die eigene Position zu schärfen. Die handlungswissenschaftlichen Anstrengungen der Demokratiebildung, Konzepte der anerkennenden erzieherischen Beziehungsgestaltung und institutionellen Berechtigung von Adressaten zur demokratischen Mitentscheidung im Rahmen der Sozialpädagogik (also der Kinder- und Jugendhilfe allgemein

und der Jugendarbeit und Elementarpädagogik im Besonderen) und der Kommune zu begründen, für die Praxis nutzbar zu machen und ihre Realisierung zu reflektieren (vgl. Richter 2001, Richter/Sturzenhecker 2011, Hansen/Knauer/Sturzenhecker 2011, Sturzenhecker 2013), sind nicht ohne Weiteres mit Rancières philosophischen und theoriesystematischen Begriffsbildungen in Verbindung zu bringen. Dennoch sollen unter Berücksichtigung dieser Differenz transversale Bezüge ausgelotet werden¹.

Zu Rancières Demokratiebegriff

Für Rancière ist Gleichheit zentrale Voraussetzung, entscheidender Handlungsimpuls und doch nie einlösbarer Anspruch von DEMOKRATIE². „Da die Gleichheitserklärung irgendwo existiert, kann sie und muss sie Wirkung haben“ (DuP: 132). Zwar ist der „Gleichheitstext“ in der Welt, aber, wie Rancière am Beispiel der antiken politischen Philosophie von Platon und Aristoteles erläutert, bestehen deren Anstrengungen, die Teile einer Gesellschaft ordnend zu bestimmen und (anti-demokratische) Herrschaftssysteme zu begründen, darin, dass einerseits das Volk, der Demos, als teilhaftig konstituiert wird, ihm aber gleichzeitig die Qualität der Anteilslosigkeit zugeschrieben – also Gleichheit wieder negiert wird. Es sind die reichen Oligarchen und die tugendhaften Aristokraten, die in dieser Aufrechnung der Beteiligung auf Grund dieser ihrer Qualitäten Anteilsrechte auf die Herrschaft haben. Der Demos hingegen ist die „Versammlung der Männer ohne Eigenschaften, die, wie Aristoteles sagt, „Anteil an nichts haben“, „eine undifferenzierte Masse derer, die keine positiven Anspruchsrechte haben – weder Reichtum noch Tugend –, und denen aber dieselbe Freiheit zuerkannt wird wie denen, die diese Anrechte besitzen“ (Dun: 21). Die Anteilslosen gehören dazu, haben aber nichts zu sagen. Und das nicht nur im Sinne der Mitentscheidungsmacht, sondern zunächst ganz wörtlich in dem

1 Bei der Erarbeitung dieses Textes haben mich viele Freundinnen und Freunde und Kolleginnen durch Diskussion meiner und ihrer Ideen unterstützt. Dafür vielen Dank an: Raingard Knauer, Martina Lütke-Harmann, Gabriele Undine Meyer, Melanie Plößler, Elisabeth Richter, Rüdiger Hansen, Fabian Kessl und Helmut Richter.

2 Um die eigensinnige Rancièresche Bestimmung der Begriffe DEMOKRATIE und POLITIK im Unterschied zu deren gewöhnlichem Gebrauch zu markieren, werden sie jeweils in Majuskeln geschrieben. Rancière verwendet die beiden Begriffe weitestgehend synonym (vgl. Lütke-Harmann/Kessl 2013: 141). Die Publikationen von Rancière, die hier zitiert werden, sind folgendermaßen abgekürzt: „Das Unvernehmen“ (2002) = DUn; „Demokratie und Postdemokratie“ (2010) = DuP.

Sinne, dass ihnen die Sprach-Mächtigkeit aberkannt wird. Das macht Rancière an seinem zentralen Beispiel, der Erzählung des Titus Livius vom Konflikt der römischen Plebejer mit den aristokratischen und reichen Senatoren (von 494 v. Chr.) fest: Die römische Unterschicht war aus Protest gegen ungerechte Behandlung und mangelnde politische Mitbestimmung aus der Stadt ausgezogen und der Patrizier Menenius Agrippa erhielt den Auftrag, sie zur Rückkehr zu bewegen. Das aber bringt ihn in ein Dilemma: Denn einerseits sprechen die Senatoren den Plebejern ihre Sprechfähigkeit ab und schreiben ihnen nur eine Artikulation zu, die „eine Art flüchtiger Ton, eine Art Brüllen, Zeichen des Bedürfnisses, nicht Manifestation der Intelligenz“ (DUn: 35) sei, andererseits muss sie der Verhandler, um Verständigung zu ermöglichen, als sprechende und verstehende Menschen behandeln und damit die „Gleichheit eines jeden sprechenden Wesens mit einem jeden anderen sprechenden Wesen“ (DuP: 128) konstatieren.

An dieser Geschichte werden für Rancière die beiden zentralen Elemente seines Demokratiebegriffs deutlich: Zum einen die Anstrengung der Herrschenden, ihre Aufteilung der Gesellschaft als herrschende Ordnung durchzusetzen, dieses Phänomen bezeichnet er als POLIZEI³; zum anderen die Möglichkeit, sich dieser Verortung und Einordnung zu widersetzen, und das bezeichnet er als POLITIK oder DEMOKRATIE.

„Die Polizei ist somit zuerst eine Ordnung der Körper, [...] die dafür zuständig ist, dass diese Körper durch ihre Namen diesem Platz und jener Aufgabe zugewiesen sind; sie ist eine Ordnung des Sichtbaren und des Sagbaren, die dafür zuständig ist, dass diese Tätigkeit sichtbar ist, und jene andere es nicht ist, dass dieses Wort als Rede verstanden wird, und jedes andere als Lärm“ (Dun: 41).

Dieses Phänomen, dass ein Gesprächspartner den anderen gleichzeitig vernimmt und auch nicht vernimmt, dass er dem anderen Lärm, aber nicht Sprache zuweist, nennt Rancière das „Unvernehmen“ (franz.: la mésentente). Erst wenn diejenigen, die als ein Teil verortet werden, ohne jedoch einen Anteil (am öffentlichen Sprechen und Entscheiden) zu haben, gegen dieses Unrecht aufstehen und die Gleichheitslogik gegen die POLIZEILICHE Ordnung stellen, entsteht POLITIK bzw. DEMOKRATIE: Demokratie „ist eine Subjektivierungsweise,

3 Deutsches Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm: Polizei, Policei, f., im 15. Jh. entlehnt aus lat. politia, policia... vom 15. bis ins 17. Jahrh. verstand man unter Polizei die Regierung, Verwaltung und Ordnung, besonders eine Art Sittenaufsicht in Staat und Gemeinde und die darauf bezüglichen Verordnungen und Regeln [...], auch den Staat selbst, sowie die Staatskunst, Politik (<http://www.woerterbuchnetz.de/DWB?lemma=polizei>).

die Subjekte bildet, die nicht mit den Teilen des Staates oder der Gesellschaft zusammenfallen, freischwebende Subjekte, von denen jede Darstellung von Orten und Einteilung in Unordnung gebracht wird“ (DuP: 127). Durch solche POLITISCHEN Interventionen entsteht ein Streithandel oder Streitfall (franz.: litige) der DEMOKRATIE, der darin besteht, für „jeden einzelnen Konflikt eine Bühne zu schaffen, auf der sich die Gleichheit oder die Ungleichheit der Konfliktpartner als sprechende Wesen ins Spiel bringt“ (Dun: 63). Solche DEMOKRATIE entsteht aber immer nur „singulär“ und nicht auf Dauer, denn als Folge werden neue POLIZEILICHE Ordnungen geschaffen und damit ein verändertes Muster der Zu-teilung, der Einschließung und Ausschließung. Es entsteht eine oszillierende Bewegung der Politisierung und Entpolitisierung, „weil mit jeder Implementierung gesellschaftlicher Ordnungsstrukturen die Institutionalisierung neuer Strukturen sozialer Ungleichheit und der Ausschließung spezifischer Bevölkerungsgruppen von der politischen Souveränität einhergeht“ (Lütke-Harmann/Kessl 2013: 140). Die aktuellen Entwicklungen in den westlichen Demokratien, diese politischen Schwingungen möglichst auf Dauer zu verhindern, nennt Rancière „Postdemokratie“, eine Praxis der „Auslöschung der Formen demokratischen Handelns“ und „das Denken einer restlosen Übereinstimmung zwischen den Formen des Staates und dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse“ (Dun: 111). Eine solche postdemokratische Praxis macht er fest „an der wuchernden Verrechtlichung, den verallgemeinernden Expertenpraktiken, der ständigen Meinungsforschung“ (DuP: 145). Die POLIZEI in der Postdemokratie ist quasi immer schon da: Jede Subjektivierung und jeder Streithandel soll verhindert werden durch eine meinungsforscherisch informierte Responsivität, die alle potentiellen Streitfälle schon durch rechtliche Regelungen und expertokratische Lösungen harmonisiert und finalisiert.

Rancière und eine konfliktorientierte Sozialpädagogik

Versteht man Sozialpädagogik nicht einseitig als POLIZEI (als solche ordnen Lütke-Harmann/Kessl etwa Konzepte des 'Normalisierungsauftrages' der Sozialen Arbeit ein), sondern als ein doppelgesichtiges Geschehen zwischen einer Thematisierung gesellschaftlicher Konflikte UND einer Integrationsorientierung, wäre sie eine Bühne, auf der der beständige Oszillationsprozess von POLITIK und POLIZEI sich inszeniert. So bestimmt Hamburger (2011: 11ff. in Bezug auf Böhnisch 1979: 22) Sozialpädagogik als „Theorie des Konflikts“ zwischen Individuum und Gesellschaft. „Sie konzentriert sich auf die Differenzen, die zwischen dem individuellen Wollen und Können einerseits, dem sozialen

Rahmen der gesellschaftlichen Möglichkeiten und Grenzen andererseits bestehen. Weil individuelle Probleme in soziale Probleme integriert sind, richtet sich das sozialpädagogische Interesse auf die Differenz von Realität und fehlender Anerkennung dieser Realität, also auf soziale Probleme. Weil in die Bewertung von real bestehenden Zuständen Normalitätstvorstellungen und Wertorientierungen einfließen, analysiert die Sozialpädagogik Homogenitätstvorstellungen und Differenzbedürfnisse, Ungleichheitszustände und Modelle sozialer Gerechtigkeit. Schließlich zwingt die Orientierung am Konflikt zur komplementären Orientierung an sozialer Integration, sei es des Individuums, sei es von Gruppen“ (a.a.O.:17). Damit könnte schon alles gesagt sein: Die „Differenz von Realität und fehlende Anerkennung dieser Realität“ kann als Variante der Rancièreschen Formel vom „Teil und der Anteilslosigkeit“ gelesen werden, der Verweis auf die „Homogenitätstvorstellungen und Ungleichheitszustände“ als selbstkritisches Bewusstsein der Voraussetzung von Ungleichheitskonflikten und ihrer sozialpädagogischen Bearbeitung durch Homogenisierung bzw. Harmonisierung. Mit Hamburger kann eine so verstandene Sozialpädagogik nicht nur bei der Bezeichnung und Skandalisierung solcher Ungerechtigkeit stehen bleiben, sondern sie muss letztlich eine „integrative“ Bearbeitung dieser Konflikte eröffnen, im selbstreflexiven Wissen um diesen bekannten strukturellen Selbstwiderspruch der Sozialpädagogik.

Zu ganz ähnlichen Vorstellungen kommen auch Konzepte einer konfliktbewussten Sozialen Arbeit: „Soziale Konflikte und deren Verursachungszusammenhänge als Folge gesellschaftspolitischer Interessengegensätze sind Stoff der Sozialen Arbeit. In ihrer Praxis bezieht sie sich immer auf sie, sei es regulierend, schlichtend oder auf- und eingreifend im Sinn von Aufklärung und Parteinahme. Politisierende (gemeinwesenorientierte) Arbeit verweist in ihrer Grundrichtung auf das Sichtbarmachen dieser Konfliktstrukturen und ist somit geradezu gekennzeichnet durch das Aufdecken von und der Arbeit mit Konflikten“ (Bitzan/Köck 1993: 25, zit. n. Herrmann 2006: 122f.). Auch hier ist der Doppelcharakter der Sozialen Arbeit zwischen einer DEMOKRATISCHEN Skandalisierung und einer POLIZEILICHEN Schlichtung, zwischen einer politisch eingreifenden Problematisierung *von* und (vermittelnder) Arbeit *mit* gesellschaftlichen Konflikten erkennbar. Zudem wird diese Aufgabe im Gemeinwesen lokalisiert (analog zur Kommunalpädagogik von Helmut Richter und zu machtkritischen Sozialraumkonzepten wie von Kessl/Reutlinger). Damit ist es die Aufgabe einer sich als politisch-gesellschaftlicher Akteur verstehenden Disziplin und Profession der Sozialen Arbeit oder Sozialpädagogik, „Ungleichheitszustände“ zu skandalisieren und „Modelle sozialer Gerechtigkeit“ dagegen zu stellen. Das gilt zum Beispiel in

Bezug auf Armut, denn nach Rancière ist POLITIK auch „die Unterbrechung der einfachen Wirkungen der Herrschaft der Reichen“ (Dun: 24). Ein solcher politischer Umgang mit dem doppelten Mandat der Sozialen Arbeit scheint mir inzwischen zu ihrem (zumindest konzeptionellen) Gemeingut zu gehören (vgl. Böllert 2011: 437ff.). Im Blick auf solche konfliktbewussten Bestimmungen des doppelten Charakters der Sozialpädagogik kann ihnen kaum eine einseitige „Logik der Entpolitisierung“ unterstellt werden, wohl aber die reflexive Selbstbeschreibung als „Bühne“ der Thematisierung politisierender Konflikte UND ihrer „schlichtenden“ Bearbeitung, also als Zusammenhang von Politisierung UND Entpolitisierung, dessen Konflikthaftigkeit auf Dauer gestellt ist.

Demokratiebildung

Positionen der Demokratiebildung können sich dieser sozialpädagogischen Konfliktorientierung anschließen. So kritisiert Helmut Richter (vgl. 2011) die ungleiche Machtkonstellation des in der Bundesrepublik seit den fünfziger Jahren herrschenden Modells der „Konkurrenzdemokratie“ oder der „Elitendemokratie“ nach Schumpeter. Er kritisiert (damals ohne Kenntnis von Rancière) mit einer durchaus Rancièrschen Argumentation den aristotelischen Ausgangspunkt der Konkurrenzdemokratie:

„[...] nach Aristoteles gründet die Demokratie auf dem Grundsatz der Freiheit, das heißt, leben zu können, wie man will'. Hieraus folgt für Aristoteles, 'dass man am liebsten sich nicht regieren lässt, und zwar am liebsten von niemandem, soweit dies aber unmöglich ist, nur abwechslungsweise'. Und hieraus folgt ebenso, dass die Armen, weil sie die Mehrzahl bilden, durch ihre Mehrheitsbeschlüsse auch 'die bindende Gewalt über alles' (Aristoteles 1965, 1317b 1-17) haben und damit die Freiheit umgrenzen, sie selbst aber nicht bestimmen oder bilden“ (Richter 2011: 230).

Damit rückt Richters Kritik⁴ an der Elitendemokratie und deren Zählung der Armen als Teil des Demos bei gleichzeitiger Vorenthaltung ihrer Stimme/ihrer Anteils auch in die Nähe der Kritik an Postdemokratie: Kann man doch auch in der Konkurrenzdemokratie mindestens die Aspekte der Expertokratie und einen per Meinungsforschung betriebenen Machterhalt der Eliten erkennen.

⁴ Richters Kritik an der Ausgrenzung von Teil-Gruppen wird auch in empirischen Fällen geleistet, etwa an der mangelnden Ermöglichung von Teilnahme an kommunalen Jugendvereinen, wie der Jugendfeuerwehr; vgl. Richter/Riekmann/Jung 2007.

Wo aber Rancièrs politikphilosophische Kritik endet, beginnt für Richter erst die Aufgabe der Sozialpädagogik. Sie müsse nämlich auf den „Bildungsaspekt“ von Demokratie mit der Frage „Wo wird Mensch Demokrat?, und: Wo kann Mensch Demokrat sein?“ fokussieren (a.a.O.: 228). Denn bei Rancière bleibt völlig offen, wer sich wo und weshalb auf den „Gleichheitstext“ berufen und in solcher „Subjektivierung“ eine singuläre POLITIK gegen das Unrecht stellen könnte. Die Sozialpädagogik beschäftigt sich nun aber nicht so sehr mit einer politikwissenschaftlichen Demos-Genese, sondern besonders mit der Ontogenese der Subjekte unter sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen. Demokratiebildung fragt also, wie es möglich werden kann, dass Gesellschaftsmitglieder, besonders Kinder und Jugendliche, ihre Stimme erheben und ihre demokratische Teil-Nahme selbst betreiben.

Damit geht Demokratiebildung von der strukturellen Unvermeidbarkeit solcher Konflikte zwischen Individuen/Gruppen und herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen aus und antwortet darauf mit drei Grundprinzipien:

1. mit der Anerkennung ihrer Adressaten als sprachmächtiger, d.h. demokratiefähiger Subjekte in den sozialpädagogischen Beziehungen, und
2. mit dem Angebot von „entgegenkommenden Institutionen“, die wechselseitige Anerkennung und intersubjektive Verständigung eröffnen durch die Bereitstellung von demokratischen Rechten und Prozeduren der Mitentscheidung – gerade auch für Kinder und Jugendliche; das bedeutet also gesellschaftliche und innerinstitutionelle Konflikte thematisierbar zu machen und sie mit Versuchen einer diskursiven Verständigung zu bearbeiten.

Es wird 3. davon ausgegangen, dass eine solche Performanz (und nicht etwa eine vorgeschaltete „Kompetenzvermittlung“) von Demokratie den Betroffenen eröffnet, ihre Stimme zu ihren Anliegen öffentlich zu erheben, also DEMOKRATIE zu praktizieren und Ungleichheit und Ungerechtigkeit anzuklagen, dann aber auch mit Gegenübern neue Verhältnisse auszuhandeln. Das soll im Folgenden näher erläutert werden.

Eine anerkennende Thematisierung der Sprachmächtigkeit und Demokratiefähigkeit der kindlichen/jugendlichen Adressaten ist zunächst in der Gesellschaft wie der sozialpädagogischen Tradition nicht selbstverständlich. Stattdessen zeigt sich in Bezug auf Kinder/Jugendliche eine Variante des Unvernehmens und der Zuweisung eines anteilslosen Teils. Das wird etwa erkennbar an der Bestimmung von Kindern/Jugendlichen als Subjekten des Grundgesetzes, also als Teil der Gesellschaft: „Außer Streit steht, dass das Grundgesetz bereits in seiner jetzigen Fassung die Subjektstellung des Kindes gewährleistet“ (Eichholz 2008: 16). Dem steht jedoch eine weitestgehende Rechtlosigkeit und Bevormundung von Kindern

und Jugendlichen in fast allen Rechtsbereichen entgegen: Sie werden als Teil verrechnet, haben aber keinen Anteil.

Ihre Anteilslosigkeit zeigt sich in pädagogischen Konzepten in der Zuweisung des grundsätzlichen Status des „noch-nicht“: Kinder und Jugendliche seien „noch-nicht“ mündig, sondern müssten aus diesem Status heraus erst zur Mündigkeit befähigt werden. So das Theorem des pädagogischen Paradox, nach dem die Unmündigen *kontrafaktisch* als mündig behandelt werden sollen (vgl. etwa Brumlik 1992, Honneth 2012). Aber bei Weitem nicht alle (sozial)pädagogischen Traditionen wollen so taktvoll zwischen Unmündigkeit und Bemündigung balancieren. Artikulation von Kindern und Jugendlichen wird von vielen Konzepten und Praktiken nur als „Lärm“ (un)vernommen und als „Zeichen des Bedürfnis, nicht [als] Manifestation der Intelligenz“ (Dun: 35) interpretiert. Wer aber nicht über menschliche Sprache (Logos), sondern nur über tierhafte Stimme/Töne (Phone) verfügt (vgl. Dun: 33f.), die/der darf nach dieser Logik klientifiziert und pathologisiert und – unter Umständen mit Gewalt – an den Platz gestellt werden, dem die pädagogische POLIZEI ihrem/seinem Körper zuweist – das zeigt die bis heute fortgesetzte Geschichte der Gewalt in der (Sozial-)Pädagogik.

Die Konzeption des pädagogischen Diskurses von Helmut Richter (vgl. 2001) kritisiert das pädagogische Paradox in seiner Unterstellung von Unmündigkeit. Er setzt dagegen, dass dieselbe Mündigkeit, die gesellschaftlich ohne jegliche Prüfung für alle Erwachsenen angenommen wird, faktisch auch für Kinder und Jugendliche unterstellt werden muss, „und zwar nach derselben Maßgabe wie dies zum Beispiel in einer demokratischen Gesellschaft für die Wahlfähigkeit der Wahlberechtigten zu unterstellen ist: Nach der Maßgabe nämlich, dass Betroffenheit eine eigene Kompetenz darstellt“ (Richter 2001: 177). Demokratiebildung kann nicht ungleiche Anteile (an Mündigkeit) zuweisen, sondern muss vom gleichen Teilnahmerecht und der gleichen Teilnahmemündigkeit aller Betroffenen ausgehen. Eine solche „Erziehung zur Mündigkeit in Mündigkeit“ (a.a.O.: 178), die von Anfang an eine intersubjektive Beziehung zwischen Kind und Bezugspersonen unterstellt, besser: ko-produziert, kann sich beziehen auf die Erkenntnisse von Tomasello (vgl. z.B. 2009, 2010): Er zeigt (auch experimentell), dass schon vorsprachliche Kleinkinder Intentionalität bei sich und anderen unterstellen („er ist ich“) und auf dieser Basis gemeinsames Handeln kooperativ koordinieren („Wir-Intentionalität“).

Kleinkinder „formen mit anderen gemeinsame Ziele, denen sich beide Parteien normativ verpflichtet fühlen, sie entwickeln gemeinsame Aufmerksamkeit sowie einen gemeinsamen konzeptionellen Hintergrund, und sie schaffen gemeinsam symbolische, institutionelle Realitäten [...]“ (Tomasello: 83). Da solche koope-

rativen Aktivitäten immer schon im Horizont einer „Wir-Perspektive“ oder Gesellschaft stattfinden, ist der beschriebene Prozess stets auch eine Akkulturation: Subjektivierung des Individuums und Vergesellschaftung entstehen zusammen unter seiner aktiven Mitwirkung als betroffene Person.⁵ Solche frühe Performanz symbolischer Kommunikation und Kooperation kann von vornherein in der Erziehungs-Beziehung an- und aufgenommen und damit unterstützt werden⁶. Kinder und Jugendliche können so als Basis demokratiebildender Beziehungen in der „Gleichheit eines jeden sprechenden Wesens mit einem jeden anderen sprechenden Wesen“ (DuP: 128) und es können in Folge zu Konfliktthemen gemeinsamer Betroffenheit (vorläufige) Umgangsweisen ausgehandelt werden.

Würde mit dem Bezug auf Tomasello schon die Ermöglichung eines selbstreflexiven Bezugs auf eigene Intentionalität im Medium des Sozialen erkennbar, vertieft Honneths Deutung von Hegels Konzept der „wechselseitigen Anerkennung“ (vgl. 2011: 81ff.) noch die Bedeutung von Institutionen bei der Realisierung „reflexiver Freiheit“ als „sozialer Freiheit“. In Hegels Formel „Bei-sich-sein im Anderen“ ist

„eine Bezugnahme auf soziale Institutionen immer schon mitgedacht, als nur eingespielte, verstetigte soziale Praktiken, die Gewähr dafür bieten, daß die beteiligten Subjekte sich wechselseitig als Andere ihrer Selbst anerkennen können; und nur eine solche Form der Anerkennung ist es, die es dem einzelnen ermöglicht, seine reflexiv gewonnenen Ziele überhaupt umsetzen und verwirklichen zu können“ (Honneth 2011: 86f.).

Es sind solche Institutionen, die eine soziale Freiheit möglich machen, sie tragen

„dazu bei, die individuierten einzelnen zu einem intersubjektiven Verständnis ihrer Freiheiten überhaupt erst zu befähigen; denn nur durch das Hineinwachsen in Praktiken, deren Sinn die gemeinsame Verwirklichung komplementärer Zielsetzungen ist, lernen sie sich als selbstbewußte Mitglieder von freiheitsverbürgenden Gemeinschaften zu verstehen“ (a.a.O.: 93f.).

Erst müssen die Einzelnen solche Erfahrungen sozialer Freiheit in anerkenntlichen Institutionen machen, bevor sie zu diesen Institutionen und ihren Ordnun-

5 Gemeint ist also folgender Zusammenhang von Vergesellschaftung und Subjekthandeln: „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ (Marx 1977/1852: 308).

6 „Es ist in dieser Hinsicht interessant, dass Erwachsene, die annehmen, dass ihre Kinder nicht von Natur aus hilfsbereit und kooperativ sind und sie deshalb mit Maßregeln und Bestrafung dazu erziehen wollen, nicht dazu beitragen, dass ihr Nachwuchs soziale Normen verinnerlicht und sie anwendet, um sein eigenes Verhalten zu regulieren“ (Tomasello 2010: 47).

gen Stellung beziehen, also sich auch „selbstbewußt“ kritisch und abgrenzend dazu verhalten können. Das Potenzial des Subjekts, sozialen „Formierungsprozessen Widerstand entgegenzusetzen zu können“ (Honneth 2011: 70), entsteht also erst über seinen Einbezug in Institutionen, die auf wechselseitiger Anerkennung beruhen. Aus Sicht von Positionen der Demokratiebildung muss es Erfahrungen der Realität der Gleichheit sprechender Wesen gegeben haben, um in der Folge auch Kritik an Ungleichheit, also DEMOKRATIE, möglich zu machen. So qualifizierte Institutionen der Sozialpädagogik können und sollen also Voraussetzungen schaffen, die als ontogenetische Subjektivierung in Anerkennungsverhältnissen die Möglichkeiten der Ranciërschen Subjektivierungsweise DEMOKRATIE eröffnen. Ohne in das kritisierte pädagogische Paradox zurückzufallen, kann Sozialpädagogik ihre Adressat_innen nicht POLITISIEREN, aber sie kann ihnen anerkennende Beziehungen und institutionelle Settings anbieten, die es ihnen ermöglichen, „selbstbewußt“ POLITIK (auch gegen die Institutionen selbst) zu betreiben.

Demokratiebildung konkret

Die Maxime der Demokratiebildung, Kinder von Geburt an als Mündige zu adressieren und die Konflikte um die gemeinsam betreffenden Angelegenheiten diskursiv auszutragen, kann zunächst nur als Grundhaltung der sozialpädagogischen Beziehungsgestaltung bestimmt werden; das Anerkennungsmuster „Liebe“ (Honneth) kann theoretisch beschrieben, aber in pädagogischen Beziehungen nicht operationalisiert werden. Das ist jedoch für die institutionell zu gewährleistenden Anerkennungsmuster von Recht und Wertschätzung möglich. Sozialpädagogische Organisationen können so strukturiert werden, dass Kinder und Jugendliche

- a) präzise bestimmte Rechte der Selbstbestimmung und der kollektiven Mitentscheidung nutzen können, und dass sie
- b) an der gemeinsamen (Re-)Produktion der Lebensverhältnisse der Organisation aktiv beteiligt sind, so dass sie über ihre spezifischen Leistungen für ein Kollektiv Anerkennung erfahren können.

Helmut Richter sieht in kommunalen, demokratisch verfassten (Jugend-)Vereinen zumindest das theoretische Potenzial, eine solche Institution „gemeinsamer Verwirklichung komplementärer Ziele“ (Honneth, s.o.) zu sein, in der Mitglieder demokratische Rechte der Mitentscheidung nutzen, die gemeinsame Lebensverhältnisse mitproduzieren und gegenseitige Wertschätzung ermöglichen. Zudem können sie in solchen Assoziationen in einem kommunalen Bildungs-

prozess ein eigenes „Bedürfnis- und Forderungsprofil“ (Richter 2011: 233) entwickeln, das in kommunalen/gesellschaftlichen Öffentlichkeiten artikuliert und ausgestritten werden kann. Der (ideale) Verein wird zum kommunalen Ort der Praxis von Demokratie und ermöglicht schließlich Subjekten und Gruppen, intern und extern ihre Forderungen politisch einzubringen und so möglicherweise auch Momente der DEMOKRATIE zu erzeugen.

Hansen, Knauer und Sturzenhecker (vgl. 2011) haben in Konzept und Praxis einer demokratischen Verfasstheit von Kindertageseinrichtungen entwickelt („Die Kinderstube der Demokratie“), wie auf der Basis anerkennender Beziehungen Rechte der betroffenen Kinder und Fachkräfte auf Selbst- und Mitbestimmung kodifiziert und die organisationellen Lebensverhältnisse gemeinsam produziert und demokratisch geregelt werden können (unter Aufrechterhaltung der erzieherischen Sorgeverantwortung). Es wird von der Mündigkeit der Betroffenen ausgegangen, und es werden Gelegenheiten einer internen Öffentlichkeit und von demokratischen Entscheidungsstrukturen geschaffen, die es erlauben, individuelle und gemeinsame Ziele auszuhandeln und zu realisieren. Zusätzlich zur Ermöglichung der demokratischen Selbst- und Mitbestimmung der Kinder ist es die Aufgabe der sozialpädagogischen Fachkräfte, Ungleichheitszustände öffentlich zu problematisieren und gerechtere Verhältnisse gerade im Blick auf Kinder einzuklagen⁷.

Wir sehen Demokratiebildung als Bildung des Subjekts in anerkennenden Beziehungen und Institutionen und als eine Bildung von Demokratie, in der gegen postdemokratische Verhältnisse kontrafaktisch Potenziale einer verständigungs-basierten Gestaltung öffentlicher Institutionen und einer kommunalen Konfliktführung ermöglicht, aber nicht erzwungen werden können. Demokratiebildung kann Voraussetzungen von POLITIK schaffen, aber machen können sie die Adressat_innen nur selbst.

Das Unvernehmen und der Alltag von Demokratiebildung

Wenn in Konzepten der Demokratiebildung sozialpädagogische Institutionen der erzieherischen Hilfen oder der Elementarpädagogik als „miniature community, an embryonic society“ bestimmt werden, in der analog zur Gesellschaft Demokratie gelten soll, wäre mit Ranciëres Kritik zu fragen, ob und wie auch in dieser „Binnendemokratie“ Prozesse des Unvernehmens und einer postdemo-

⁷ So verlangt es auch das SGB VIII, § 1 (3).

kratischen Verhinderung oder Harmonisierung von Konflikten und struktureller Ausschließung stattfinden. Damit sind konkrete Nachfragen an die Praxis von Demokratiebildung in sozialpädagogischen Einrichtungen zu stellen.

Wie oben schon angesprochen, gerät auch die Sozialpädagogik immer wieder in Gefahr, die Artikulationsweisen ihrer Adressat_innen als Lärm abzuqualifizieren und diese damit von der Inanspruchnahme ihres Anteils der gemeinschaftlichen Selbstbestimmung auszuschließen. Das kann auch durch strukturell verankerte Rechte und Verfahren und Gremien demokratischer Entscheidungen in sozialpädagogischen Einrichtungen geschehen. Diese sehen ja ein spezifisches diskursives Setting der gemeinsamen Bearbeitung von Konflikten vor: Sie verlangen eine öffentliche Problematisierung von Konflikten in einer für andere Betroffene verständlichen Sprache und eine argumentative Führung des Streits über die Umgangsweisen mit solchen Konfliktfällen. Was zunächst an Konflikten auf welche Weise auch immer ausgedrückt wird, soll doch durch *eine* solche Regelprozedur demokratischer Konfliktbearbeitung gelöst werden. Damit werden Normen gesetzt, welche Weisen der Artikulation demokratisch zählen und welche gehört und aufgenommen werden. So kann es leicht geschehen, dass Ausdrucksweisen von Konflikten, die nicht zu diesen „herrschenden“ Sprech- und Handlungsweisen passen, ignoriert und/oder negiert werden. Rancière formuliert dieses Grundproblem so:

„Das Problem ist nämlich die Frage, ob die Subjekte, die im Gespräch gezählt werden, sind oder nicht sind, ob sie sprechen oder Lärm machen. Es ist die Frage, ob es einen Grund gibt, den Gegenstand zu sehen, den sie als sichtbaren Gegenstand des Konflikts bezeichnen. Es ist die Frage, ob die gemeinsame Sprache, in der sie das Unrecht aufzeigen, wirklich eine gemeinsame Sprache ist. Der Streit beruht nicht auf Inhalten der Sprache, die mehr oder weniger durchsichtig oder undurchsichtig wären. Er beruht auf der Bedeutung der sprechenden Wesen als solche“ (Dun: 62).

Es geht immer darum, „um jeden einzelnen Konflikt eine Bühne zu schaffen, auf der sich die Gleichheit oder die Ungleichheit der Konfliktpartner als sprechende Wesen ins Spiel bringt“ (DuN: 63).

Mir scheint im Alltag von Demokratiepraxis in sozialpädagogischen Einrichtungen durchaus das Risiko aufzutreten, dass Artikulationsweisen von Kindern und Jugendlichen als „Lärm“ abqualifiziert werden, wenn sie nicht die unterstellten Standards einer sprachlich-argumentativen Konfliktthematizierung erfüllen. Das gilt zum Beispiel für Situationen, in denen Kinder und Jugendliche ihre Stimme erheben durch Gewalthandlungen, durch Selbstverletzungen oder ganz einfach durch (andauerndes) Schweigen. Lassen sich pädagogische Versuche, solche Artikulationen schnell in die demokratischen Konfliktverfahren zu übersetzen,

nicht realisieren, werden sie leicht als Renitenz oder Anzeichen von Pathologie definiert, kurz: als Lärm. Wenn es nur eine einzige, pädagogisch vorbestimmte Bühne gibt, wie Konflikte inszeniert werden können, werden alle Konfliktweisen, die nicht dazu passen, ausgeschlossen und ihren Trägern die Gleichheit der sprechenden Wesen verweigert. Die Weise, wie Kinder und Jugendliche ihre Konflikte zum Ausdruck bringen, mag inhaltlich „mehr oder weniger durchsichtig oder undurchsichtig“ sein. Das darf allerdings nicht dazu führen, ihnen das Recht auf Gleichheit in Bezug auf Sprachmächtigkeit abzuerkennen.

Daraus folgt für die Gestaltung von Demokratiepraxis zweierlei: Zunächst steht mit Rancières Konzept des Unvernehmens eine reflexive Folie zur Verfügung, mit der die eigene Praxis dahingehend befragt werden kann, ob Artikulationen von Kindern und Jugendlichen als „Lärm“ abgeurteilt werden; und das gilt auch für das Nicht-Vernehmen von Schweigen. Dagegen wäre zum Einen eine Haltung zu setzen, die auch ‘unpassenden’ Widerstand oder Konfliktausdruck als eine POLITISCHE Sprache⁸ thematisieren würde. Zum Zweiten wären damit immer neue Möglichkeiten von „Bühnen“ zu erfinden, wie solche Konflikte und ihre Artikulationsweisen anerkannt werden könnten, um so eine jeweils eigen-artige Plattform der gemeinsamen Sprache zu kreieren, die den Streit um Gleichheit und Ungleichheit inszenierbar macht. Das kann allerdings nicht weiter methodisch operationalisiert werden, denn damit wäre dann die Gefahr verbunden, wieder neue POLIZEILICHE Einordnungen vorzunehmen, noch bevor konflikthafte Artikulationsweisen sich zeigen würden. Es ginge darum, ‘unpassende’ Ausdrucksweisen von Kindern und Jugendlichen nicht zu pathologisieren und aus der Verständigung der sprechenden Wesen auszugrenzen, sondern gerade in der Widerständigkeit ihre Anklage des Unrechts von Ungleichheit zu erkennen und zu respektieren.

Werner Schreiber (vgl. 2004) reklamiert auch für das extreme Handeln von psychosozial stark belasteten Jugendlichen (als Klient_innen von erzieherischen Hilfen), die durch frühkindliche emotionale Beschädigungen und Praxis von Drogensucht, Gewalttätigkeit und anderer Kriminalität gekennzeichnet sind, ihre „Devianz als Bildungsfigur“ anzuerkennen. Bei diesen Jugendlichen sei auf Grund schwerer Mängel und Störungen der frühen emotionalen Beziehung zu nahen Bezugspersonen kaum eine sichernde Basis für eine Selbst-Entwicklung zu finden. Schreiber versteht die Abwehrmuster, die diese Kinder zur Bewältigung

8 Loris Malaguzzi, Begründer der Reggio-Pädagogik verweist mit seinem Begriff von den „100 Sprachen“ des Kindes auf die Anerkennung der eigensinnigen Sprachmächtigkeit schon des kleinen Kindes.

gegen solche extremen Bedrohungen entwickelt haben, als „Handlungsantworten und damit als aktive Bildungs- und Bewältigungsleistung für eine schwierige Situation (a.a.O.: 20)“. Diese sich angesichts wiederholter Bedrohungen und Beschädigungen biografisch fixierenden „Überlebensstrategien“ können zwar entwicklungshemmend wirken, seien aber zunächst als Schutzstruktur und Lebensleistung anzuerkennen (a.a.O.: 21).

Für die extrem belasteten Jugendlichen (wie wir sie in erzieherischen Hilfen antreffen) gilt: Verweigerte Anerkennung, Drohung, Zwang und Ausschließung sind genau die Handlungsmuster, gegen deren Bedrohung sich ihre Abwehrleistung richtet. Gegen diese Abwehr pädagogisch aggressiv vorzugehen, verstärkt sie nicht nur, sondern verschärft das Unrecht, die Jugendlichen nicht als sprechende Subjekte, sondern als 'Lärmhändler' anzusprechen. Schreiber schlägt hingegen vor, ihr Widerstandspotenzial als „Restbestand von Autonomie“ anzuerkennen.

Wie man jedoch solche spezifischen Bühnen für die Thematisierungsweisen der Betroffenen erzeugen kann, ist immer nur im Einzelfall neu zu erfinden und muss sich der Risiken bewusst sein, auch damit immer wieder neue POLIZEILICHE Ordnungen zu schaffen. Es steht aber nicht weniger auf dem Spiel, als die Frage, ob in den widersprüchlichen Inszenierungen der sozialpädagogischen POLIZEI doch auch die Möglichkeit greifbar wird, dass sich Kinder und Jugendliche in der „Gleichheit eines jeden sprechenden Wesens mit einem jedem anderen sprechenden Wesen“ erfahren können.

Literatur

- Albus, Stefanie/Greschke, Heike/Klingler, Birte/Messmer, Heinz/Micheel, Heinz-Günter/Otto, Hans-Uwe/Polutta, Andreas 2010: Wirkungsorientierte Jugendhilfe. Abschlussbericht der Evaluation des Bundesmodellprogramms „Qualifizierung der Hilfen zur Erziehung durch wirkungsorientierte Ausgestaltung der Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsvereinbarungen nach §§ 78a ff SGB VIII“. Münster
- Aristoteles 1968: Politik. 16. Aufl. Reinbek
- Bitzan, Maria/Klöck, Thilo 1993: „Wer streitet schon mit Aschenputtel?“. Konflikttheorien und Geschlechterdifferenz. München
- Böllert, Karin 2011: Funktionsbestimmungen Sozialer Arbeit. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. 4. Aufl. München, S. 436-444
- Böhnisch, Lothar 1979: »Sozialpädagogik« hat viele Gesichter. In: Betrifft: Erziehung, Heft 9, S. 22-24
- Brumlik, Micha 1992: Advokatorische Ethik: Zur Legitimation pädagogischer Eingriffe. Bielefeld

- Dewey, John 2000/1916: Demokratie und Erziehung: Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik. Jürgen Oelkers (Hrsg.). Weinheim und Basel
- Eichholz, Reinald 2008: Kinderrechte ins Grundgesetz – Mehr Gerechtigkeit für Kinder. In: Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag (Hrsg.). Berlin, S. 15-21
- Hamburger, Franz 2011: Einführung in die Sozialpädagogik. 3. Aufl. Stuttgart
- Hansen, Rüdiger/Knauer, Raingard/Sturzenhecker, Benedikt 2011: Partizipation in Kindertageseinrichtungen. So gelingt Demokratiebildung mit Kindern! Weimar und Berlin
- Herrmann, Franz 2006: Konfliktarbeit. Theorie und Methodik Sozialer Arbeit in Konflikten. Wiesbaden
- Honneth, Axel 2011: Das Recht der Freiheit. Berlin
- Honneth, Axel 2012: Erziehung und demokratische Öffentlichkeit. Ein vernachlässigtes Kapitel der politischen Philosophie. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft Heft 15. 3, S. 429-442.
- Korczak, Janusz 1999/1919: Wie man ein Kind liebt. Gütersloh
- Lütke-Harmann, Martina/Kessler Fabian 2013: Paradoxien der Ent/Politisierung. Überlegungen zum politischen Potenzial Sozialer Arbeit in der (Post)Demokratie. In: Benz, Benjamin/Rieger, Günter/Schönig, Werner/Többe-Schukalla, Monika (Hrsg.) 2013: Politik Sozialer Arbeit. Band 1: Grundlagen, theoretische Perspektiven und Diskurse. Weinheim und Basel, S. 133-149
- Marx, Karl 1977: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: Marx, Karl/Engels, Friedrich (Hrsg.): Ausgewählte Werte, Band 11. Berlin, S. 309-417
- Rancière, Jacques 2010: Demokratie und Postdemokratie. In: Badiou, Alain/Rancière, Jacques: Politik der Wahrheit. Wien und Berlin, S. 119-156
- 2002: Das Unvernehmen. Frankfurt am Main
- Richter, Helmut 2001: Kommunalpädagogik. Studien zur interkulturellen Bildung. Frankfurt am Main. URL: <http://www.epb.uni-hamburg.de/files/KP.pdf>
- 2011: Demokratie. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. 4. Aufl. München, S. 228-235
- /Riekmann, Wibke/Jung, Michael 2007: Demokratische Bildung in der Jugendverbandsarbeit. In: Deutsche Jugend Jg. 55, Heft 1, S. 30-37
- /Sturzenhecker, Benedikt 2011: Demokratiebildung am Ende? Jugendverbände zwischen Familiarisierung und Verbetrieblung. In: Deutsche Jugend, Heft 2, S. 61-67
- Rousseau, Jean-Jacques 1762/1782: Émile, ou De l'éducation. URL: http://fr.wikisource.org/wiki/%C3%89mile,_ou_De_l%E2%80%99%C3%A9ducation/%C3%89dition_1782/Livre_I
- Schreiber, Werner 2004: Gebildete Bildungsverweigerer – Devianz als Bildungsfigur. In: Zeitschrift für Sozialpädagogik 2, S. 14-31
- Sturzenhecker, Benedikt 2013: Demokratiebildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit, 4. Aufl. Wiesbaden, S. 325-338

- 2011: Partizipationskultur in der Heimerziehung: verlässliche Beziehungen, mitverantwortliche Herstellung der Lebensverhältnisse und demokratische Öffentlichkeit. In: Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.): „Demokratie in der Heimerziehung“ – Dokumentation eines Praxisprojektes in fünf Schleswig-Holsteinischen Einrichtungen der stationären Erziehungshilfe. Kiel, S. 69-80
- /Knauer, Raingard/Richter, Elisabeth/Rehmann, Yvonne 2010: Partizipation in der Kita. Evaluation demokratischer Praxis mit Vorschulkindern. Hamburg. URL: <http://www.partizipation-und-bildung.de>
- Tomasello, Michael 2009: Die Ursprünge der menschlichen Kommunikation. Frankfurt am Main
- Tomasello, Michael 2010: Warum wir kooperieren. Berlin

*Benedikt Sturzenhecker, Universität Hamburg, Fakultät für Erziehungswissenschaft, Binderstr. 34, 20146 Hamburg
E-Mail: benedikt.sturzenhecker@uni-hamburg.de*

SOZIALE ARBEIT

**Für Studierende:
im E-ABO
fünfundzwanzig Euro
im Jahr**

!

Bestellung direkt
beim Deutschen
Zentralinstitut
für soziale
Fragen
Bernadottestr. 94
14195 Berlin

E-Mail:
sozialinfo
@dzi.de

11.2013

1933–2013:
Reihe Widerstand
in der Sozialen Arbeit.
Alle Texte online unter:
[www.dzi.de/dzi-institut/
verlag/soziale-arbeit/
reihe-widerstand-in-der-
sozialen-arbeit/](http://www.dzi.de/dzi-institut/verlag/soziale-arbeit/reihe-widerstand-in-der-sozialen-arbeit/)

DZI

Social Work in the
Slovak Republic |438

Praxisanleitung
und Mentoring |444

Schulsozialarbeit in Erziehungs-
und Bildungspartnerschaften |452

Kommunikationsverhalten
älterer Menschen |459

Maria von Graimberg
(1879-1965) |466

Isa Gruner (1897-1989) |468

GrafikBüro 11/2013



338

Fairer Handel – Kaufend schreiten wir voran

Außerdem: ▶ Filme aus Nord- und Südafrika ▶ Proteste in der Türkei ▶ Vergangenheit in Guatemala ▶ Critical Whiteness ... 52 Seiten, € 5,30 + Porto auch als PDF-Download

iz3w · PF 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · www.iz3w.org

iz3w



iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd



Critical Whiteness

Ein ak-Sonderheft über antirassistische Politik und nicht-diskriminierende Sprache.

36 Seiten mit Beiträgen von Joshua Kwesi Aikins, Lann Hornscheidt, Aida Ibrahim, Juliane Karakayalı, Serhat Karakayalı, Sharon Dodua Otoo, Vassilis Tsianos, Hanna Wettig, May Zeidani Yufanyi u.a.

€ 3,00 (+ Porto). Buchläden und WiederverkäuferInnen erhalten Rabat. Bestellungen an vertrieb@akweb.de oder ak – analyse & kritik, Rombergstraße 10, 20255 Hamburg



Thomas Wagner

Soziale Arbeit, Bürgerschaft und (Post-)Demokratie – Über die Notwendigkeit, Soziale Arbeit in demokratiethoretischen Widersprüchen zu denken¹

Möchte man sich dem Verhältnis von Sozialer Arbeit und Demokratie zuwenden, dann lässt sich in einer ersten Annäherung über ein Zitat der amerikanischen Politologin Wendy Brown eine aufschlussreiche Analogie herstellen. Brown zufolge befindet sich Demokratie aktuell in einer widersprüchlichen Situation:

„Die Demokratie erfreut sich heute einer nie dagewesenen weltweiten Popularität und ist gleichzeitig nie zuvor konzeptionell vager beziehungsweise substanzärmer gewesen. [...] wie Barack Obama ist sie ein leerer Signifikant, an den jeder seine Träume und Hoffnungen knüpfen kann. [...] Das Loblied der Demokratie wird heute nicht nur rund um den Globus, sondern auch durch das gesamte politische Spektrum hindurch gesungen. [...] Berlusconi und Bush, Derrida und Balibar, italienische Kommunisten und Hamas – wir sind jetzt alle Demokraten. Aber was ist von der Demokratie übrig geblieben?“ (Brown 2012: 55f).

In gewisser Hinsicht ähnelt diese allgemeine Einschätzung der besonderen Situation, die begrifflich und thematisch für Demokratie mit Blick auf Theoriebildung und damit verbundener Selbstbeschreibungen Sozialer Arbeit kennzeichnend ist. In gewisser Hinsicht ähnelt diese allgemeine Einschätzung der besonderen Situation, die begrifflich und thematisch für Demokratie mit Blick auf Theoriebildung und damit verbundener Selbstbeschreibungen Sozialer Arbeit kennzeichnend ist. Wirft man einen Blick auf die Diskurslandschaft Sozialer Arbeit, so scheint man auch hier ausschließlich auf „Demokrat_innen“ zu treffen. Zwar zeichnen sich erst allmählich Anfänge eines expliziten Diskurses zu diesem Verhältnis in den Debatten um Soziale Arbeit ab (vgl. Flößer/Otto 1998;

¹ An dieser Stelle möchte ich Fabian Kessl für seine kritischen und weiterführenden Kommentierungen herzlich danken.

Redaktion Widersprüche 2012; Geisen et al 2013; Mührel/Birgmeier 2013). Doch schon seit ihren Pioniertagen zählt Demokratie zu den zentralen Bezugspunkten, mittels derer Soziale Arbeit als solche begründet wird (vgl. u.a. Addams [1910]1960: 98; Müller 2005; Oehler 2013). „Demokratisierung“ lässt sich als Zielperspektive sowohl in kritisch-emanzipatorischen Theorieentwürfen Sozialer Arbeit wiederfinden wie auch in den Publikationen neoliberaler Think-Tanks zur Bedeutung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in öffentlichen und sozialen Diensten; gleichwohl teilweise recht unterschiedlich ausgedeutet. Ganz allgemein – sei es nun mit Blick auf ihre Kultur, ihre professionelle Rationalität oder ihre Beschaffenheit als Lernort – wird Sozialer Arbeit von Vielen gerne das Attribut „demokratisch“ zuerkannt. Dies geschieht oftmals jedoch nur beiläufig, so als sei eine genauere Klärung dessen, was damit im Rahmen Sozialer Arbeit verstanden werden soll, nicht weiter nötig. Insofern – insbesondere vor dem Hintergrund der doch teilweise recht unterschiedlichen Standpunkte und damit implizit oder explizit verbundenen politischen Positionen, von denen aus Demokratie reklamiert wird – kann man auch mit Blick auf die Soziale Arbeit die Frage stellen, inwiefern Demokratie für sie tatsächlich mehr ist als eine Worthülse, der sich jeder bedienen kann, die alles und damit zugleich nichts bedeutet. Dies mag bis zu einem gewissen Grad auch zutreffend sein.

Andererseits verweist m.E. der breite Gebrauch aber ebenfalls darauf, dass Demokratie etwas ist, um dessen Bedeutung und Ausgestaltung auf unterschiedlichsten gesellschaftlichen Ebenen – und damit eben auch innerhalb der Sozialen Arbeit – auf Basis recht unterschiedlicher Interessen und verfügbarer Machtmittel gekämpft wird.

Die Frage danach, was von der Demokratie in der Sozialen Arbeit bei genauerem Hinschauen unterm Strich übrig bleibt, lässt sich jedoch noch in eine weitere Richtung dynamisieren, wenn man jenseits der Ebene ihrer Theoretischen Vergewisserungen und Selbstbeschreibungen einen Blick auf ihre institutionalisierte Praxis wirft.

Selbst auf der Basis des Arguments ihrer grundsätzlichen Umkämpftheit und auch ohne genauere Begriffsklärung sollte bereits bei einer oberflächlich bleibenden Betrachtung ihrer Geschichte auffallen, dass das Verhältnis Sozialer Arbeit zu recht unstrittigen demokratischen Prinzipien, wie z.B. individuellen Schutz- und Freiheitsrechten oder partizipativer Mitbestimmung, sich alles andere als eindeutig und widerspruchsfrei gestaltet. Soziale Arbeit fungierte oftmals nicht als eine Instanz der Demokratisierung und war selbst nicht demokratisch organisiert, sondern war vielmehr durch autoritäre Verhältnisse geprägt, die sie zugleich zu stützen versuchte. Dabei ist nicht allein an ihr Wirken unter den

Bedingungen obrigkeitsstaatlicher oder totalitärer Regime zu erinnern, so z.B. mit Blick auf ihre legitimierende Funktion für „bürgerliche“ Privilegien, die mit dem Drei-Klassen-Wahlrecht des deutschen Kaiserreichs zusammenhingen (vgl. Gräser 2009), oder mit Blick auf ihre tiefe Verstrickung in das NS-Regime (vgl. Steinacker 2008). Wie uns gerade die wissenschaftliche Aufarbeitung des „Heimterrors“ bundesdeutscher Jugendfürsorgeeinrichtungen sowie die Proteste gegen paternalistische Bevormundung und Enteignung aus anderen Arbeitsfeldern (so z.B. seitens sogenannter „Psychiatrieüberlebender“ oder der „Krüppelbewegung“, vgl. Barnes 1997; Mürner/Sierck 2012; Kappeler 2013) sehr eindrücklich vor Augen führen, kann Soziale Arbeit auch unter den formalen Bedingungen einer repräsentativen Demokratie einen Ort bilden, an dem es bei weitem nicht immer „demokratisch“ zugehen muss.

Das Verhältnis Sozialer Arbeit zur Demokratie gestaltet sich somit bereits bei einer oberflächlich bleibenden Betrachtung widersprüchlich, so dass sich die Frage danach, was Demokratie in der Sozialen Arbeit heute überhaupt meint – sowohl mit Blick auf ihre Nutzer_innen wie auch mit Blick auf ihre professionellen Fachkräfte – Aktualität besitzt. Dabei möchte ich in Bezug auf diese Frage die These vertreten und im Folgenden im Anschluss an meine eigenen theoretischen Überlegungen näher begründen, dass über die Fokussierung dieser Widersprüchlichkeit ein zentraler Schlüssel für ein tieferes Verständnis des Verhältnisses von Sozialer Arbeit und Demokratie gewonnen werden kann und somit alles andere als vorschnell ausgeklammert werden darf. Es ist hier nicht damit getan, die historische Evidenz antidemokratischer Elemente und Strukturen Sozialer Arbeit mit dem Hinweis auf ihre Funktionalisierung durch ein politisches „Außen“ zu erklären und somit als ein Abweichen von einer „reinen“ und unverfälschten Lehre einer „guten“ Sozialen Arbeit. Denn auf diese Weise wird letztendlich der Blick wieder davon genommen, worauf er gerichtet werden soll: auf Spannungsverhältnisse, die für Soziale Arbeit selbst konstitutiv sind. Demgegenüber muss m.E. diese Widersprüchlichkeit bei jedem weiteren Bestimmungsversuch des Verhältnisses von Sozialer Arbeit zur Demokratie einen zentralen Fokus der Analyse bilden. Denn nur auf Grundlage eines solchen kritischen Blicks lässt sich die Frage, inwiefern Soziale Arbeit ein Potenzial zur weiteren Demokratisierung von Gesellschaft entfalten kann, in einer angemessenen Art und Weise stellen.

Um diesen Gedanken weiter zu entfalten werde ich im Folgenden an ein kritisches Begriffsverständnis von Bürgerschaft² anschließen und auf diese Weise

2 Ich wähle im folgenden in Bezug auf Begriffe wie „Bürgerschaft“ oder „Bürgerrechte“ bewusst vorwiegend die rein männliche Schreibweise, um die bestehenden

das Verhältnis Sozialer Arbeit zur Demokratie näher in den Blick nehmen. Auf Basis der These, dass Soziale Arbeit sich in einem für sie konstitutiven Spannungsverhältnis von Ver- und Entbürgerlichung bewegt, wird dann in einem zweiten Schritt der Frage nach einem möglichen Beitrag aktuell diskutierter Post-Demokratie-Theorien zur Analyse und zum Verständnis des widersprüchlichen Verhältnisses von Demokratie und Sozialer Arbeit nachgegangen. Hier möchte ich die These vertreten, dass deren Beitrag vor allem darin liegen könnte, die anhaltenden gesellschafts- und sozialpolitischen Transformationsprozesse, denen Soziale Arbeit aktuell unterliegt, demokratiethoretisch in den Blick zu nehmen und somit deren Konsequenzen für das Verhältnis von Demokratie und Sozialer Arbeit genauer herauszuarbeiten.

Soziale Arbeit im Spannungsverhältnis von Ver- und Entbürgerlichung

Mein zentraler Bezugspunkt zur Bestimmung des Verhältnisses von Demokratie und Sozialer Arbeit erschließt sich über den Begriff von Citizenship bzw. Bürgerschaft. Da dieser Begriff gerade im deutschen Sprachraum doppeldeutig ausfällt, gilt es, ihn zunächst kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Im Sinne von Citoyen (bzw. Citizen) verweist der Begriff auf die Mitgliedschaft in einem politischen Gemeinwesen. Dabei lässt sich diese Mitgliedschaft sowohl unter dem Aspekt von Status analysieren, also im Sinne eines (politischen) Subjektstatus, dem sich ein historisch variables Arrangement von zivilen, politischen und sozialen Rechten und Pflichten zuordnen lässt (vgl. u.a. Marshall 1992), an dem alle Mitglieder einer Gesellschaft partizipieren sollen. Diese Partizipation an Bürgerrechten kennt de facto Abstufungen (so z.B. in Bezug auf die Kategorie „Ausländer“)³ und ist somit unter den Gesellschaftsmitgliedern oft ungleich verteilt. Dennoch verbindet sich mit diesen Rechten zugleich auch ein Postulat von Gleichheit, mittels dessen diese Ungleichheiten seitens ausgeschlossener Gruppen problematisiert werden können (vgl. Lister 1997: 4). Gleichzeitig lässt sich Bürgerschaft in diesem Sinne mit Fokussierung auf den Aspekt von Praxis ausleuchten, d.h. mit Blick auf jene (politischen) Aktivitäten, über welche sich Personen im politischen Subjektstatus „Bürger_in“ konstituieren, d.h. Bürgerrechte

Widersprüche und herrschaftstheoretischen Dimensionen, die in diesen Begriffen stecken, nicht zu euphemisieren.

3 Zum Verhältnis der Kategorie „Ausländer“ und Bürgerrechten sowie damit verbundenen Kämpfen vgl. insbesondere Mackert (1999) und Bojadžijev (2006).

in Anspruch nehmen oder aber für sich zu reklamieren und erstreiten versuchen (vgl. Isin/Nielsen 2008).

Aus einer demokratiethoretischen Perspektive ist es dann auch gerade diese Bürgerschaft konstituierende politische Praxis, die Demokratie begründet. Der zentrale Kern von Demokratie liegt dabei in dem Anspruch auf einen Anteil aller Bürger_innen an politischer Herrschaft (vgl. Thompson 1970: 3), d.h. einer Beteiligung an kollektiv bindenden Entscheidungsprozessen zur Gestaltung politischer Gemeinwesen und den in ihnen vorherrschenden Lebensverhältnissen.⁴ Was mit einem solchen Anteil nun konkret gemeint ist, ist natürlich auslegungsbedürftig. Wie ich an anderer Stelle bereits verdeutlicht habe (vgl. Wagner 2012; 2013) vertrete ich die These, dass dieses politische Element von Bürgerschaft – entgegen der klassischen Auffassung – eben nicht nur mit Blick auf politische Institutionen im engeren Sinne bedeutsam ist.

Da kollektiv bindende Entscheidungsprozesse über die Gestaltung von Lebensverhältnissen auch an Orten stattfinden, die sehr häufig als unpolitisch betrachtet werden, u.a. auch in Wirtschaftsbetrieben, wohlfahrtstaatlichen Institutionen oder (Hoch-)Schulen, lässt sich Bürgerschaft konstituierende politische Praxis somit konsequenter Weise nicht auf parlamentarische Repräsentation und damit verbundene Wahlakte beschränken. In dieser Hinsicht kann das Label Citizenship somit auch als Ansatzpunkt genutzt werden, um weitaus substanziellere Optionen und Rechte des Selbst- und Mitbestimmens bzw. -Entscheidens einzufordern und eine Demokratisierung von Gesellschaft voranzutreiben, u.a. auch mit Blick auf Einrichtungen und Betriebe Sozialer Arbeit.⁵

Soviel zunächst zum Citoyen. Demgegenüber darf die zweite Bedeutung des Bürgerbegriffs jedoch nicht in Vergessenheit geraten. Denn im Sinne des Bourgeois verweist er im engeren Sinne auf die Zugehörigkeit zum Bürgertum als einer spezifischen gesellschaftlichen Klassenfraktion und damit zugleich in einem weiteren Sinne auf die grundsätzliche Verortung von Akteur_innen in der durch soziale Ungleichheiten stark geprägten Sozialstruktur „bürgerlich“-kapitalistischer Gesellschaften. Dass der „Bürger“, mit Marx gesprochen, ein „Doppelleben“ (vgl. Marx

4 So auch mit Blick auf den Anspruch von „bürgerlicher“ Demokratie Demirović (vgl. 1997: 12).

5 Dass solche erweiterten Optionen und Rechte jedoch auch als Substitution für eine adäquate Beteiligung von Bürger_innen am politischen „Kerngeschäft“ genutzt werden können, habe ich bereits an anderer Stelle genauer ausgeführt (vgl. Wagner 2012) und ich werde diesen Aspekt in der noch folgenden Auseinandersetzung mit Post-Demokratiethorien noch einmal aufgreifen.

1975) führt, gehört aber nicht zu den Schwächen dieses Begriffs. Vielmehr bildet er einen theoretischen Bezugspunkt, an dem demokratie- und ungleichheitstheoretische Perspektiven aufeinandertreffen, sich miteinander verschränken lassen und mit dem sich ein Grundwiderspruch bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung in den Blick nehmen lässt: Denn – und auch dieser Gedanke findet sich bereits bei Marx – die auf universelle Gleichheit aller Mitglieder eines politischen Gemeinwesens ausgerichteten Institutionen der Bürgerrechte manifestieren sich gerade unter diesen Bedingungen im Rahmen eines von sozialer Ungleichheit und damit verbundenen Konfliktlinien geprägten sozialen Raums. Dessen Ungleichheiten werden eben durch eine rein politische Emanzipation nicht unwirksam, sondern sie besitzen weiterhin eine hohe politische Bedeutung. Insofern haben Autoren aus dem Kontext materialistischer Staats- bzw. Regulationstheorie völlig zu Recht darauf verwiesen, dass die unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen „real“ existierende Demokratie weit davon entfernt ist, eine tatsächliche Form der „Selbstregierung der sich frei vergesellschaftenden Individuen“ (Demirović 1997: 19) zu sein, sondern vielmehr der institutionalisierte, kompromisshafte und widersprüchliche Ausdruck eines Verhältnisses sozialer Kräfte (vgl. u.a. Poulantzas 1978; Demirović 1997; Hirsch 1998). Und folglich konstituiert sich auch Bürgerschaft stets in der Form eines historische Kräfteverhältnisse und damit verbundene soziale Ungleichheiten widerspiegelnde Citizenship-Regimes (vgl. Jenson/Phillips 1996) und damit verbundener Grenzen von Partizipation und sozialer Ausschließung.

Demokratiethoretisch gewendet lässt sich aus dieser widersprüchlichen Situation eine Frage ableiten, die letztlich auch für die Verhältnisbestimmung von Demokratie und Sozialer Arbeit und der Frage nach einer an der weiteren Demokratisierung von Gesellschaft ausgerichteten Sozialen Arbeit erheblich ist: Inwiefern lässt sich unter den gegebenen Bedingungen gesellschaftlicher Ungleichheit – welche sich nicht nur an Klassenverhältnissen festmacht, sondern auch entlang anderer sozialer Differenzlinien wie z.B. Geschlecht, ethnischer Herkunft oder Alter etc. (vgl. u.a. Lister 2007) – überhaupt universelle Gleichheit im Bürgerstatus herstellen; und das meint vor allem, wie kann sichergestellt werden, dass Bürger_innen als politische Akteur_innen effektiv in Erscheinung treten können?

Im Hinblick auf diese Frage lässt sich in der Auseinandersetzung mit den Debatten um Citizenship eine fundamental wichtige Einsicht gewinnen und im Anschluss an die gesellschaftstheoretische Perspektive Bourdieus analytisch weiter ausarbeiten. Zwar ist bereits in der Statuierung universeller Bürgerrechte ein entscheidender Bezugspunkt zur Beantwortung der soeben gestellten Frage

zu sehen. Die Bedeutung dieser Rechtsinstitutionen zur Sicherstellung bürgerlicher Gleichheit muss gerade heute, angesichts der Erosion sozialer Rechte, dem Aufkommen einer mitleidsökonomischen Armutsversorgung (vgl. Kessler/Wagner 2011) oder dem politischen Vorstoß zur Infragestellung des Rechtsanspruchs auf Hilfen zur Erziehung (vgl. u.a. Seithe 2012) wieder betont werden. Andererseits können Bürgerrechte jedoch nicht eindimensional nur als eine Stütze von Demokratie und bürgerlicher Gleichheit betrachtet werden. Im Schatten ihres eigenen abstrakten Anspruchs der Sicherung universeller Gleichheit waren und sind Bürgerrechte immer auch „Architekten sozialer Ungleichheit“ (Marshall 1992). Dies zum einen, weil sie in vielfacher Hinsicht (so z.B. als Eigentums- und Freizügigkeitsrechte, aber auch als soziale Absicherungsrechte) eine Voraussetzung kapitalistischer Marktprozesse und der allgemeinen Durchsetzung von Lohnarbeit bilden (vgl. Lenhardt/Offe 1977; Demirović 1997). Zum zweiten lassen sich mit ihnen immer auch personenbezogene und inhaltliche Grenzen des Anspruchs und des Möglichen ziehen; so z.B. gegenüber Frauen, Migrant_innen oder Kindern, die keine („männlichen“, „deutschen“ und „volljährigen“) „Bürger“ im vollen Sinne des Wortes sein sollen, oder auch in der Form einer engen Umgrenzung dessen, woran man letztlich qua Rechtsanspruch partizipieren kann bzw. soll (man denke hier z.B. an das qua Grundrecht garantierte sozio-ökonomische „Existenzminimum“). Bürgerrechte sind insofern nicht nur Vehikel von Partizipation, sondern auch Instrumente sozialer Ausschließung.

Darüber hinaus – und das möchte ich besonders betonen – reicht die formal-universelle Verleihung dieser Rechte unter den vorherrschenden gesellschaftlichen Bedingungen nicht aus, um den Zugang zu zivilen Freiheiten, politischen Aktivitäten und öffentlichen Diensten für Alle gleichermaßen sicher zu stellen. Gerade zum Erlangen politischer Handlungsfähigkeit bedarf es vielmehr eines spezifischen „Vermögens“, sowohl im Sinne habitueller Dispositionen als auch im Sinne eines Zugangs zu sozialen, sowohl materiellen wie auch symbolischen Machtmitteln (vgl. u.a. Verba et al 1995; Bourdieu 2001). Diese Machtmittel entscheiden zwar nicht zwangsläufig darüber, ob Personen politisch aktiv werden oder nicht, ihr Besitz entscheidet jedoch über den zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum, d.h. über den Horizont möglicher politischer Strategien. Denkbar ist somit durchaus, dass auch Menschen mit wenigen Machtmitteln politisch aktiv sein können, mitunter sogar erfolgreich. Der ihnen zur Verfügung stehende Korridor an möglichen politischen Praxen und deren Effektivität wird jedoch in entscheidendem Maße von Umfang und der Zusammensetzung des zur Verfügung stehenden politisch nutzbaren Kapitals präformiert (vgl. u.a. Vester 2009). Insofern mag eine zu voreilige Fokussierung auf „Effektivität“ tatsächlich

blinde Flecken generieren (vgl. Munsch 2005). Es darf aber nicht vergessen werden, dass Politik – mit Bourdieu gesprochen – eben kein Glücksspiel ist, bei dem alle der Wahrscheinlichkeit nach dieselben Chancen besitzen, ihre Interessen erfolgreich durchzusetzen. Vielmehr bilden politische Felder (sowohl im engeren wie im weiteren Sinne) Arenen der Macht, so dass die Verfügbarkeit über deren Quellen von zentraler Bedeutung für die Akteur_innen bleibt.

Insofern können an diesem Widerspruch zwischen formal verliehenen Bürgerrechten und de facto besessener (materieller wie symbolischer) Macht Prozesse der sozialen Schließung ansetzen, die – bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der (mit Bourdieu gesprochen) Illusion formaler Gleichheit – auf der Vorenthaltung der zur Ausübung von Bürgerrechten benötigten Machtmittel basieren. Diese Prozesse benenne ich mit dem Begriff der Entbürgerlichung. Entbürgerlichung basiert somit nicht primär auf dem formalen Vorenthalten oder Entzug von Bürgerrechten (gleichwohl beides damit verbunden sein kann), sondern auf deren faktischer Entwertung infolge fehlender oder vorenthaltener Machtmittel, oder, auf einer symbolischen Ebene, auf der Zuweisung von Negativklassifikationen (vgl. Wagner 2013). Damit verbundene Abgrenzungs- und Stigmatisierungsphänomene sind insbesondere im Hinblick auf politische Rechte bedeutsam, da gerade diese Rechte nur kollektiv wirksam ausgeübt werden können (vgl. Janoski/Gran 2002). Praxen sozialer Distinktion markieren somit nicht nur soziale, sondern auch politische Solidaritätsbrüche (vgl. Vester 2009). Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Klassifikation von Entbürgerlichung als Prozess sozialer Schließung zum Ausdruck bringen soll, dass dieser Prozess nicht ohne Gegenwehr verlaufen muss. Entsprechend ist analytisch gerade auch denjenigen Praxen Aufmerksamkeit zu schenken, durch welche von Entbürgerlichung betroffene Personen versuchen, politisch nutzbare Ressourcen für sich zu gewinnen und auf dem politischen Spielfeld aktiv zu werden, gleichwohl sie auf diesem Feld im Besitz eines „schwarzen Peters“ sind, der ihnen politische Respektabilität abspricht und infolge ihre Aktivitäten oder Proteste mitunter gar nicht als „politisch“ entschlüsselt, sondern diese statt dessen totgeschwiegen, moralisiert oder gar kriminalisiert werden (vgl. Jobard 2004: 320ff, 330ff; Hafenegger 2012; Sturzenhecker in diesem Band).

Wendet man sich vor dem Hintergrund der Dialektik von Citoyen und Bourgeois und damit verbundenen Prozessen der Entbürgerlichung wieder der Frage zu, in welchem Verhältnis Soziale Arbeit zur Demokratie steht, dann liefert die hier eröffnete Perspektive wichtige Bezugspunkte: Als ein integraler Bestandteil des Wohlfahrtsstaats (vgl. Schaarschuch 1999) ist Soziale Arbeit aus einer bürgerrechtlichen Perspektive als Teil des Versuchs zu verstehen, über den Aufbau einer aus wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und Diensten bestehenden und mit sozialen

Rechtsansprüchen verbundenen Infrastruktur die Voraussetzungen der Ausübung formal verliehener Bürgerrechte zu sichern und damit Entbürgerlichungsprozessen entgegen zu wirken. Da es sich bei diesem wohlfahrtsstaatlichen Kompromiss jedoch auch um eine Struktur zwischen Demokratie und Kapitalismus handelt (so u.a. Lessenich 2009), fällt dessen Bezug auf bürgerrechtliche Prinzipien alles andere als widerspruchsfrei aus. Vielmehr sind wohlfahrtsstaatliche Institutionen stets auf die Etablierung eines historisch hegemonialen, in gesellschaftliche Kräfteverhältnisse eingebetteten Citizenship-Regimes sowie damit verbundener Zugehörigkeitsgrenzen und moralischer Vorstellungen hinsichtlich des „Bürgers“ und des „Nichtbürgers“ ausgerichtet. Insofern stellen die mit sozialen Bürgerrechten assoziierten sozialen Leistungen und Dienste keine eindeutigen Instanzen zur Herstellung bürgerlicher Gleichheit dar. Sie sind vielmehr auf die Absicherung hegemonialer Citizenship-Regime ausgerichtet und als solche an der Konstitution und dem Überwachen zugrunde liegender Grenzen zwischen „Bürgern“ und „Anderen“ beteiligt. Auf Basis dieser Annahmen vertrete ich die These, dass für Soziale Arbeit ein mehrdimensionales Spannungsverhältnis von Ver- und Entbürgerlichung konstitutiv ist (vgl. dazu ausführlich Wagner 2013). Die damit verbundenen Widersprüche legen mögliche verbürgerlichende Potenziale Sozialer Arbeit zwar keinesfalls vollends lahm. Sie formen dieses Potenzial jedoch, begrenzen es und können ihm zugleich durch entbürgerlichende Effekte zuwider laufen.

Welche konkrete Form dieses Spannungsverhältnis in den verschiedenen Praxen Sozialer Arbeit jeweils annehmen kann lässt sich aber keinesfalls „makro-logisch“ aus den aufgezeigten grundsätzlichen wohlfahrtsstaatlichen Widersprüchen herauslesen, sondern bedarf einer Analyse konkreter Praxen in den diversen Arbeitsfeldern Sozialer Arbeit vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen institutionalisierten Verfasstheit und deren konkreten historisch-gesellschaftspolitischen Rahmung. Insofern erhält an dieser Stelle auch die eingangs aufgeworfene Frage nach der Demokratie im Allgemeinen eine besondere Bedeutung, der im Folgenden im Anschluss an die Debatten um „Post-Demokratie“ nachgegangen werden soll, um den Gehalt von Post-Demokratie-Theorien für die Verhältnisbestimmung von Sozialer Arbeit und Demokratie und dem Verhältnis von Ver- und Entbürgerlichungsprozessen in der Sozialen Arbeit in den Blick zu nehmen.

Post-Demokratie I: Entleerte Demokratie

Wirft man einen Blick in derzeitige politik- und sozialwissenschaftliche Diskurse, dann wird über Demokratie und ihre derzeitige Verfassung viel debattiert, wobei insbesondere die Frage nach einer möglichen Krise des oft auch

als „westlich“ bezeichneten Modells einer parlamentarischen Demokratie sehr kontrovers diskutiert wird. In diesen Kontext lässt sich auch der Begriff der „Post-Demokratie“ einordnen. Dabei liegen derzeit mindestens zwei Theorie-Entwürfe vor, die mit diesem Begriff operieren. Einerseits wird dieser Begriff seitens des britischen Politikwissenschaftlers Colin Crouch aufgegriffen. Weit- aus früher wurde er jedoch bereits seitens des französischen Philosophen Jacques Rancière (vgl. auch die Beiträge von Bareis und Lütke-Harmann in diesem Heft) verwendet. Obwohl es durchaus zwischen beiden Verwendungsweisen eine gewisse Schnittmenge gibt, so sind sie dennoch nicht identisch, da beide Autoren den Begriff jeweils in einem eigenen Kontext mit unterschiedlichen Vorannahmen gebrauchen und entsprechend auch anders ausdeuten.⁶ Was ihnen beiden jedoch gemein ist, ist die Annahme, dass sich Demokratie aktuell in einer widersprüchlichen Verfassung befindet, dass sie einerseits einen globalen Siegeszug feiert, andererseits jedoch auch in hohem Maße bedroht bzw. infrage gestellt ist. Für Crouch gestaltet sich diese widersprüchliche Situation wie folgt:

„Under this model [post-democracy; T.W.] while elections certainly exist and can change governments, public electoral debate is a tightly controlled spectacle, managed by rival teams of professional experts in the techniques of persuasion, and considering a small range of electoral game, politics is really shaped in private by interaction between elected governments and elites that overwhelmingly represent business interests... while the forms of democracy remain fully in place ... politics and government are increasingly slipping back into the control of privileged elites in the manner characteristic of pre-democratic times; and that one major consequence of this process is the growing impotence of egalitarian causes“ (Crouch 2004: 4, 6).

Post-Demokratie ist demnach nicht durch eine Aufhebung, sondern vielmehr durch eine inhaltliche Aushöhlung etablierter demokratischer Institutionen gekennzeichnet. Rein formal betrachtet funktionieren diese weiterhin bzw. werden teilweise sogar ausgebaut. Ihre Bedeutung für die Gestaltung der Regierungsgeschäfte schwindet demgegenüber jedoch und wird von einer zunehmenden Exklusivität der Möglichkeit, auf politische Prozesse kollektiver Entscheidungsfindung Einfluss zu nehmen, begleitet. Einerseits lässt sich demnach der Einfluss wirtschaftlicher Akteur_innen und Lobbyvertretungen auf Regierungsentscheidungen (vgl. ebd.: 17ff), die gerade auf dem aktuell Konjunktur erfahrenden Terrain von Governance ihre auf Finanzkraft basierende Macht gegenüber anderen zivilgesellschaftlichen Akteur_innen voll zur Geltung bringen

6 In meinen früheren Auseinandersetzungen mit „Post-Demokratie“ habe ich bislang über diese Unterschiede zu großzügig hinweggesehen.

können (Crouch spricht hier nicht völlig zu Unrecht von einem Kampf zwischen „Schlachtschiffen“ und „Ruderbooten“). Andererseits entgleiten zentrale politische Entscheidungen zusehends einer tatsächlichen demokratischen bzw. parlamentarischen Kontrolle (vgl. Lessenich/Nullmeier 2006: 24). Die Ursachen für diese Entwicklung liegen Crouch zufolge in einem veränderten Verhältnis von Ökonomie und Politik im Zuge von globalen Prozessen der Deregulierung und eines damit verbundenen Machtzuwachses globaler Wirtschaftsunternehmen gegenüber nationalen Regierungen. Diese Entwicklung untergräbt die Grundlagen des politischen Systems, wie es sich in den westlichen Industrienationen nach dem Ende des 2. Weltkriegs etabliert hatte, so dass auch in dieser Zeit erreichte Errungenschaften zusehends in Frage gestellt sind. Genuin postdemokratisch ist für ihn somit auch der Abbau bzw. die Privatisierung sozialer Leistungen und Dienste (vgl. Crouch 2004: 78ff; 2007) sowie die darin sich widerspiegelnde Schwäche, Fragen nach Egalität politisch zu befördern.

Die Positionen Crouchs haben viel Beachtung gefunden, sie sind aber auch auf Kritik gestoßen. Diese Kritik ist zumindest in Teilen berechtigt, dies insbesondere mit Blick darauf, dass Crouchs Analyse mehr oder minder explizit die politischen Verhältnisse des Fordismus – Massenparteien und Tripartismus – zu einem Demokratie-Ideal erhebt. Tendenziell gerät dabei aus dem Blickfeld, dass eben auch die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse des fordistischen „Sicherheitsstaats“ (vgl. Hirsch 1998) – und dies gilt wohl nicht zuletzt mit Blick auf die Soziale Arbeit – eben nicht vollends egalitär und demokratisch im Sinne einer Selbstregierung durch Bürger_innen waren. Hier gilt es u.a. mit Bourdieu zu betonen, dass das für parlamentarische Demokratien konstitutive politische Feld der Repräsentation prinzipiell auf einem Akt der Schließung und einer Enteignung politischer „Laien“ zugunsten politischer „Professioneller“ basiert (vgl. Bourdieu 2001). Ein auf Repräsentation basierendes Demokratieverständnis enthält somit grundsätzlich auch ein antidemokratisches Element, da sie letztlich auf eine Form der Elitenherrschaft hinausläuft (vgl. Manin 2007). Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass gerade auch das fordistische Citizenship-Regime, welches sich durch einen engen Nexus von Bürgerrechten an einen nationalstaatlichen Bezugsrahmen und das vorwiegend mit Männlichkeit assoziierte Normalerwerbsverhältnis seine eigenen Formen sozialer Ausschließung kannte, die gerade auch Klientel Sozialer Arbeit Prozessen der Entbürgerlichung aussetzte. Insofern läuft man mit Crouch tatsächlich Gefahr, einen Mythos zu errichten, in dessen Glanz die oben aufgezeigten grundsätzlichen Widersprüche der Demokratie unter den Verhältnissen einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft verblassen.

Doch auch wenn die crouchsche Lesart von Post-Demokratie analytische Schwächen aufweist und somit ein schönes Beispiel dafür ist, dass man Zeitdiagnosen nicht unkritisch übernehmen sollte (vgl. Dollinger 2008), so sollte man im Blick auf das Verhältnis von Demokratie und Soziale Arbeit andererseits jedoch auch nicht in einem rein abstrakten, ahistorischen und luftleeren Raum hantieren,⁷ sondern durchaus auch einen Blick für zeitgenössische Feinheiten entwickeln, die sich im Zuge von Transformationsprozessen historisch-konkret ergeben.

Und gerade mit Blick auf diese Transformationsprozesse kann der Begriff der Post-Demokratie durchaus nützlich sein, um aktuelle Formen von Ver- und Entbürgerlichung in der Sozialen Arbeit näher zu analysieren. Von Interesse ist dabei primär die in der Crouchschen Position zwar mitschwingende, von ihm aber nur unzureichend ausgearbeitete Perspektive, dass die alleinige Existenz formal-demokratischer Verfahren der Beteiligung bzw. Partizipation nicht alleine entscheidend ist, sondern zugleich die Frage nach dem Grad der Demokratisierung von Gesellschaft immer auch eine Frage nach dem Zugang zu politisch nutzbaren Machtressourcen ist. Post-Demokratie zeichnet sich eben gerade durch gesellschaftliche Verschiebungen im Zugang zu diesen Machtressourcen aus, so dass hier von der Etablierung eines neuen Citizenship-Regimes und veränderten Dynamiken von Ver- und Entbürgerlichungsprozessen ausgegangen werden muss. Schaut man also aus einem solchen demokratiethoretischen Blickwinkel auf Soziale Arbeit, so kann man feststellen, dass viele ihrer Arbeitsfelder einen durchaus widersprüchlichen Wandel durchlaufen. Einerseits wurden mit gesetzlichen Neuregelungen, so z.B. für die Jugendhilfe oder den Bereich der Rehabilitation, demokratische Prinzipien wie z.B. „Partizipation“ oder „Inklusion“ programmatisch als Zielperspektiven verankert und spezielle Beteiligungsverfahren institutionalisiert – so z.B. in der Form des Hilfeplanverfahrens (u.a. § 36 SGB VIII, §§ 57, 58 SGB XII). Darüber hinaus werden in vielen Arbeitsbereichen Formen der Beteiligung erprobt und gerade unter der Überschrift „Engagementpolitik“ sollen Bürger_innen durch die Übernahme von Verantwortung für sozialstaatliche Aufgaben „mitwirken“ können (vgl. Klein et al 2010). Diese Entwicklungen können dabei auch als das Ergebnis erfolgreicher politischer Bemühungen um die Veränderung

7 Insofern ist es m.E. auch fraglich, ob man alleine von einer vorrangig wissenssoziologisch angeleiteten Herausarbeitung „basale[r] Grundstrukturen sozialpädagogischer Theoriebildung“ (Dollinger 2008: 3 1) mit Bezug auf die hier gestellte Frage tatsächlich ein gesteigertes Maß an Reflexivität zu erwarten hätte, ohne sich nicht auch selbst – zumindest als wissenschaftlicher Beobachter – mit Blick auf aktuelle Entwicklungen zu verorten.

dieser Felder verstanden werden, insbesondere durch soziale Bewegungen, teilweise auch unmittelbar aus dem Umfeld von Nutzer_innen. Insofern scheinen in vielen Arbeitsfeldern die Optionen zuzunehmen, qua politische Praxis bzw. Partizipation als Bürger_innen in Erscheinung treten zu können. Andererseits darf dieser „partizipatorische“ Paradigmenwechsel nicht losgelöst betrachtet werden von anderen Dimensionen eines grundlegenden sozialstaatlichen Wandels, die vor allem auf die Frage nach der Machtverteilung erheblichen Einfluss nehmen. Dazu gehören starke Appelle an mehr Eigen- und Fremdverantwortung und damit verbunden Disziplinierungstechniken und Sanktionen. Aber auch der Verwaltungsumbau bei öffentlichen und freien Trägern sowie die Steuerung sozialer Dienstleistungen über Quasi-Märkte (vgl. u.a. Dahme/Wohlfahrt 2007; 2013). Einerseits wird Partizipation also groß geschrieben. Andererseits wird diese weitaus „exklusiver“ bestimmt bzw. gestaltet, als es – zumindest dem Anspruch nach – zu Zeiten des fordistischen Wohlfahrtsstaats der Fall war, in dem die gesellschaftliche Verteilung der Mittel, die einer effektiven Ausübung dieser Optionen vorausgesetzt sind, ungleicher wird und somit viele die ihnen neu gegebenen „Chancen“ de facto gar nicht adäquat nutzen können. Diese werden infolge nicht selten als Instrumente verweigerter Partizipation (vgl. u.a. Normann 2005) und somit als eine Form der Entbürgerlichung erlebt. Gerade mit Blick auf das viel beschworene „bürgerliche Engagement“ hat es den Anschein, als würde hier aktuell vor allem nur denjenigen Menschen Optionen auf Verbürgerlichung geboten, die Soziale Arbeit „bürgerschaftlich“ ausüben, aber nicht denjenigen, die sie empfangen. Exemplarisch lässt sich dies aktuell vor allem mit Blick auf die Entstehung einer neuen „Mitleidsökonomie“ (vgl. Kessl/Wagner 2011) sehr gut verdeutlichen, in der sich sowohl eine gesteigerte Selektivität sozialer Leistungen als auch das Paradigma der Aktivbürgerlichkeit manifestieren. Sie verdankt ihre Existenz dem Substanzverlust der sozialen Rechte ihrer „Kunden“ und bildet zugleich einen Ort, an dem Reziprozitätsverhältnisse von Rechtsansprüchen auf Almosen umgestellt werden. Dadurch wird die Mitleidsökonomie zugleich zu einem Ort, an dem „Aktivbürger_innen“ Sorge für „Andere“ übernehmen. Während sie auf diesem Wege für sich Anerkennung im Bürgerstatus reklamieren können, werden die Nutzer_innen mitleidsökonomischer Angebote zu dieser Kulisse des „Anderen“, vor deren Hintergrund Anerkennung akkumuliert werden kann. Wird das Engagement im Rahmen der Mitleidsökonomie somit zu einem Vehikel der Verbürgerlichung, ist deren Nutzung sowohl rechtlich wie symbolisch ein Ausdruck von Entbürgerlichung.

Somit scheinen sich unter post-demokratischen Bedingungen vor dem Hintergrund einer zunehmenden ungleichen gesellschaftlichen Ressourcenverteilung

Bourgeois und Citoyen wieder stärker anzunähern als dies in fordistischen Zeiten der Fall war. Eine wirklich überzeugende Antwort, was man diesen Entwicklungen entgegensetzen könnte, lässt sich aufgrund seines fordistischen Demokratie-Ideals mit Crouch jedoch nur unzureichend denken.

Post-Demokratie II: zwischen Politik und Polizei

Dies führt uns zur zweiten Lesart des Begriffes Post-Demokratie und den Überlegungen Rancières. Im Gegensatz zum eben vorgestellten Verständnis steht der Begriff hier nicht im Mittelpunkt einer zeitdiagnostisch angelegten Studie. Er findet vielmehr Verwendung im Kontext einer grundsätzlichen Kritik der politischen Philosophie und ist damit zugleich eingebettet in eine umfassendere Politik- bzw. Demokratietheorie. Dabei werden die Begriffe „Demokratie“ und „Politik“ von Rancière nicht trennscharf verwendet, sondern bewusst nahezu identisch gesetzt (vgl. Rancière 2010: 129). Als Abgrenzungsfolie dient ihm dabei der Begriff der Polizei. Angelehnt an der ursprünglichen Bedeutung dieses Wortes versteht er darunter alle „Vorgänge der Konstitution von Gemeinschaften, der Organisation, Steuerung und Distribution von Macht, Positionen und Funktionen und der Legitimation hegemonialer Ordnungen“ (Rancière 2002: 39). Insofern ist aus seiner Perspektive das meiste von dem, was sich auf der Bühne des politischen Feldes abspielt, gerade keine Politik, sondern – soweit es sich auf den Aufbau und den Erhalt von Ordnung abzielt – Polizei. Politik bezeichnet demgegenüber eine vergleichsweise seltene und flüchtige Situation eines Streits um diese Bühne und um die Frage, wer darauf Platz haben soll. Politische Subjektivierungsweisen basieren somit auf einer konfliktiven Situation, in der die polizeiliche Ordnung von bestimmten sozial bzw. politisch unterprivilegierten Akteursgruppen mit dem demokratischen Postulat der Gleichheit konfrontiert wird und auf diese Weise der Ordnung als Forderung „die Tatsache eines Anteils der Anteillosen auferlegt“ (ebd.: 109).

Aus dieser Perspektive handelt es sich bei Demokratie weder, wie in vielen anderen Demokratietheorien, um eine Herrschaftsform, noch, wie im Anschluss an den amerikanischen Pragmatismus üblich (vgl. Oehler 2013), um eine Lebensweise. Vielmehr ist sie „die Einsetzung der Politik selbst, das System der Formen der Subjektivierungen, durch welche jede Ordnung der Verteilung der Körper nach Funktionen, die ihrer „Natur“ entspricht, und nach den Plätzen, die ihren Funktionen entsprechen, in Frage gestellt, auf ihre Kontingenz verwiesen wird“ (Rancière 2002: 111). Für ihn ist Demokratie also ein sehr flüchtiges Phänomen, dass an das „Erscheinen“ des Volkes gebunden ist, d.h. an Praxen

politischer Subjektivierung, in denen Akteur_innen für sich reklamieren, das Volk, d.h. „Bürger_innen“ zu sein; jedoch nicht, um ihre Integration in ein geordnetes Staatswesen auszudrücken, sondern vielmehr, um die offizielle „Repräsentation der Plätze und Anteile in Unordnung zu bringen“ (ebd.: 109), d.h. die bestehende Ordnung so zu verändern, dass sie ihnen Partizipation eröffnet.

Was bedeutet nun vor diesem Hintergrund Post-Demokratie? Im Gegensatz zu Crouch zeichnet Rancière ein weitaus kritischeres Bild der modernen parlamentarischen Demokratie, deren Widersprüche sich ihm zufolge in der westlichen Demokratiebewegung in der Form eines „hartnäckigen Zweifel[s] der Demokratie an sich selbst“ (ebd.: 105) beigetragen haben: „Die Demokratie hat nie aufgehört, von den Demokraten selbst verdächtigt zu werden. Diejenigen, die sich mit dem größten Nachdruck für die demokratischen Rechte schlugen, waren oft die Ersten, die diese Rechte verdächtigten, nur formell, erst der Schatten der wahrhaften Demokratie zu sein“ (ebd.). Demgegenüber entsteht Post-Demokratie als eine besondere Spielart der parlamentarischen Demokratie⁸ auf der Basis einer besonderen historischen Situation, die durch den Verlust dieser Skepsis gekennzeichnet ist. Vor dem Hintergrund des Verschwindens politisch-ideologischer Gegenentwürfe zur Demokratie – der Untergang der so genannten „totalitären Regime“ – bildet sich demnach das Paradox heraus, „das unter dem Namen der Demokratie die konsensuelle Praxis der Auslöschung der Formen demokratischen Handelns geltend macht“ (ebd.: 111). Demokratie wird selbst zur Totalität. Sie verliert den Zweifel an sich selbst und damit auch die Möglichkeit ihrer Kritik. In dieser Situation kommt es folglich zu einer Transformation des westlichen Demokratiemodells, die Rancière durchaus als Verfall kennzeichnet, hin zur Post-Demokratie, die sich selbst auch als konsensuale Demokratie beschreibt (Rancière 2010: 138).

„Die Post-Demokratie ist die Regierungspraxis und die begriffliche Legitimierung einer Demokratie *nach* dem *Demos*, einer Demokratie, die die Erscheinung, die Verrechnung und den Streit des Volkes liquidiert hat, reduzierbar also auf das alleinige Spiel der staatlichen Dispositive und der Bündelung von Energien und gesellschaftlichen Interessen. [...] Sie ist eine Weise der Identifizierung der institutionellen Dispositive mit der Aufstellung der Teile und der Anteile der Gesellschaft, die geeignet ist, dass der Demokratie eigene Subjekt und Handeln verschwinden zu lassen“ (ebd.).

Woran sich die Etablierung einer solchen post-demokratischen Regierungspraxis, die auf ein „Gewebe ohne Löcher“ (ebd.: 124) abzielt, also über die Konstruktion eines absoluten Konsenses, demokratische Subjektivierungen in der

8 Post-Demokratie ist in der Rancièreschen Lesart also keinesfalls – wie oftmals angenommen – mit der parlamentarischen Demokratie per se gleich zu setzen.

Form des Streits unterbinden soll, im Konkreten begründen lässt, wird von Rancière mit Blick auf Veränderungen im politischen Systems Frankreichs verdeutlicht, die zumindest in Teilen den von Crouch beschriebenen Kriterien ähneln, teilweise jedoch auch divergieren.

Ein Merkmal bildet demnach eine Legitimation des Staats durch die Verneinung von Politik (ebd.: 120ff), d.h. einer Ausdehnung staatlicher Gewalt unter dem Verweis auf für objektiv erklärte Notwendigkeiten, die u.a. in den „Zwängen und Launen des Weltmarkts“ ihren Bezugspunkt finden (ebd.: 123). Regierung läuft auf diese Weise auf die Verwaltung des „einzig möglichen“ hinaus und legitimiert sich dabei über ihre vermeintliche eigene Ohnmacht, über die Suggestion fehlender Wahlmöglichkeiten. Unter diesem aus dieser Sicht als post-demokratisch zu verstehenden Motto: „There is no alternative!“ vollzieht sich bekannterweise seit geraumer Zeit die Transformation der institutionellen Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit nach ökonomischen Grundsätzen. Interessant erscheint hier vor allem eine genauere Analyse der Implikationen neuer Formen der Steuerung, so z.B. der Budgetierung, mittels derer – teilweise unter dem ideologischen Deckmantel einer gesteigerten Freiheit in der Verfügung über finanzielle Mittel – über damit verbundene Mittelverknappungen und ökonomisch motivierte Zielvorgaben ein vermeintlich objektiver Sachzwang inszeniert wird, der die Akteur_innen Sozialer Arbeit und ihre Trägerorganisationen in eine scheinbar alternativlose Situation stellt und auf Linie bringt (vgl. u.a. Bode 2009). Auf diese Weise lässt sich mit Rancière auch begründen, dass derzeitige, oft mit dem Stichwort der De-Regulierung assoziierte Transformationsprozesse keinesfalls als eine Form der „Entstaatlichung“ verstanden werden darf, sondern durch Strategien gekennzeichnet ist – so z.B. im Falle des vermehrten Rückgriffs auf Governance-Netzwerke –, durch welche Regierungslücken geschlossen werden sollen (vgl. Böhnisch/Schröer 2008).

Ein weiteres Moment, in dem sich das Verschwinden der Politik in der Post-Demokratie ausdrückt, ist demzufolge eine gesteigerte „Sichtbarkeit des Rechts“ (Rancière 2002: 117). Was Rancière damit meint ist ein zunehmendes Zurückdrängen parlamentarischer Strukturen durch die Deutungshoheit von Experten und Verwaltungsinstanzen, denen nicht aufgrund einer Wahl, sondern aufgrund von Expertise zugeschrieben wird, dem „Geist der Gemeinschaft“ „objektiv“ zu entscheiden. Mit Blick auf die Soziale Arbeit lässt sich dieser Gedankengang in Beziehung setzen zu den alles andere als neuen Auseinandersetzungen um das spannungsgeladene Verhältnis von professionellem Expertentum und der Partizipation bzw. Mitbestimmung von Nutzer_innen (vgl. u.a. Harris 1999). Aus der hier diskutierten Perspektive werden dabei insbesondere Positionen kri-

tikbedürftig, die Professionalität für die Soziale Arbeit nach wie vor über ein exklusives bzw. expertokratisches „Problemwissen“ zu reklamieren versuchen, auf dessen Basis man „objektiv“ – und wenn nötig auch gegen die Einschätzung der „Betroffenen“ – bestimmen könnte, was in einer konkreten Situation genau das Problem sei (vgl. Staub-Bernasconi 2012; kritisch Stehr/Schimpf 2013). In diesem Sinne läuft professionelles Handeln also grundsätzlich Gefahr, post-demokratisch bzw. zu einer „Polizei des Humanitären“ (Rancière 2002: 145) zu werden, in dem man sich zwar z.B. einerseits zur Legitimation der eigenen Professionalität auf Demokratie und Menschenrechte beruft, andererseits die Gegenstände ihrer Arbeit dadurch entpolitisiert, dass man von vorneherein mit dem Rekurs auf die Existenz eines „objektiv Richtigen“ und einer damit letztendlich verbundenen Einsicht in das notwendige Grenzen des Verhandelbaren setzt.⁹ Mit Blick auf das oben vorgestellte Verhältnis von Prozessen der Ver- und Entbürgerlichung ist jedoch vor allem ein Punkt in der Argumentation Rancières interessant, nämlich, dass Post-Demokratie mit der Ausrufung einer neuen a-politischen Definition von „Bürgerschaftlichkeit“ einhergeht. Diese ist demnach nicht mehr gekennzeichnet von einem Kampf um Bürgerrechte und deren Ausweitung, sondern von der Gleichsetzung von Rechten mit der Ausübung von Pflichten, deren Ausübung zugleich von der großen Bühne ins Lokale abgedrängt wird. „Das Unternehmen der Bürgerschaftlichkeit ist dazu aufgerufen, die Identität seiner produktiven und aneignenden Energie mit der Anteilnahme am Aufbau der Gemeinschaft und der Einrichtung eines Mikrokosmos dieser Gemeinschaft aufzuzeigen, Vermittels der Bürgerschaftlichkeit im Lokalen.“ (Rancière 2002: 124). Hier lässt sich nun ein Gedankengang weiterführen, den ich bereits im Anschluss an die Überlegungen Crouchs mit Blick auf die Etablierung eines Citizenship-Regimes der „Aktivbürgerlichkeit“ aufgeworfen habe. Diese Neu-Definition von „Bürgerschaftlichkeit“ als eine auf den lokalen Nahraum beschränkte Sorge für die „Gemeinschaft“ kann m.E. als Indiz für die Entstehung einer post-demokratischen politischen bzw. (mit Rancière gesprochen) polizeilichen Arbeitsteilung verstanden werden: Während das politische „Kerngeschäft“ auf nationaler, aber auch transnationaler Ebene

9 Was mir an dieser Stelle weiter interessant erscheint, ich jedoch nicht weiter ausführen kann, wäre eine Analyse des seit einigen Jahren beobachtbaren expertokratischen Formwandels innerhalb der Sozialen Arbeit, der sich im Zuge der Herausbildung eines weitgehend an der Logik ökonomischer „Notwendigkeiten“ orientierten Sozialmanagements (vgl. u.a. Beckmann 2009) sowie in einer zunehmenden Forderung nach „Evidenzbasierung“ und damit verbundener relativ strikter Verfahrens- und Programmabläufe abzeichnet, unter dem Gesichtspunkt post-demokratischer Kriterien.

zunehmend demokratisch nur sehr unzureichend legitimierten Zirkeln bestehend aus politischen und ökonomischen Eliten und Experten, d.h. Politikberatern, Lobbyisten und Think Tanks vorbehalten bleiben soll, sollen Bürger_innen, ähnlich wie zu Zeiten des obrigkeitstaatlichen deutschen Kaiserreichs, vor allem in der „kleinen Politik vor Ort“ ihren legitimen Platz finden und diesen insbesondere über ein Verantwortungsbewusstsein für dort anfallende gemeinwohldienliche Aufgaben ausfüllen. Die seit einigen Jahren auch unter dem Verweis auf demokratiepolitische Gesichtspunkte betriebene Revitalisierung des „Ehramts“ (um im historischen Bild zu bleiben) ist demokratietheoretisch somit sehr zweischneidig. Man kann diese Situation m.E. gerade auch deshalb sehr gut als post-demokratisch beschreiben, da ein damit verbundener möglicher Zugewinn an limitierten Partizipationsoptionen im „Kleinen“ gerade angesichts einer gleichzeitigen Entmachtung von Bürger_innen in der „großen Politik“ nicht widerspruchsfrei den Charakter einer gesellschaftlichen Demokratisierung besitzt. Dies erscheint insbesondere vor dem Hintergrund einleuchtend, dass es weiterhin nationale oder auch internationale Instanzen sind, die in entscheidender Weise – sei es über Gesetzgebung, Aufgaben- und Mittelzuweisung oder Schuldenbremsen – die Spielräume für politische Entscheidungen auf kommunaler bzw. lokaler Ebene präformieren und nicht zuletzt unter fiskalpolitischen Gesichtspunkten einschränken (vgl. u.a. Dahme/Wohlfahrt 2013). Dem post-demokratischen Citizenship-Regime der Aktivbürgerlichkeit ist es somit zueigen, dass die ihm eigentümliche Form der Verbürgerlichung zugleich auch als eine besondere Spielart von Entbürgerlichung enthält, durch welche das politische Element von Bürgerschaft eine offensichtliche Begrenzung und Entwertung erfährt. Denn was auf diese Weise zum Verschwinden gebracht werden soll ist letztlich Politik, insbesondere in der Form der Forderung nach einem Anteil derjenigen, die in dieser neuen Form von Bürgerschaftlichkeit keinen Platz haben. Ihre Erscheinung wird in dieser Logik als „polizeiliche Grenze“ wahrgenommen, vor deren Hintergrund sich das neue Bürgermodell konstituiert. Dass gerade Soziale Arbeit ein Ort sein kann, an dem diese Grenze gezogen und überwacht werden kann, sollte aufgrund ihrer Geschichte auf der Hand liegen.

Mit Rancière lassen sich somit eine Reihe von interessanten Anhaltspunkten gewinnen, wie der Begriff Post-Demokratie für eine Betrachtung des Verhältnisses von Demokratie und Sozialer Arbeit fruchtbar gemacht werden kann. Dennoch ist auch seine theoretische Position – insbesondere mit Blick auf die zu Beginn eingeführte, im Begriff politische Bürgerschaft inhärente doppelte Perspektive von Status und Praxis – kritikbedürftig. Somit ist es zwar einerseits begrüßenswert, dass Politik und Demokratie eng aufeinander bezogen sind und

somit gerade der Aspekt politischer Praxis in der Ranciérschen Demokratietheorie besondere Aufmerksamkeit erfährt. Andererseits ist gerade sein Polizeibegriff problematisch, da er politische Institutionalisierungsprozesse vollends von der Demokratie dissoziiert und folglich politische und soziale Institutionen entpolitisiert. In dieser Logik erscheinen z.B. Bürgerrechte zwar durchaus als Objekte demokratisch-politischer Auseinandersetzung. Sobald sie existieren, gerinnen sie jedoch zu Polizei und hören damit auf demokratisch zu sein.

Rancière lenkt damit zu Recht Kritik und Skepsis auf die bestehenden politischen Institutionen, so dass sich im Anschluss an seine Überlegungen unterstreichen lässt, dass z.B. Citizenship-Regime unter dem Aspekt von Status immer auch Instrumente sozialer Ausschließung bzw. Entbürgerlichung darstellen. Dass sie gleichzeitig jedoch wenn auch in ihrer bestehenden Form unzureichende – Voraussetzungen für eine emanzipatorische Politik der Gleichheit sein können, gerät hier leicht aus dem Blickfeld. Rancière denkt an dieser Stelle somit zu dichotomisch, wenn er Politik und Demokratie seinem doch letztlich sehr monolithisch konzipierten Begriffsverständnis von Polizei strikt gegenüberstellt, so dass sich nur sehr unzureichend zwischen repressiven und emanzipatorischen Elementen politischer und sozialer Institutionalisierungsprozesse unterscheiden lässt. Damit weicht er nicht nur geschickt der Frage aus, wie sich denn Demokratie über einen flüchtigen Moment der Performanz hinaus dauerhaft als eine Form der Selbstregierung durchsetzen könnte. Er verschenkt damit letztlich auch die Möglichkeit, bestehende polizeiliche Ordnungen – wie z.B. die Soziale Arbeit – systematisch mit Blick auf die mit ihren inhärenten Widersprüchen immer auch verbundenen emanzipatorischen Potenziale (vgl. Sünker 2002) hin zu analysieren.¹⁰

Behält man diese Kritik im Hinterkopf, so verweist Rancière dennoch mit seinen Definitionsversuch von Demokratie zumindest auf ein zentrales Moment, an dem sich Demokratisierung im Allgemeinen, aber auch in den Institutionen Sozialer Arbeit u.a. messen lassen sollte: die Frage nach der egalitären Möglichkeit und Legitimität politischen Streits (vgl. Mouffe 2007). Um diesen Gedanken mit Blick auf die Soziale Arbeit adäquat weiter verfolgen zu können, ohne sich in der dichotomischen Logik Ranciéres restlos zu verfangen, bietet sich m.E. eine

¹⁰ Rancière versäumt dies interessanter Weise, obwohl bei ihm ja gerade das Postulat von Gleichheit und ein darauf bezogenes Unrecht die Ankerpunkte bilden, an denen Demokratie in der Form politischer Subjektivierung letztlich andockt. Dabei ist dieses Postulat doch zumindest als ideologisches bzw. normatives Prinzip jeder sich als demokratisch bezeichnenden politischen bzw. polizeilichen Ordnung inhärent (sonst gäbe es kein „Unrecht“, über das man sich streiten könnte).

Rückkehr zur theoretischen Perspektive von Bürgerschaft und damit zu der Frage nach einem emanzipatorischen Umgang mit dem der Sozialen Arbeit inhärenten Spannungsverhältnis von Ver- und Entbürgerlichung an. Nimmt man die von Rancière vorgenommene Betonung der Bedeutung von Konflikten für Demokratisierung ernst, so sollte es m.E. sowohl analytisch wie auch programmatisch grundsätzlich um die Frage gehen, wie sich in der Sozialen Arbeit Räume und Möglichkeiten finden lassen, durch welche sie – trotz und entgegen ihrer gleichzeitigen Beteiligung an Prozessen der Entbürgerlichung – für ihre Nutzer_innen zu einer Ressource für so genannte Acts of Citizenship (vgl. Isin/Nielsen 2008) werden kann – d.h. Akte, durch welche Menschen (wenn nötig im Streit und auch entgegen bestehenden Rechts) Bürgerrechte für sich reklamieren, d.h. in Anspruch nehmen, erkämpfen oder ihre Rücknahme oder Aushöhlung verteidigen.

Fazit

Mein Beitrag zielte auf eine Auseinandersetzung mit den Widersprüchen im Verhältnis Sozialer Arbeit und Demokratie. Dabei habe ich über die Darstellung meiner eigenen Denkposition versucht zu begründen, dass für Soziale Arbeit ein Spannungsfeld von Ver- und Entbürgerlichung konstitutiv ist. Vor diesem Hintergrund bin ich der Frage nachgegangen, welchen Beitrag Post-Demokratie-Theorien zu einer Auseinandersetzung mit der Frage nach dem Verhältnis von Sozialer Arbeit und Demokratie beitragen können. Meine Antwort darauf lautet: Sowohl Crouch als auch Rancière sind mit Vorsicht zu genießen, mit dieser Vorsicht sind aber beide grundsätzlich genießbar. Insbesondere mit Blick auf die Frage nach den demokratietheoretischen Implikationen der Transformation des Sozialen, den auch Soziale Arbeit derzeit durchläuft, und den damit verbundenen Wandel hegemonialer Citizenship-Regime lassen sich mit ihnen einige interessante Perspektiven und Anregungen entwickeln, mit der sich die grundsätzliche Widersprüchlichkeit des Verhältnisses von Demokratie und Sozialer Arbeit insbesondere unter aktuellen Gesichtspunkten (aber auch darüber hinaus) weiter ausleuchten lässt.

Welche Schlüsse lassen sich nun aus meinen Ausführungen ziehen? Wichtig ist es mir, an dieser Stelle noch einmal an mein Plädoyer zu Beginn meines Beitrags zu verweisen, darauf, in der Analyse des Verhältnisses von Sozialer Arbeit und Demokratie die Widersprüche, die diesem Verhältnis inhärent sind, nicht auszublenden, sondern vielmehr zum zentralen Gegenstand der Beobachtung zu machen. Aus Sicht der hier vorgestellten theoretischen Position geht es somit insbesondere um eine kritische Analyse der eigenen Verstrickung in die Konsti-

tution hegemonialer Citizenship-Regime und damit verbundener Prozesse der Entbürgerlichung, und gerade hier erweisen sich Post-Demokratietheorien m.E. als aufschlussreich, um die demokratietheoretischen Implikationen aktueller Änderungen bzw. Verschiebungen mit Blick auf dominante Vorstellungen und Institutionalisierungen von Bürgerschaft herauszuarbeiten.

Auch wenn eine solche Analyse immer auch dazu führen wird, dass Selbstbeschreibungen Sozialer Arbeit als „demokratisch“ mit nicht- bzw. post-demokratischen Aspekten ihrer selbst konfrontiert werden müssen, so ist diese dennoch notwendig, um zu einer Reflexivität der eigenen Verstrickung in ein Spannungsfeld von Ver- und Entbürgerlichung zu gewinnen, die es letztlich braucht, um in diesem Feld nach Spielräumen und Optionen der Bewegung zu suchen.

Aus meiner Perspektive geht es dabei primär um die Frage, inwiefern Soziale Arbeit für ihre Nutzer_innen zu einer Ressource für Acts of Citizenship werden kann, wobei sich im Anschluss an Rancière darauf verweisen lässt, dass es hier insbesondere um die Fähigkeit zur Austragung eines „Streithandels“ (Rancière 2010: 129) geht. Es geht also darum, Menschen dabei zu unterstützen, die ihnen im Rahmen des aktuellen Citizenship Regime zugedachten entbürgerlichenden Positionen zurückzuweisen und Bürgerschaft (mitunter im Sinne einer Bürger_innenschaft) bzw. Partizipation zu ihren Bedingungen einzufordern (vgl. Bareis 2012). Auch wenn ich dies hier nur andeuten kann, bieten sich hier der Sozialen Arbeit mindestens drei Ansatzpunkte:

Zum einen kann diese Unterstützung von Acts of Citizenship auf dem Feld sozialstaatlicher Behörden ansetzen. Dort kommen sehr oft bürokratische Barrieren der Inanspruchnahme bestehender Rechtsansprüche zum Tragen (vgl. u.a. Gern/Segbers 2009; Urban-Stahl 2012). Hier besitzt Soziale Arbeit z.B. in der Form unabhängiger Beratungs- oder Ombudsstellen ein nicht zu unterschätzendes Potenzial, bestehenden Bürgerrechten Geltung zu verschaffen, womit jedoch auch zugleich eine entscheidende Grenze dieses Ansatzes markiert ist, denn nicht vorhandene soziale Rechte können nicht auf dem Rechtsweg erstritten werden, noch lassen sie sich auf diesem Weg substantiell füllen.

Zugleich wird damit aber auch ein zweiter Ansatzpunkt deutlich. Da Soziale Arbeit selbst eine sozialstaatliche Arena bildet, in der Entscheidungen getroffen werden, bildet sie ebenfalls ein potenzielles Feld für Acts of Citizenship. Neben der Frage einer weiteren „Demokratisierung“ ihrer selbst über substantielle Mitbestimmungsrechte – sowohl für Nutzer_innen als auch für ihr Personal – geht es gerade auch hier um Möglichkeiten, zugewiesene Positionen zurückweisen zu können und damit um eine Auseinandersetzung mit Machtverhältnissen innerhalb sozialer Dienste. Ein wichtiger Ansatzpunkt, der sich ebenfalls im Anschluss

an Rancière betonen lässt, liegt darin, den Streit selbst aus der Sozialen Arbeit nicht auszuklammern und insbesondere Nutzer_innen das Recht anzuerkennen, „nicht in sofortigen Konsens einwilligen“ zu müssen, sondern „auf Differenz [...], sogar auf Verweigerung, Protest, Widerspenstigkeit“ (Treptow 2008: 9; Sturzenhecker in diesem Heft) beharren zu können. Dieses Recht auf Konflikt sollten Sozialarbeiter_innen derzeit aber gerade auch für sich selbst einfordern und in ihre aktuelle, manageriell geformte und weitgehend de-politisierte Organisationswelt hineinbringen.

Auch wenn somit bereits auf eher lokalen Ebenen Möglichkeiten gefunden werden können, Menschen dabei zu unterstützen, Bürgerschaft für sich zu reklamieren, so sollte die sowohl im Anschluss an Crouch als auch Rancière erfolgte Kritik an der Etablierung einer post-demokratischen Form politischer Arbeitsteilung, die Bürgerschaft letztlich in das Lokale verbannt, auch dazu anregen nach Möglichkeiten zu suchen, diese Verbannung zu durchbrechen. Insofern müssen sich Bestrebungen Sozialer Arbeit zur Förderung von acts of Citizenship jedoch gerade auch auf den Bereich des politischen Feldes im engeren Sinne richten. Diese Ebene erscheint nicht sehr oft im Horizont des Nachdenkens über das Verhältnis von Sozialer Arbeit und Demokratie. Dass sich aber auch vermeintlich „schwache Interessen“ politisch effektiv organisieren können, wenn die richtigen Voraussetzungen gegeben sind, beweist letztlich gerade die in den letzten Jahrzehnten immer wiederkehrend wahrnehmbare Existenz so genannter „user-movements“ (vgl. Barnes 1997; Beresford/Croft 2004). Dabei zeigen u.a. Beispiele aus Skandinavien (vgl. Anker 2008; kritisch Allen 2009), dass Soziale Arbeit solche Prozesse politischer Selbstorganisation erfolgreich unterstützen kann.

Dabei sollte dennoch nicht vergessen werden, dass sich der Zugang unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen zum politischen Feld grundsätzlich prekär gestaltet und gerade aktuell, u.a. auch angesichts zunehmender Abstiegsängste in der gesellschaftlichen Mitte, politische Solidaritätsbrüche gegenüber „nicht-respektablen“ Bevölkerungsgruppen zuspitzen. Es stellt daher eine große Herausforderung dar, diesen Solidaritätsbrüchen kritisch zu begegnen; eine Herausforderung, mit der Akteur_innen aus der Sozialen Arbeit auf mehreren Ebenen konfrontiert sein können: sowohl mit Blick auf Formen „täglichen Klassenkampfes“ (Bourdieu 1992: 148), d.h. mit Blick auf soziale Distinktionspraxen im Umfeld ihrer alltäglichen Arbeit als auch mit Blick auf Möglichkeiten, der Problematik sozialer und politischer Solidaritätsbrüche Öffentlichkeit zu verschaffen, so z.B. im Rahmen spitzenverbandlicher Arbeit, in (kritischen) Arbeitskreisen und Foren oder in der wissenschaftlichen Diskussion um die Soziale Arbeit selbst.

Literatur

- Addams, J. 1960: *Twenty Years at Hull-House*. New York
- Allen, M. 2009: *The Political Organisation of People who are Homeless: Reflections of a Sympathetic Sceptic*. In: *European Journal of Homelessness* (3/2009), S. 289-299
- Anker, J. 2008: *Organizing homeless people: Exploring the emergence of a user organization in Denmark*. In: *Critical Social Policy* 28 (1), S. 27-50
- Bareis, E. 2012: *Nutzbarmachung und ihre Grenzen – (Nicht-)Nutzungsforschung im Kontext von sozialer Ausschließung und der Arbeit an der Partizipation*. In: Schimpf E., Stehr J. (Hg.): *Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit. Gegenstandsbereiche – Kontextbedingungen – Positionierungen – Perspektiven*. Wiesbaden, S. 291-314
- Barnes, M. 1997: *Care, communities, and citizens*. London, New York
- Beckmann, Chr. 2009: *Qualitätsmanagement und Soziale Arbeit*. Wiesbaden
- Beresford, P./Croft, S. 2004: *Die Demokratisierung Sozialer Arbeit: Vom Klienten als Objekt zum Nutzer als Produzent*. In: *Widersprüche* 24. (91), S. 17-43
- Bode, I. 2009: *Vermarktlichung der Zivilgesellschaft? Die advokatorische Funktion des Sozialsektors im disorganisierten Wohlfahrtskapitalismus*. In: Linden M./Thaa, W. (Hg.): *Die politische Repräsentation von Fremden und Armen*. Baden-Baden, S. 81-97
- Böhnisch, L./Schröer, W. 2008: *Auf dem Weg zur Bürgergesellschaft?* In: Bütow B./Chassé K.A./Hirt R. (Hg.): *Soziale Arbeit nach dem sozialpädagogischen Jahrhundert. Positionsbestimmungen sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat*. Opladen, S. 93-106
- Bojadžijev, M. 2006: *Verlorene Gelassenheit. Eine Genealogie der Integration*. In: *Kurswechsel* (2/2006), S. 79-87
- Bourdieu, P. 1992: *Rede und Antwort*. Frankfurt am Main
- 2001: *Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft*. Konstanz
- Brown, W. 2012: *Wir sind jetzt alle Demokraten*. In: Agamben G./Badiou A. et al (Hg.): *Demokratie? Eine Debatte*. Berlin, S. 55-71
- Crouch, C. 2004: *Post-democracy*. Cambridge
- 2007: *Kommerzialisierung von Staatsbürgerschaft. Bildungspolitik und die Zukunft des öffentlichen Dienstes*. In: Mackert J./Müller H.-P. (Hg.): *Moderne (Staats)Bürgerschaft. Nationale Staatsbürgerschaft und die Debatten der Citizenship Studies*. Wiesbaden, S. 167-212
- Dahme H.-J./Wohlfahrt, N. 2007: *Vom Korporatismus zur strategischen Allianz von Sozialstaat und Sozialwirtschaft: Neue 'Sozialpartnerschaft' auf Kosten der Beschäftigten?* In: Dahme H.-J./Trube A./Wohlfahrt N. (Hg.): *Arbeit in Sozialen Diensten: flexibel und schlecht bezahlt? Zur aktuellen Entwicklung der Beschäftigungsbedingungen im Sozialsektor*. Baltmannsweiler, S. 22-34
- 2013: *Europäische Staatsschuldenkrise und soziale Dienste: Zur Durchsetzung neuer Rentabilitäts- und Akkumulationsbedingungen im Sozialsektor*. In: *Widersprüche* 33 (128), S. 33-57

- Demirović, A. 1997: Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie. Münster
- Dollinger, B. 2008: Sozialpädagogische Theorie zwischen Analyse und Zeitdiagnose. In: Widersprüche 28 (108), S. 31-42
- Flösser, G./Otto, H.-U. 1998 (Hg.): Towards more democracy in social services. Models and culture of welfare. Berlin
- Geisen T./Kessl F./Olk T./Schnurr S. 2013 (Hg.): Soziale Arbeit und Demokratie. Wiesbaden
- Gern, W./Segbers, F. 2009 (Hg.): Als Kunde bezeichnet, als Bettler behandelt. Erfahrungen aus der Hartz IV-Welt. Hamburg
- Gräser, M. 2009: Wohlfahrtsgesellschaft und Wohlfahrtsstaat. Bürgerliche Sozialreform und Welfare State Building in den USA und in Deutschland, 1880 – 1940. Göttingen
- Hafeneger, B. 2012: Jugendproteste im Jahr 2011. In: Neue Praxis 42 (3/2012), S. 295-308
- Hirsch, J. 1998: Vom Sicherheits- zum nationalen Wettbewerbsstaat. Berlin
- Inis, E.F./Nielsen, G.M. 2008: Introduction. Acts of Citizenship. In: dies. (Hg.): Acts of citizenship. London, S. 1-12
- Janoski, T./Gran, B. 2002: Political Citizenship: Foundations of Rights. In: Inis E.F./Turner B.S. (Hg.): Handbook of citizenship studies. Los Angeles, S. 13-52
- Jenson, J./Phillips, S. 1996: Staatsbürgerschaftsregime im Wandel – oder: Die Gleichberechtigung wird zu Marke getragen. In: Prokla 26 (105), S. 515-542
- Jobard, F. 2004: Der Ort der Politik. Politische Mobilisierung zwischen Aufstandversuchung und Staatsgewalt in einer Pariser Vorstadt. In: Berliner Journal für Soziologie 14 (3), S. 319-338
- Kappeler, M. 2013: Heimerziehung in der (alten) Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik – und was wir daraus lernen können. Eine Textcollage. In: Widersprüche 33. Jg. (129), S. 17-33
- Kessl, F./Wagner, T.: „Was vom Tisch der Reichen fällt...“ Zur neuen politischen Ökonomie des Mitleids. In: Widersprüche 31 (119/120), S. 35-52
- Klein, A./Olk, T./Hartnuß, B. 2010: Engagementspolitik als Politikfeld: Entwicklungserfordernisse und Perspektiven. In: Olk T./Klein A./Hartnuß H. (Hg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe. Wiesbaden, S. 24-59
- Lenhard, G./Offe, C. 1977: Staatstheorie und Sozialpolitik. Politisch-soziologische Erklärungsansätze für Funktionen und Innovationsprozesse der Sozialpolitik. In: Kaufmann F.-X. (Hg.): Soziologie und Sozialpolitik. Opladen, S. 98-127
- Lessenich, S. 2009: Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft. In: Dörre K./Lessenich S./Rosa H. (Hg.): Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte. Frankfurt am Main, S. 126-177
- /Nullmeier, F. 2006: Einleitung: Deutschland zwischen Einheit und Spaltung. In: dies. (Hg.): Deutschland – eine gespaltene Gesellschaft. Frankfurt am Main, S. 7-27

- Lister, R. 1997: Citizenship. Feminist perspectives. New York
- 2007: Staatsbürgerschaft und Differenz. Plädoyer für einen differenzierten Universalismus. In: Mackert J./Müller H.-P. (Hg.): Moderne (Staats)Bürgerschaft. Nationale Staatsbürgerschaft und die Debatten der Citizenship Studies. Wiesbaden, S. 395-413
- Mackert, J. 1999: Kampf um Zugehörigkeit. Nationale Staatsbürgerschaft als Modus sozialer Schließung. Opladen
- Manin, B. 2007: Kritik der repräsentativen Demokratie. Berlin
- Marshall, T. H. 1992: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt am Main
- Marx, Karl 1975: Zur Judenfrage. In: ders.: Frühe Schriften, Bd. 1. 3.,: Wiss. Buchges., S. 451-487
- Mouffe, C. 2007: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt am Main
- Mührel, E./Birgmeier, B. 2013 (Hg.): Menschenrechte und Demokratie. Perspektiven für die Entwicklung der Sozialen Arbeit als Profession und wissenschaftliche Disziplin. Wiesbaden
- Müller, C. 2005: Sozialpädagogik als Erziehung zur Demokratie. Ein problemgeschichtlicher Theorieentwurf. Bad Heilbrunn
- Mürner, Chr./Sierck, U. 2012: Behinderung. Chronik eines Jahrhunderts. Weinheim
- Munsch, C. 2005: Die Effektivitätsfalle. Bürgerschaftliches Engagement und Gemeinwesenarbeit zwischen Ergebnisorientierung und Lebensbewältigung. Hohengehren
- Normann, E. 2005: „Wenn man wollte, konnte man es durchhalten!“. Erzieherische Hilfen aus der Nutzerperspektive. In: Oelerich G./Schaarschuch A. (Hg.): Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht. Zum Gebrauchswert sozialer Arbeit. München, S. 28-48
- Oehler, P. 2013: Das Abenteuer der Demokratie – Zur Rekonstruktion einer demokratischen Sozialen Arbeit. In: Geisen T./Kessl F./Olk T./Schnurr S. (Hg.) (2013), S. 101-119
- Poulantzas, N. 2002: Staatstheorie. Hamburg
- Rancière, J. 2002: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt am Main
- 2010: Demokratie und Postdemokratie. In: Badiou, A./Rancière, J. (Hg.): Politik der Wahrheit. Wien
- Redaktion Widersprüche 2012: Einspruch! Partizipation und Rechtsansprüche in Politik, Gesellschaft und Sozialer Arbeit. Münster
- Schaarschuch, A. 1999: Theoretische Grundelemente Sozialer Arbeit als Dienstleistung. In: Neue Praxis 29 (6), S. 543-557
- Seithe, M. 2012: „Welche Zukunft ist gemeint?“. In: Neue Praxis 42 (1), S. 60-70
- Staub-Bernasconi, S. 2012: Soziale Arbeit und Soziale Probleme. Eine disziplin- und professionsbezogene Bestimmung. In: Thole W. (Hg.): Grundriss Sozialer Arbeit: ein einführendes Handbuch., Wiesbaden, S. 267-282

- Stehr, J./Schimpf, E. 2012: Ausschlussdimensionen der Sozialen-Probleme-Perspektive in der Sozialen Arbeit. In: Schimpf, E./Stehr, J. (Hg.): Kritisches Forschen in der Sozialen Arbeit. Gegenstandsbereiche – Kontextbedingungen – Positionierungen – Perspektiven. Wiesbaden, S. 27-42
- Steinacker, S. 2008: „...fachlich sauber und im Geist des Nationalsozialismus...“. Voksgemeinschaftsideologie und Fürsorgeerziehung nach 1933. In: Neue Praxis 38. (5), S. 459-477
- Sünker, H. 2002: Demokratie, Partizipation und politische Sozialisation. In: Widersprüche 22. (85), S. 7-17
- Thompson, D. F. 1970: The democratic citizen. Social science and democratic theory in the 20th century. Cambridge
- Treptow, R. 2008: Gegenwart gestalten – auf Ungewissheit vorbereiten. Bildung in der Heimerziehung. In: Neue Praxis 38 (1), S. 7-24
- Urban-Stahl, U. 2012: Der Widerspruch wird hoffähig?!? Ombuds- und Beschwerdestellen in der Jugendhilfe. In: Widersprüche 32 (123), S. 69-80
- Verba, S./Schlozmann, K. L./Brady, H. E. 1995: Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics. Cambridge/London
- Vester, M. 2009: Soziale Milieus und die Schiefen politischer Repräsentation. In: Linden M./Thaa W. (Hg.): Die politische Repräsentation von Fremden und Armen. Baden-Baden, S. 21-59
- Wagner, T. 2012: „Und jetzt alle mitmachen!“ Ein demokratie- und machttheoretischer Blick auf die Widersprüche und Voraussetzungen (politischer) Partizipation. In: Widersprüche 32 (123), S. 15-38
- 2013: Entbürgerlichung Durch Adressierung? Eine Analyse des Verhältnisses Sozialer Arbeit zu den Voraussetzungen Politischen Handelns. Wiesbaden

*Thomas Wagner, Hochschule Ludwigshafen am Rhein,
Maxstraße 29, 67059 Ludwigshafen am Rhein
E-Mail: thomas.wagner@hs-ludwigshafen.de*

**Blätter für
deutsche und
internationale
Politik**

Große Köpfe für große Fragen

Jürgen Habermas · Saskia Sassen

Peter Bofinger · Seyla Benhabib

Jens Reich · Katajun Amirpur

Norman Birnbaum · Micha Brumlik

Rudolf Hickel · Claus Leggewie

Friedrich Schorlemmer

Dies sind nur 11 von 22 Herausgebern der »Blätter«.

**Lernen Sie auch die anderen kennen –
und viele weitere kluge Köpfe.**

Die »Blätter« – Monat für Monat 128 Seiten mit Biss.



Jetzt auch als E-Book, E-Paper und im Online-Abol!
2 Monate probelesen für nur 10 Euro | www.blaetter.de



Heinz Sünker

Über den Widerspruch zwischen Bildung und kapitalistischer Demokratie Mehr als eine Polemik

Jetzt weiß ich wieder, warum ich die Trotzlisten
Immer sympathischer fand. Die Maoisten wollten
schon damals nur die Macht.'

'Na, die Trotzlisten haben's wirklich nicht besser
verdient, wenn sie so naiv waren.'

*Bielefeld & Hartlieb 2011: Auf der Strecke.
Ein Fall für Berlin und Wien. Zürich: Diogenes*

I.

Angesichts immer neuer und erneuerter Schlagzeilen zu empirischen Ergebnissen der sogenannten Bildungsforschung in Deutschland, gegenwärtig wieder mit dem Namen „Pisa“ – wenngleich diesmal mit „für Erwachsene“ – verbunden¹, ergeben sich offensichtlich grundsätzliche Fragen nach dem Zusammenhang von Bildung und Demokratie, Bildung und politischer Kultur, Bildung und Individualität, Demokratie und Kapitalismus.² Mit Bezug auf die 'Erwachsenen-PISA-Ergebnisse' heißt es im Kommentar von H. Schmoll in der FAZ v. 12.10.2013 (S. 1) – nicht überraschend: „Noch nie hat eine Studie so eindeutig belegt, dass das Können von Schülern ganz entscheidend von den Lehrern und der Qualität des Unterrichts abhängt. Das ist die eigentliche Sensation des Ländervergleichs [...]" Und damit auch jeder die politische Stoßrichtung versteht

1 Exemplarisch für Inhalte der alten Debatte wie Akzentsetzungen a) „Pisa-Experte: Dreigliedrige Schule gescheitert“, so titelt die taz auf S. 1 (23.11.04); die Frankfurter Rundschau (23.11.04; S. 2) schreibt dagegen mit Bezug auf den erhobenen Leistungsstand „Wieder nur Mittelmaß“.

2 Zum weitergehenden Hintergrund der folgenden Argumentationen s. Sünker (2003, 2006).

wird formuliert: Wer glaubt, „dass Schülerleistungen von der Schulstruktur abhängig seien, wird seine Strategie überdenken müssen“. Interessanterweise findet sich in der Frankfurter Rundschau, im Kommentar von K. Tichomirowa am 12./13.10.2013 (S. 11) die gleiche flache These, mit der davon abgelenkt wird, dass Bildungspolitik Klassenkampf – und demzufolge strukturell verankert – ist: „Cleverer wäre es den Bildungsforschern zu folgen. Nach ihrer Interpretation hält der aktuelle Leistungsvergleich eine höchst banale Erkenntnis bereit: Bildungserfolge sind das Resultat von gutem Unterricht. Nicht das Schulsystem ist entscheidend, sondern die Lehrer [...]“.

Bei dem besagten Zusammenhang von Bildung und Demokratie geht es wesentlich, wie Heinz-Joachim Heydorn, der tiefgehendste wie inspirierendste gesellschaftstheoretisch wie gesellschaftspolitisch ausgerichtete Bildungsanalytiker des 20. Jahrhunderts³, die Aufgabe bezeichnet hat, um die Konzeptualisierung eines Begriffes von Bildung, der der Gegenwart angemessen ist, der mithin – vor allem vor dem Hintergrund der neuen Bildungsforschungsergebnisse, die wesentlich nur bekannte Ergebnisse bestätigen – Demokratie, Solidarität und soziale Gerechtigkeit ermöglicht. Anders als in hegemonialen Auseinandersetzungen üblich betrieben geht es mir in diesem Zusammenhang um die gesellschaftstheoretisch wie gesellschaftspolitisch begründete Einschätzung, dass angesichts der Erfahrungen mit dem katastrophalen 20. Jh. und der Frage nach humanen Perspektiven für das 21. Jh. nicht ökonomisch ausgerichtete, sondern gesellschaftlich-politische Problemstellungen die entscheidenden Grundlagen für eine Debatte um Ansprüche an Bildung und Bildungspolitik darstellen – die Ökonomie wäre also der Politik unterzuordnen⁴.

Dies bedeutet positiv gewendet zum einen, dass die Bildungsfrage unmittelbar verknüpft mit der Frage nach der Urteilskraft und Kompetenz von Menschen und ihre Fähigkeit, gesellschaftliche Beziehungen bewusst zu regulieren, Gesellschaft zu gestalten, gesehen wird.⁵ Dies führt zum anderen zu der entscheidenden Erkenntnis, dass Bildungspolitik Gesellschaftspolitik ist – in vielerlei Hinsichten. Am

3 Mit und in seinem Hauptwerk „Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft“ (1979) hat Heydorn gezeigt, wie sich Gesellschafts- und Bildungsanalyse miteinander vermitteln lassen; zu seinem Werk s. Sünker (2003: Kap. V + VII).

4 Dies hat Polanyi vor vielen Jahrzehnten zum Thema seiner Studie „The Great Transformation“ (1978) gemacht; s. weiter Duchrow (1997) mit seiner Analyse der Folgen heute.

5 Unter Bedingungen der Globalisierung wird dies noch komplexer (s. dazu Benhabib 2006).

wichtigsten ist für mich dabei die Vermittlung zur Demokratie-Problematik, was zu folgender These führt: Demokratie beruht auf dem Bewusstsein wie den Fähigkeiten gebildeter Bürgerinnen und Bürger, die die öffentlichen Angelegenheiten als ihre eigenen begreifen, darum darin eingreifen und so gemeinsam zu handeln suchen. Die Basis hierfür besteht in der Bildung aller, da „Bildung“ mit Heydorn „als Aufgrabung des Menschen und damit als Herausforderung der Wirklichkeit“ (Heydorn 1979: 18), als „Gedächtnis des Menschen an sich selber“ (1979: 19) sowie als „Mittel der Befreiung“ respektive als „Selbsthilfe“ (1979: 324) verstanden wird.

Der entscheidende Skandal in unserer real existierenden bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft besteht daher darin, dass gesellschaftliche Ungleichheiten, also Klassenverhältnisse, durch Bildung nicht nur nicht überwunden, sondern noch verstärkt im Kontext von Klassenstrategien (vgl. Ball 2003) reproduziert werden, weil ‚Bildung‘ für Lebenslauf und Lebenserfolg immer entscheidender geworden ist (s. Sünker/Timmermann/Kolbe 1994).⁶ Für „Bildung“ ergeben sich daraus jene Folgen, die seit einigen Jahren in der englischsprachigen Analyse als „marketisation“ und „commodification“ gekennzeichnet werden (vgl. Sünker 2003: Kap. II; 2012).

Dementsprechend lautet auch der gesellschaftspolitisch skandalöseste Satz in der ersten deutschen PISA-Studie, mit dem die Folgen scharfer sozialer Selektivität herausgestellt werden – allerdings ohne daraus gesellschafts- wie bildungspolitische Konsequenzen zu ziehen: „Kulturelles Engagement und kulturelle Entfaltung, Wertorientierungen und politische Partizipation kovariieren über die gesamte Lebensspanne systematisch mit dem erreichten Bildungsniveau“ (Deutsches PISA-Konsortium 2001: 32). Im Klartext bedeutet dies, dass denjenigen, denen die Möglichkeit der Bildung genommen wird – und das hat eben unmittelbar mit ihrer Klassenlage zu tun –, lebensgeschichtlich übergreifend auch viele andere Möglichkeiten genommen werden – von Kultur bis zu politischem Bewusstsein, Interesse und Handlungsmöglichkeiten.⁷ Konsequenzen hat dies dementsprechend für Lebenslage, Lebensqualität und Lebensweise, damit für Chancen auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung. Ins Blickfeld gerät damit zugleich der bedeutsame Zusammenhang zwischen individuellen Bildungsmöglichkeiten und der Bildung des Politischen⁸; dies als Problem einer gesellschaftlichen Entwicklung,

6 Um so bedeutsamer wird auch das Problem der „Bildungsorientierung“, das typenmäßig sich auf Klassenlagen beziehen lässt (Vester 2003: 9f.).

7 Zur Analyse der gegenwärtigen deutschen Klassenverhältnisse s. die grundlegende Analyse von Vester et al. (2001).

8 Dass dies kein Problem von Schule allein ist, sondern auch von Sozialer Arbeit sein kann, darauf verweist Winkler (2010).

die vorgeblich auf Demokratisierung und Partizipation aufruhrt⁹. Denn es gibt unmittelbare politische Konsequenzen ob der mangelnden Verstehenskompetenz beim Lesen, wie sie die Pisa-Studie feststellt, für die Möglichkeiten, politisches Engagement zu entwickeln; zudem sind die der Herrschaft Unterworfenen 'Opfer', wie Chomsky (2000: 173ff.) es nennt, einer „Pädagogik der Lüge“, sind also Manipulationsstrategien der Verdummung im „Klassenkrieg von oben“ (Chomsky 1998: 13ff.)¹⁰ ausgesetzt – was zum einen häufig zu einem gesellschaftskonformen Weltbild führt und zum anderen eine der Voraussetzungen für Rassismus etc. sein kann. Dem korrespondiert auf Seiten der Herrschenden ein „Rassismus der Intelligenz“, wie Bourdieu (2001: 102f.) dies kennzeichnet.

Verweist also das zitierte Pisa-Ergebnis auf eine permanente grundlegende Verletzung von Prinzipien der Demokratie und einer Bildung, die der Aufklärungstradition und dem Bezug auf die Mündigkeit aller Menschen entspricht, so fordert es weiter dazu heraus, sich genauer mit Fragen nach gesellschaftlichen Grundlagen von und hegemonialen Auseinandersetzungen um Bildung im Kontext kapitalistisch formbestimmter Demokratie zu beschäftigen.

Im Anschluss an W. Müller (vgl. 1998) hat M. Vester (2004: 48ff.) dies für die Bildungsfrage forschungslogisch differenziert als Problem der Analyse vom Zusammenwirken dreier Mechanismen: „die institutionelle Struktur, die pädagogische Kultur und Strategien der Herkunftsmilieus“. Gefolgt wird dem hier durch Überlegungen zum Verhältnis von demokratischer Bildung und der Bildung von Demokratie, nachdem zuvor der Widerspruch von Demokratie und Kapitalismus – über alle Erscheinungsformen hinweg – thematisiert wird.

II.

Angesichts des Hypes um Crouchens These von der „Postdemokratie“, die m.E. analytisch zu flach ist, also nicht grundlegend genug das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus diskutiert und analysiert, mag es sinnvoll sein, seine wesentliche These in Erinnerung zu rufen:

9 S. dazu Theunissen (1982: 12): „Normative Kraft besitzt nicht die bürgerliche Gesellschaft selber, sondern die Idee, die ihr zugrunde liegt. Und es könnte sein, daß diese Idee über die bürgerliche Gesellschaft hinausweist und erst in einer anderen Gesellschaftsform ihren angemessenen Ausdruck zu finden vermag“.

10 Dass die Rede vom „Klassenkrieg“ nicht der Linken vorbehalten ist, zeigt Hartmann (2004: 26); er zitiert mit W. Buffett den zweitreichsten Mann der Welt, der in seinem Aktionärsbrief schrieb: In Amerika wird ein Klassenkrieg geführt und meine Klasse gewinnt eindeutig“.

„Ich habe in diesem Buch zu zeigen versucht, daß die wichtigste Ursache für den Niedergang der Demokratie heute in dem Ungleichgewicht zwischen der Rolle der Interessen der Unternehmen und denen aller übrigen Gruppen der Gesellschaft besteht. Zusammen mit der unvermeidlichen Entropie der Demokratie führt dies zu einer Form der Politik, die wieder zu einer Angelegenheit geschlossener Eliten wird – so wie es in vordemokratischen Zeiten der Fall war. Die verzerrenden Kräfte wirken auf mehreren Ebenen: manchmal als externer Druck, der auf die Regierungen ausgeübt wird; manchmal durch interne Veränderungen in den Prioritäten der Regierungen; manchmal innerhalb der Struktur der politischen Parteien“ (Crouch 2008: 133).

Eine kurze Skizze zur Frage nach Konzeptualisierungen von Demokratie mag hilfreich für die Beförderung der Diskussion sein, um Fragen nach Genesis und Geltung von Demokratie und Kapitalismus, deren Vermittlungen wie Widersprüche in den Blick nehmen zu können. Jenseits der Marx'schen Analysen¹¹ zum Widerspruch von Kapital und Arbeit, damit den Kategorien von Klassenkampf und Klasseninteressen und etwa Gramscis Hegemonietheorie – mit seiner Kriegsmetaphorik – erinnert Adorno an den Kern von Demokratie, wenn er in seiner Postfaschismusanalyse schreibt:

„Aber Demokratie hat nicht derart sich eingebürgert, daß sie die Menschen wirklich als ihre eigene Sache erfahren, sich selbst als Subjekte der politischen Prozesse wissen. Sie wird als ein System unter anderen empfunden, so wie wenn man auf einer Musterkarte die Wahl hätte zwischen Kommunismus, Demokratie, Faschismus, Monarchie; nicht aber als identisch mit dem Volk selber, als Ausdruck seiner Mündigkeit. Sie wird eingeschätzt nach dem Erfolg oder Mißerfolg, an dem dann auch die einzelnen Interessen partizipieren, aber nicht als Einheit des eigenen Interesses mit dem Gesamtinteresse“ (Adorno 1971: 15)¹².

Und er schließt: „In der Sprache der Philosophie könnte man wohl sagen, daß in der Fremdheit des Volkes zur Demokratie die Selbstentfremdung der Gesellschaft sich widerspiegelt“ (ebd.: 16).

11 Immer noch grundlegend für die Analyse des Marxschen Gesamtwerkes ist die Studie von Schmied-Kowarzik (1981).

12 Dem korrespondiert die Analyse Bourdieus zur Grundlegung politischer Kompetenz und Handlungsfähigkeit: „Um den Zusammenhang von Bildungskapital und Geneigtheit, auf politische Fragen zu antworten, angemessen zu erklären, genügt nicht der Rückgriff auf die durch den Bildungstitel garantierte Fähigkeit zum Verstehen, zur Wiedergabe oder selbst zur Hervorbringungen des politischen Diskurses; hinzu kommen muß vielmehr noch das – gesellschaftlich gebilligte oder geförderte – Gefühl, berechtigt zu sein, sich überhaupt mit Politik zu beschäftigen, ermächtigt zu sein, politisch zu argumentieren“ (Bourdieu 1984: 639, s. weiter 686ff, 716ff.).

Mit diesem Befund gehen für Faschismusanalyse wie Postfaschismus gesellschaftliche Diagnosen einher, die vom Leitmotiv 'Instrumentelle Vernunft' in früher Kritischer Theorie bis in die Gegenwart reichen: Den Kern bildet die Überlegung,

„daß unser Bewußtsein ausschließlich technisch orientiert wurde, auf dem Gebiete der Naturbeherrschung und materiellen Technologie gewaltige Erfolge erzielte und dafür das Gebiet der gesellschaftlichen Beziehungen völlig vernachlässigte. [...] Bis endlich die Unerträglichkeit dieses Zustands und dieser Bewußtseinshaltung zur Flucht verführt in irgendeine gesellschaftliche Bindung, sei es auch die der blinden Unterwerfung unter eine Staatsleitung, eine Partei oder einen Führer“, so Siemsen vor vielen Dekaden (1948: 5).

In einer der modernsten Gegenwartsanalysen heißt es: „Yet there is an extraordinary gap between our technological overdevelopment and our social underdevelopment“ (Castells 1998: 359). Die Lösung sieht Castells darin, daß „we need not only responsible governments, but a responsible, educated society“ (1998: 353).¹³

Alternativen zu strukturellen Bedingungen von Herrschaft und einer dem korrespondierenden politischen Anthropologie sind in den letzten 1000 Jahren über Gesellschaftsformen (vgl. Marx o.J.: 75f.) hinweg immer wieder vorgestellt und diskutiert worden, so dass sich eine analytische und utopische Brücke für die Arbeit an einer anderen Gesellschaft schlagen lässt. Bereits für das 11. Jahrhundert und dessen Häretiker stellt Duby fest:

„An erster Stelle (bei der Frage nach Alternativen, H.S.) den ins Fleisch eingeschriebenen Unterschied, der die beiden Geschlechter voneinander scheidet. Indem sie die Frauen uneingeschränkt in ihre Gemeinschaft aufnahmen, hoben sie die ursprünglich im gesellschaftlichen Raum errichtete Schranke auf. Das blieb nicht ungestraft: die Aufhebung des Unterschieds zwischen Weiblichem und Männlichem erlaubt die schlimmsten Verleumdungen und war meiner Ansicht nach der Hauptgrund für das Scheitern. Die Ketzer setzten sich über eine weitere wichtige Kluft hinweg: da

13 Zudem hält Castells für die Realisierung von gesellschaftlichen Alternativen fest: „According to the observation, and as recorded in volume II, social challenges against patterns of domination in the network society generally take the form of constructing autonomous identities. These identities are external to the organizing principles of the network society. Against the worshipping of technology, the power of flows, and the logic of markets, they oppose their being, their beliefs, and their bequest. What is characteristic of social movements and cultural projects built around identities in the Information Age is that they do not originate within the institutions of civil society. They introduce, from the outset, an alternative social logic, distinct from the principles of performance around which dominant institutions of society are built“ (1998: 351).

sie die Privilegien des priesterlichen 'Berufs' ablehnten, vermischten sie *clerus* und *populus*; sie luden alle Christen ein, auf die gleiche Art zu fasten und zu beten. Da sie andererseits dazu ermahnten, alle Angriffe zu verzeihen, nicht mehr zu rächen und auch nicht mehr zu strafen, proklamierten sie die Nutzlosigkeit der Spezialisten der Repression, des Stabes und des Militärs. Und schließlich arbeitete innerhalb der Sekte jeder mit seinen eigenen Händen, niemand erwartete, von einem anderen ernährt zu werden, niemand plagte sich im Dienst eines Herrn: die Trennungslinie zwischen den Arbeitern und den anderen, den Grundherren, Gerichtsherren, Schutzherren, Inhabern der Strafgewalt, wurde ausgelöscht“ (Duby 1986: 197f.).

Dieser Perspektive ist das subversive Denken von Moore am Ende seiner großen Studie „Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand“ (1982: 671) ob seiner Semantik unmittelbar verwandt, wenn es bei ihm heißt: „Die wirklich umstürzlerische Form der Kritik beginnt, sobald das Volk fragt, ob eine bestimmte soziale Funktion überhaupt ausgeübt werden muß, ob die menschliche Gesellschaft nicht ohne Könige, Priester, Kapitalisten oder selbst revolutionäre Bürokraten auskommen könnte“.

Gesellschaftstheoretisch und gesellschaftspolitisch ist damit in direktem Bezug zum oben Ausgeführten benannt, was Bowles und Gintis zu Beginn ihrer Studie „Democracy & Capitalism“ als – analytisch wie normativ – wesentlich für unsere Thematik herausstellen:

„This work is animated by a commitment to the progressive extension of people's capacity to govern their personal lives and social histories. Making good this commitment, we will argue, requires establishing a democratic social order and eliminating the central institutions of the capitalist economy. So stark an opposition between 'capitalism' and 'democracy', terms widely held jointly to characterize our society, may appear unwarranted. But we will maintain that no capitalist society today may reasonably be called democratic in the straightforward sense of securing personal liberty and rendering the exercise of power socially accountable“ (Bowles/Gintis 1987: 3, vgl. 177f.; s. weiter Meiksins Wood 1995).¹⁴

14 Dabei wird sicher neben den strukturellen und institutionellen Bedingungen auch immer die Ebene präsidentialer Charaktermasken und das, was ihre Handlungen sind, zu analysieren sein. Da die USA mit dem Demokratieruf auf den Lippen und immer noch einer Reihe kritischer Analysen zum Gesellschaftsstand – dies im Unterschied zu Russland oder China, mit denen sich die USA ansonsten strukturell homolog auf der Ebene oligarchischer Verfasstheit von Herrschaft treffen – arbeiten, können sie auch als Schurkenstaat besonderer Art genommen werden: Angesichts der fortschreitenden Faschisierung (cum grano salis) – ob Cowboy-Präsident oder 'Lächler' – sind Drohnen und Überwachungsstaat mehr als Symptome; neben den vielfältigen Analysen Chomskys und der These vom Geo-Faschismus der USA bei

Der Untertitel von Bowles/Gintis verweist mit „Property, Community, and the Contradictions of Modern Social Thought“ auf die entscheidende Problemstellung der Debatte und Analyse von Kapitalismus und Demokratie, die vom Postdemokratie-Diskurs nicht erreicht wird.

Vermittelt man die Analyse der hier angesprochenen Widersprüche, die aus dem kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus erwachsen, von Bowles und Gintis mit der von McCarthy (vgl. 2009), erhält man paradigmatisch die Kritik am Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie. Leitmotivisch geht es um die Darstellung des unversöhnlichen Widerspruchs zwischen universalistischen Prinzipien, wie sie in der liberalen Theorie aufzufinden sind und den Realitäten von Macht und Ausbeutung – u.a. in den Gestalten von Rassismus, Imperialismus und Kolonialismus (McCarthy 2009: 17, 168f., 206f.).

Im Prinzip wird in diesen Analysen fortgesetzt, was in der frühen Kritischen Theorie mit den Darstellungen zum Verhältnis von Liberalismus, Kapitalismus und Faschismus – vor allem in Arbeiten von Horkheimer und Marcuse – begonnen wurde (vgl. Sünker 2006). Geht es zum einen bei Marcuse darum zu zeigen, wie die Lösung kapitalistischer Krisen – als Ausdruck gesellschaftlicher Widersprüche – in der liberalen Gesellschaft im Faschismus enden kann, so handelt es sich zum anderen bei Horkheimer um die „Racket-Theorie“, mit der er – gesellschaftsgeschichtlich akzentuiert – diesen Übergang zu verstehen sucht.

„Die neue Ordnung bezeichnet einen Sprung in der Transformation der bürgerlichen in die unvermittelte Herrschaft und setzt doch die bürgerliche fort. Die Nationalsozialisten fallen aus der Entwicklung nicht heraus, wie die Rede, sie seien Gangsters es unterstellt [...], sondern die gesellschaftliche Entwicklung geht aus ihrem eigenen ökonomischen Prinzip heraus in die Gangsterherrschaft über“ (Horkheimer zit. nach Sünker 2006: Anm. 4).

III.

Was bleibt? Gesetz wird hier auf den Zusammenhang von demokratischer Bildung und Bildung der Demokratie (s. Sünker 2007), mit dem ein – emphatischer – Begriff von Bildung und die Gestaltung demokratischer gesellschaftlicher Verhältnisse zusammen gedacht werden. Voraussetzung ist dafür zum einen eine Realanalyse der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse – also des gegenwärtigen (Zu)Standes von Kapitalismus und ‘Demokratie’. Voraussetzung

Falk und Galtung – mit 14-16 Millionen Opfern – s. weiter aktuell zur Debatte Williams (2012) und McCoy (2013).

dafür zum anderen ist die Erinnerung daran, dass „Mündigkeit“ zum einen die zentrale Kategorie kritischer Bildungstheorie und zum anderen von kritischer Subjekttheorie ist (Heydorn 1979, 1980; Adorno 1971).¹⁵

Adorno argumentiert dazu in seinen Beiträgen in „Erziehung zur Mündigkeit“ historisch-systematisch in mehrerlei Hinsicht:

- 1) „Der Stellenwert der Erziehung zur Realität dürfte historisch wechseln. Trifft aber zu, was ich vorhin angedeutet habe: daß die Realität so übermächtig geworden ist, daß sie den Menschen sich von vornherein aufzwingt, so würde wohl jener Anpassungsprozeß heute eher automatisch besorgt. Erziehung durchs Elternhaus, soweit sie bewußt ist, durch die Schule, durch die Universität hätte in diesem Augenblick des allgegenwärtigen Konformismus vorweg eher die Aufgabe, Widerstand zu kräftigen, als Anpassung zu verstärken“ (Adorno 1971: 110).
- 2) „Die Möglichkeit ist allein, all das in der Erziehung bewußt zu machen, also etwa, um noch einmal auf Anpassung zu kommen, anstelle der blinden Anpassung die sich selbst durchsichtige Konzession zu setzen dort, wo das unausweichlich ist, und auf jeden Fall anzugehen gegen das verschlammte Bewußtsein. Das Individuum, würde ich sagen, überlebt heute nur als Kraftzentrum des Widerstandes“ (1971: 11).
- 3) „[...] daß also die einzige wirkliche Konkretisierung der Mündigkeit darin besteht, daß die paar Menschen, die dazu gesonnen sind, mit aller Energie darauf hinwirken, daß die Erziehung eine Erziehung zum Widerspruch und zum Widerstand ist“ (1971: 145).

¹⁵ Ein glänzendes Beispiel für die Vermittlung dieser beiden Perspektiven, damit des Verhältnisses von Bildung und Politik in konkreten Konstellationen, gibt Heydorn am Beispiel der Aufklärungspädagogik, so dass dies eine analytische Folie zu bilden vermag: „Ein Bildungskonzept ist nur so weit progressiv als die Kräfte, die es vertreten, zugleich einen direkten politischen Kampf um die Veränderung der Gesellschaft führen. Nur damit werden die Möglichkeiten der Bildung aktualisiert, wird Bildung zu einem bedeutsamen Moment in der Auseinandersetzung. Bildung für sich selbst vermag wenig, sie ist keine List der Vernunft. Der Entwurf der Produktionsbildung erhielt seine befreiende Möglichkeit durch eine selbstbewußte, revolutionsbereite bürgerliche Klasse, die sich zeitweilig dem anhebenden Proletariat verbinden konnte. In dem Augenblick, in dem diese Voraussetzung entfiel, schlug die Produktionsbildung in ihr Gegenteil um, sie stabilisierte die bestehende Herrschaft. Ohne transzendierende Kategorien, ohne die formale, abstrakte Klammer um das Materiale, ein Koordinatensystem der Erkenntnis, ohne den direkten Kampf wurde die Produktionsbildung zu einem Mittel, die Nase des Menschen wie die eines Schweines an der Erde zu halten. An die Materie geklebt, der Determination unterworfen, Arbeitsteilung und Klassenherrschaft, wurde der Mensch durch Bildung zur Arbeit für andere gebracht, durfte er lernen, sich für die Entwicklung der Produktion zu schinden“ (Heydorn 1980: 109f.).

Demokratie lebt demzufolge von der Reflexionsfähigkeit, der gesellschaftlichen Urteilskraft und der politischen Handlungskompetenz ihrer Bürgerinnen und Bürger, lebt weiter von der Vorstellung, dass Mündigkeit performativ ist, in Prozessen von Widerstand und Widerspruch – als Herausforderung für Herrschaft und Konformismus – sich bildet.

Literatur

- Adorno, Th. W. 1971: Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit H. Becker 1959-1969. Frankfurt am Main
- Benhabib, S. 2006: Citizenship als politisches Problem in Zeiten der Globalisierung. In: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau 29 (H. 52), S. 97-110
- Bollenbeck, G. 1994: Bildung und Kultur. Glanz und Elend eines deutschen Deutungsmusters. 2. Aufl. Frankfurt am Main
- Bourdieu, P. 1984: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main
- 2001: Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft. Frankfurt am Main
- Bowles, S./Gintis, H. 1987: Democracy & Capitalism. Property, Community, and the Contradictions of Modern social Thought. New York
- Castells, M. 1998: End of Millennium. The Information Age. Vol. III. Malden
- Chomsky, N. 1998: Haben und Nichthaben. Bodenheim
- 2000: Chomsky on MisEducation, ed. and introduced by D. Macedo. Lanham
- Crouch, C. 2008: Postdemokratie. Frankfurt am Main
- Deutsches PISA-Konsortium (Hg.) 2001: PISA 2000. Opladen
- Duby, F. 1986: Die drei Ordnungen. Das Weltbild des Feudalismus. Frankfurt am Main
- Duchrow, U. 1995: Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft. Biblische Erinnerung und politische Ansätze zur Überwindung einer lebensbedrohenden Ökonomie. 2. Aufl. Gütersloh und Mainz
- Hartmann, M. 2002: Der Mythos von den Leistungseliten. Frankfurt/M.
- Heydorn, H.J. 1979: Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft. Frankfurt am Main
- 1980: Zu einer Neufassung des Bildungsbegriffs. In: ders.: Ungleichheit für alle. Frankfurt am Main, S. 95-184
- Marx, K. o.J.: Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie. Frankfurt am Main
- McCarthy, Th. 2009: Race, Empire, and the Idea of Human Development. Cambridge
- McCoy, A. 2013: Überwachungsbumerang. Die Formierung des US-amerikanischen Sicherheitsregimes, 1898-2020. In: Lettre International 102, S. 11-16
- Meiksins Wood, E. 1995: Democracy Against Capitalism. Renewing Historical Materialism. Cambridge
- Moore, B. 1982: Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand. Frankfurt am Main

- Polanyi, K. 1978: the Great Transformation. Frankfurt am Main
- Schmied-Kowarzik, W. 1981: Die Dialektik der gesellschaftlichen Praxis. Zur Genesis und Kernstruktur der Marxschen Theorie. Freiburg
- Sünker, H. 2003: Politik, Bildung und soziale Gerechtigkeit. Perspektiven für eine demokratische Gesellschaft. Frankfurt am Main
- 2006: Kritische Theorie und Analyse des Nationalsozialismus. In: M. Heinz/G. Grete (Hg.): Philosophie und Zeitgeist im Nationalsozialismus. Würzburg, S. 67-86
- 2007: Gesellschaft, Demokratie und Bildung. In: H. Sünker/I. Miethe (Hg.): Bildungspolitik und Bildungsforschung: Herausforderungen und Perspektiven für Gesellschaft und Gewerkschaften in Deutschland. Frankfurt am Main, S. 11-44
- /Timmermann, D./Kolbe, F.-U. (Hg.) 1994: Bildung, Gesellschaft, soziale Ungleichheit. Frankfurt am Main
- Theunissen, M. 1982: Selbstverwirklichung und Allgemeinheit. Zur Kritik des gegenwärtigen Bewusstseins. Berlin
- Vester, M. 2004: Die „kanalisierte Bildungsexpansion“. In: Sünker, H./Miethe, I. (Hg.): Bildungspolitik und Bildungsforschung : Herausforderungen und Perspektiven für Gesellschaft und Gewerkschaften in Deutschland. Frankfurt am Main, S. 45-66
- et al. 2001: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Frankfurt am Main
- Williams, H. 2012: Der Herr der Drohnen. Der Präsident und die Fliege im Weißen Haus. In: Lettre International 98, S. 7-14
- Winkler, M. 2010: Freiheit/Zwang/Objektivität/Leere/Subjektivität/Abriechung. In: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau 33 (H. 60), S. 97-114

*Heinz Sünker, Bergische Universität – Gesamthochschule Wuppertal,
Gaufstraße 20, 42097 Wuppertal
E-Mail: suenker@uni-wuppertal.de*



Marie Frühauf & Kathrin Schulze

Soziale Arbeit und ihr empirischer Blick auf die 'Gekreuzten'

Anmerkungen zur Ausgabe „Gekreuzt?!“

Intersektionalität ist in aller Munde und kursiert als neues Stichwort auch in den Debatten um Soziale Arbeit, wenn es darum geht, verschiedene Herrschaftsverhältnisse in ihren Verschränkungen in den Blick zu kriegen. Hierbei wird im Moment vor allem danach gefragt, wie ineinander verwobene Macht- und Herrschaftsverhältnisse empirisch-methodologisch erfasst werden können. Auch die Widersprüche-Ausgabe „Gekreuzt?!“ kreist um solche Fragen und behandelt dabei insbesondere den Mehrebenenansatz, wie er von Nina Degele und Gabriele Winker ausgearbeitet wurde (vgl. 2009). Entsprechend sind die Beiträge im Heft überwiegend darum bemüht, die Forderung nach der empirischen Umsetzung von Intersektionalität als Forschungsprogramm einzulösen und für die Soziale Arbeit fruchtbar und nutzbar zu machen. Von diesem Fokus auf die 'Bereicherung' (Langsdorff 2012: 72) oder den 'Gewinn' (Schrader 2012: 53-55) von Intersektionalität werden wir im Folgenden abrücken und den Blick stärker auf die Kontroversen und Widersprüche richten, die innerhalb der Debatten selber zu finden sind. Denn mit der erfolgreichen Akademisierung der Debatten haben sie sich verstärkt von gesellschaftstheoretischen Fragen abgelöst, wodurch auch zunehmend ihre gesellschaftskritischen Potenziale fraglich werden (vgl. z.B. Gutiérrez Rodríguez 2011). Auf diese Einwände wollen wir in Folgendem eingehen, um dann anschließend die starke Konzentration der Debatten auf die empirisch-methodologischen Umsetzungsmöglichkeiten zu hinterfragen. Denn die theoretischen Probleme sind bisher nach wie vor ungelöst und manifestieren sich u.a. auch in Forschungsansätzen, wie sie beispielsweise von Degele und Winker vorliegen. Abschließend wollen wir einen kurzen Blick auf die Soziale Arbeit werfen und auf die Widersprüche eingehen, die mit einer intersektional orientierten Sozialen Arbeit verbunden sind. Damit werden wir in Folgendem vor allem auf die problematischen Implikationen der derzeitigen Debatten hin-

weisen, wie sie sich u.a. in der Widersprüche-Ausgabe „Gekreuzt!“ beobachten lassen. Dabei geht es uns jedoch nicht darum, Intersektionalität eine generelle Absage zu erteilen, sondern darum, die Diskussionen unter einer gesellschaftstheoretischen Perspektive weiter voranzutreiben.

Anmerkungen zur aktuellen Intersektionalitätsdebatte

Generell ist eine starke Konjunktur von Differenzthematizierungen zu beobachten, die sich beispielsweise in Begriffskarrieren wie der von Intersektionalität, aber auch von Heterogenität, Diversity usw. manifestiert. In Bezug auf solche neueren Begriffe und Ansätze positionieren sich intersektionale Perspektiven nun häufig als herrschaftskritisch und grenzen sich damit insbesondere zu Begriffen wie Diversity ab (so z.B. Winker 2012: 15). Dies geschieht zumeist, indem auf die politischen und theoretischen Interventionen verschiedener *Women of Color* in den USA verwiesen wird, welche als Herkunftsort der Überschneidungsdebatten ausgewiesen und markiert werden.

Trotz dieser Herkunftserzählungen der Bewegungskontexte wird die erfolgreiche Etablierung im wissenschaftlichen Mainstream (Yuval-Davis 2010: 186f.) mit einiger Skepsis beobachtet. So haben sich die Debatten mit ihrer Akademisierung und Disziplinierung zum einen zunehmend von Bewegungskontexten abgelöst, womit eine Schwächung ihrer gesellschaftskritischen Impulse einherging (vgl. Collins 2009: 301f.; Collins 2011: 103; Gutiérrez Rodríguez 2011: 80f.). Zum anderen kann die Intersektionalitätsdebatte neben den Verschiebungen aus den Bewegungskontexten heraus und stärker in die wissenschaftlichen Institutionen hinein im Kontext einer kulturellen Wende situiert werden, die die Debatten um die Fragen nach den Verschränkungen von *gender*, *class* und *race* ähnlich wie verschiedene andere sozialwissenschaftliche Disziplinen vollzogen haben. Gegen strukturalistisch-deterministische Einseitigkeiten ging es hier vor allem um Fragen nach diskursiv-kulturellen Dimensionen von Ungleichheiten und damit verbunden epistemologische Fragen nach Wissens-, Bedeutungs- und Wahrheitsproduktionen (Knapp 2012c: 366). Konstruktivistische und post-strukturalistische Positionen gehen dabei insbesondere gegen naturalisierende und wesensbegründete Vorstellungen von Geschlechtern oder vermeintlichen ‘Rassen’ an und entkleiden diese ihrer vorausgesetzten Natürlichkeit. Aktuell wird jedoch beobachtet, dass im Zuge dessen zum einen ökonomische Verhältnisse vernachlässigt wurden. Zum anderen verabschiedete man sich damit auch mehr und mehr von einer gesellschaftsübergreifenden Perspektive auf Ungleichheitsstrukturen (vgl. Garske 2013). Gudrun-Axeli Knapp spricht in diesem Zusammenhang daher

von einer gesellschaftstheoretischen Baustelle der Intersektionalitätsdebatte (vgl. Knapp 2012a). Aber auch in empirischen Zugängen sind heute überwiegend mikrologisch orientierte Perspektiven auf interaktiv hergestellte Identitäten und auf Diskriminierungserfahrungen der einzelnen benachteiligten Personen oder Gruppen zu finden (vgl. Knapp 2012b: 418, ähnlich auch Collins 2011: 103).

Hierbei handelt es sich insofern um eine Verschiebung, da die anfänglichen Thematisierungen von ineinander verzahnten Herrschaftsverhältnissen in den 1970er und 1980er Jahren nicht nur ökonomisch, sondern auch noch dezidiert gesellschaftstheoretisch rückgebunden waren, wie z.B. in den Positionen des *Combahee River Collective* oder in den Analysen von Angela Davis (*Combahee River Collective* 1982: 16f.; Davis 1982; vgl. hierzu auch King 1988: 69). Dies gilt auch für die Debatten im bundesdeutschen Kontext in den 1980er Jahren und zum Teil auch noch in den 1990er Jahren, wie z.B. für die feministische Rassismuskritik von Annita Kalpaka und Nora Räthzel (vgl. 1985; 1988). Interessanterweise fanden diese Auseinandersetzungen anfangs insbesondere in sozialarbeiterischen Kontexten statt. Die Zeitschrift ‘Informationsdienst zur Ausländerarbeit’ ist insgesamt ein wichtiger Austragungsort der Überschneidungs-Debatten, in denen es vor allem darum ging, eine Pädagogisierung und Kulturalisierung der Ungleichheitslagen der Migrantinnen zurückzuweisen (vgl. die Beiträge von Apostolidou 1980; Tesfa 1984; Eitelmann-Graeff, Ickler & Lohrer 1984; Kalpaka & Räthzel 1985; Kalpaka & Räthzel 1988; Hebenstreit 1988; Lutz 1988).

Angesichts dieser Entwicklungen wird seit geraumer Zeit eine Wiederaufnahme gesellschaftsübergreifender sowie ökonomischer Ungleichheitsfragen eingefordert (vgl. Collins 2011: 103; Klinger 2012: 1), jedoch nicht ohne kulturtheoretische Einsichten und jenseits eines ökonomisch-strukturalistischen Determinismus (Klinger & Knapp 2013: 11f.). Vor dem skizzierten Hintergrund kann nun sowohl der derzeitige Fokus auf die empirisch-methodologische Umsetzung verortet werden, als auch die Bemühungen, eine gesellschaftsübergreifende Ebene wieder in die Intersektionalitätsperspektiven hinein zu holen. Beide Bewegungen sind im Mehrebenenansatz sowie in den Beiträgen der Widersprüche-Ausgabe zu finden, worauf wir im Folgenden eingehen werden.

Empirisch-methodologische Zugänge

Die Reise von Bewegungswissen in den wissenschaftlichen Mainstreams kann in Anlehnung an Sabine Hark als *academic turn* gelesen werden (Hark 2005: 132). In Bezug auf feministisches Wissen und dessen universitäre Institutionalisierung rekonstruiert Hark diejenigen Prozesse, die dazu führen, Bewegungswis-

sen als 'wissenschaftliches Wissen' zu legitimieren. Die Verwissenschaftlichung feministischer Wissensformen bot diesen zum einen eine etablierte Infrastruktur, um weiteres Wissen zu erlangen, zum anderen musste sich dieses 'neue' Wissen den Anforderungen und etablierten Konventionen stellen, die es als 'akademisches Wissen' legitimieren. Zu diesen gehört auch die Form(at)ierung von Wissen, die u.a. eine methodisch-methodologische Umsetzbarmachung verlange. So betont Hark, dass wissenschaftliches Wissen „nach wie vor einen epistemischen Sonderstatus als methodisch gesichertes Wissen [beansprucht]“ (2005: 58). Schaut man auf die aktuelle Forschungslandschaft, erstreckt sich ein Feld methodologischer Kontroversen und eine Flut von unterschiedlichen Versuchen, Intersektionen methodisch 'greifbar' zu machen. In Anlehnung an Ina Kerner kann dies als Tendenz der Operationalisierbarkeit gedeutet werden (Kerner 2012: 204). So betont sie, dass die theoretische (Fort-)Entwicklung von Intersektionalität zunehmend mit Fragen nach Möglichkeiten der empirisch-methodologischen Umsetzung verknüpft sei. Zugespißt bedeutet dies: Intersektionen können nur das sein, was methodologisch und methodisch 'greifbar' gemacht werden kann.

Wirft man nun einen Blick auf die Umsetzungsversuche intersektionaler Programme, werden bestimmte Tendenzen erkennbar, die insbesondere an den Fragen nach der Auswahl der Kategorien und nach der Ebenen-Verortung von Intersektionen zutage treten. Die Frage, welche Kategorien in die Analyse mit einzubeziehen seien, wird konträr diskutiert und stellt sich erneut, wenn es um die empirische Umsetzung von Intersektionalitätsprogrammen geht. Ein weitgehender Konsens besteht allerdings darin, die Auswahl der Kategorien induktiv aus dem empirischen Material zu bestimmen, um so Engführungen und Ausblendungen zu vermeiden und Intersektionalität als „Infragestellen von Masternarrativen“ (Binder & Hess 2011: 33) ernst zu nehmen. Trotz dieser durchaus relevanten Einwände birgt diese Tendenz unseres Erachtens die Gefahr, nur diejenigen Kategorien und Intersektionen in den Blick zu bekommen, die empirisch positiv sichtbar und greifbar werden.

Eine weitere Tendenz, die ein Blick auf die empirischen Umsetzungsversuche verdeutlicht, betrifft die Frage, auf welchen analytischen Ebenen Intersektionen empirisch-methodologisch verortet werden. Auffallend ist hier, dass eine Vielzahl unterschiedlicher Studien ihren methodisch-methodologischen Ausgangspunkt auf den so genannten mikro- und/oder mesotheoretischen Analyseebenen nimmt. Ein exemplarischer Blick in drei aktuelle deutschsprachige Sammelbände (Hess, Langreiter & Timm 2011; Knüttel & Seelinger 2011; Smykalla & Vinz 2011) zeigt, dass hier primär Methoden der Biographieforschung, der Ethnographie, der

Diskursanalyse als auch deren Zusammenführung als geeignet zur empirischen Erforschung von Intersektionen gesetzt werden. Die makrostrukturelle Verortung von Intersektionen geschieht – wenn überhaupt – als Kontextualisierung oder unter anderen begrifflichen Vorzeichen. So spricht beispielsweise Ingrid Jungwirth von der Multidimensionalität sozialer Verhältnisse (Jungwirth 2011: 182) und Patricia Hill Collins von *interlocking oppressions* (vgl. Collins 2009) in die die mikrologischen Intersektionen eingebettet seien.

Wie kann angesichts dieser Befunde nun der Mehrebenenansatz von Degele und Winker eingeordnet werden, der von der Widersprüche-Ausgabe „Gekreuzt?!“ prominent gesetzt wird? Wir verstehen diesen ambitionierten Ansatz sowohl als Antwort auf die bisher ausgemachten empirisch-methodologischen als auch auf die gesellschaftstheoretischen Leerstellen: Auf die Frage nach der Auswahl der Kategorien wird eine Verbindung zwischen induktivem und deduktivem Vorgehen vorgeschlagen. Wie der Name Mehrebenenansatz bereits verspricht soll es zudem um die Inblicknahme von mehreren Analyseebenen gehen. Drei gesellschaftliche Ebenen sollen gesellschaftstheoretisch eingebettet werden in die „kapitalistisch strukturierte Gesellschaft mit der grundlegenden Dynamik ökonomischer Profitmaximierung“ (Winker 2012: 16).

Allerdings sehen wir in diesem Versuch eine Tendenz, auf die beschriebenen Leerstellen nun mit einem potentiell alles umfassenden Analyseanspruch zu antworten, der sich erneut mit Blick auf die Frage nach den einzubeziehenden Analyseebenen als auch nach den Kategorien zeigt. Die Frage, welche Kategorien in die Analyse einbezogen werden, wird dem Anspruch des Mehrebenenansatzes nach durch eine Verbindung von induktiven und deduktiven Vorgehensweisen beantwortet. Damit soll auf der Ebene der Subjektkonstruktionen eine größtmögliche Offenheit in Bezug auf die einzubeziehenden Kategorien gewährleistet werden, während Klasse, Geschlecht, 'Rasse' und Körper deduktiv als Strukturkategorien kapitalistischer Gesellschaften gefasst werden. Trotz der expliziten Betonung von vier Strukturkategorien ist der Mehrebenenansatz daraufhin zu befragen, ob hier nicht doch implizit allumfassende Ansprüche formuliert werden. Denn unter die vier genannten Kategorien werden relativ viele verschiedene Dimensionen subsumiert. Beispielsweise werden unter die Kategorie Körper Hierarchisierungen und Differenzierungen aufgrund „körperlicher Merkmale wie Alter, Attraktivität, Generativität und körperliche Verfasstheit“ (Degele & Winker 2009: 123) und des Weiteren allgemeine Optimierungszwänge wie Fitness, Jugendlichkeit usw. gefasst (ebd.). Ebenso lassen sich unter Geschlecht und 'Rasse' weitere Unterkategorien ausmachen (Degele & Winker 2009: 56f.). Es entsteht folglich der Eindruck, dass sich hinter den vier gesetzten Strukturkategorien doch deutlich mehr Kategorien

verbergen und dass der Versuch, so viele Kategorien wie möglich einzubeziehen, auch auf der Strukturebene fortgeführt wird.

In Bezug auf die Frage nach den einzubeziehenden Analyseebenen plädieren Degele und Winker dafür, neben Identitätskonstruktionen in Interaktionsprozessen, wie sie z.B. in *doing*-Ansätzen fokussiert werden, und neben eher poststrukturalistischen Perspektiven auf kulturelle Repräsentationen und Diskurse auch eine gesellschaftsübergreifende Strukturebene in die Analyse zu integrieren. Das Zusammenwirken der unterschiedlichen Analyseebenen wird mit einer weiteren theoretischen Perspektive in Anlehnung an Pierre Bourdieu praxeologisch begründet. Hier bleibt zu fragen, ob Bourdieus Praxeologie nicht verkürzt übersetzt wird als Möglichkeit, die es erlaubt, ungeachtet der wissenschaftstheoretischen Provenienzen die unterschiedlichen Ansätze zu kombinieren (vgl. hierzu auch Kubisch 2012).

Abgesehen davon wird an diesem Punkt das Bestreben nach einer umfassenden Inblicknahme aller Ebenen sowie ihrer Wechselwirkungen letztlich jedoch als Analyse von Identitäts- bzw. Subjektkonstruktionen realisiert, die dann anschließend gesellschaftstheoretisch bzw. kapitalismustheoretisch kontextualisiert wird (vgl. hierzu Kerner 2012: 209). So werden unterschiedlich benachteiligte AkteurInnen und ihre Selbstpositionierungen in qualitativen Interviews als Ausgangspunkt der Mehrebenen-Analyse gesetzt, um deren spezifische Lebensverhältnisse differenzierter in den Blick zu kriegen und die Perspektive der AkteurInnen selber stark zu machen. Dadurch wird der Fokus allerdings auf Kreuzungen und Erfahrungen innerhalb von Individuen gelegt. Für die daran anschließende gesellschaftstheoretische Kontextualisierung bleibt unklar, ob sie nicht letzten Endes doch von den Benennungen und Thematisierungen der Interviewten abhängig gemacht wird, da diese nur bezüglich expliziter Verweise in den Interviews zum Einsatz kommen soll (Winker 2012: 20).

Diese problematische Verschaltung der Ebenen wird in dem Heft u.E. auch treffend von Michael May kritisiert (vgl. 2012). Dafür muss allerdings ein Korrektiv nicht außerhalb der Intersektionalitätsdebatte gesucht werden. Innerhalb der Intersektionalitätsdebatte selber findet man klare Positionen dazu. So werden solche Verknüpfungen bspw. von Yuval-Davis dahingehend problematisiert, dass die soziale Position in sozioökonomischen Machtgefügen und die erfahrungsbedingten Perspektiven von Menschen darauf sowie ihre normativen Wertssysteme nicht ineinander aufgehen und daher gesellschaftsanalytisch auseinandergehalten werden müssen (Yuval-Davis 2010: 189).

Wir wollen vor diesem Hintergrund dafür plädieren, die allumfassenden und alles integrierenden Ansprüche, die die aktuellen Debatten und empirischen

Umsetzungsversuche stark prägen und die in ihrer Nahansicht unweigerlich Verkürzungen aufweisen, stärker zu reflektieren und auf ihre Grenzen hin zu befragen. Im Gegensatz zu Ganzheitlichkeitsansprüchen sollte es um eine präzise perspektivische Konturierung und das Aufzeigen der eigenen Aussagegrenzen gehen.

Intersektionale Soziale Arbeit und ihr Blick auf die 'Gekreuzten'

Betrachtet man nun die empirischen Umsetzungsversuche von Intersektionalität in der Sozialen Arbeit in der Widersprüche-Ausgabe, fällt zum einen erst mal auf, dass eine Verbindung von Intersektionalität und Sozialer Arbeit einheitlich als Bereicherung für Soziale Arbeit angesehen wird, die es gilt, nutzbar zu machen und auszubauen (vgl. Langsdorff 2012; Schrader 2012). Vor diesem Hintergrund stellt sich für uns die Frage, in welchem Sinne Intersektionalität nutzbar gemacht werden soll und welche Implikationen damit einhergehen.

Unseres Erachtens wird der Anschluss an Intersektionalität in den Beiträgen insbesondere über zwei Aspekte hergestellt, die wir problematisieren wollen. Der erste Anschlusspunkt bildet die Verortung Sozialer Arbeit als einer Instanz, die Differenz und Ungleichheit bearbeitet. Dabei wird Soziale Arbeit in den Beiträgen aber nicht eingebettet als konstitutiver Bestandteil von Sozialstaatlichkeit und somit auch nicht als strukturell involviert in die (Re-)Produktion intersektionaler Herrschaftsverhältnisse betrachtet. Stattdessen werden Ungleichheitsverhältnisse in den Beiträgen außerhalb der Sozialen Arbeit verortet. Diese Verortung außerhalb der Sozialen Arbeit lässt diese dann vor allem als eine Instanz in den Blick geraten, der es möglich sei, zur Stärkung der Handlungsfähigkeit ihrer AdressatInnen beizutragen (vgl. die Beiträge von Winker und Schrader), oder die ihre 'Fälle' gesellschaftsstrukturell einzubetten hat, um ein politisches Mandat begründen zu können (vgl. Langsdorff 2012). Im Beitrag von Susanne Dern und Ulrike Zöllner wird sie gar im Anschluss an Silvia Staub-Bernasconi als „agency of social chance“ (Dern & Zöllner 2012: 93) markiert. Dern und Zöllner warnen zwar vor Diskriminierungsgefahren innerhalb von Beratungssettings, verorten diese aber als unbewusste Effekte im Handeln von SozialarbeiterInnen und nicht als Soziale Arbeit strukturell prägendes Moment.

Die zweite Anschlussstelle an Intersektionalität, die im Heft vorgenommen wird und mit ersterer zusammenhängt, ist die überwiegende Verortung der Verschränkungen in den einzelnen 'gekreuzten' Individuen und/oder in spezifischen Gruppen. Für diesen Fokus auf verschiedene Gruppen, der im Mehrebenenansatz z.T. selber angelegt ist, ist unseres Erachtens Soziale Arbeit besonders empfänglich, setzt diese doch schnell an den zu analysierenden und sozialpädagogisch zu

bearbeitenden 'Fällen' an. Intersektionale Forschungsprogramme können daher auch in bester Absicht leicht dazu tendieren, nun die verschiedenen Gruppen 'genauer', differenzierter zu erfassen und zu 'erkennen' und damit potenziell auch wohlfahrtsstaatlich-sozialtechnologisch bearbeitbar zu machen, wie Cornelia Klinger oder auch Christine Riegel kritisch anmerkten (Klinger 2012: 16-18; Riegel 2010: 85). Diese ambivalenten Effekte werden u.E. bisher unter dem Druck der empirischen Umsetzbarkeit noch unzureichend berücksichtigt.

So ist beispielsweise in der Widersprüche-Ausgabe die Studie von Kathrin Schrader (vgl. 2012) zwar nicht allein auf die Bearbeitung der AdressatInnen fokussiert und es wird auch immer wieder eine gesellschaftliche und kapitalismustheoretische Rückbindung gefordert und zum Teil auch z.B. für die politischen Handlungsempfehlungen zum Schluss herangezogen. Dennoch setzt die Analyse wieder bei den Identitäts- bzw. Subjektkonstruktionen und den daraus generierten, tendenziell vereinschaftlichenden Typen der spezifisch 'gekreuzten' Gruppe der drogengebrauchenden Sexarbeiterinnen an. Diese werden daraufhin erforscht und typologisiert, inwiefern sie sich den abwertenden und stereotypisierenden Normierungen widersetzen oder nicht (ebd.: 55f.), inwiefern sie herrschaftskritisch sind (ebd.: 62) oder inwiefern sie selber rassistische und entsolidarisierende Einstellungen und Vorurteile haben (ebd.: 59). Anschließend werden individualisierte sozialpädagogische Empowerment-Strategien zur Bearbeitung der drogengebrauchenden Sexarbeiterinnen generiert. Damit entsteht an manchen Stellen der Eindruck, dass trotz der Verweise auf Gesellschaft der Fokus immer wieder auf die Überschneidungen in den Einzelnen und deren 'Erkennen', bzw. auch ihr je spezifisches Zurückweisen herrschaftsförmiger Verhältnisse gleitet, an welchen sozialpädagogische Bearbeitungsstrategien ansetzen sollen. Die 'Kreuzung' der Herrschaftsverhältnisse wird in die Individuen hinein verlagert, rassistische Verhältnisse werden insbesondere im Hinblick auf die Einstellungen von drogengebrauchenden Sexarbeiterinnen beschrieben. Die Verschränkungsfrage wird damit auf die Feststellung verkürzt, dass auch diejenigen, denen auf der einen Ungleichheitsachse eine niedrige Position zukommt, bezüglich anderer Ungleichheiten wenig Empfinden haben und hier diskriminierende Einstellungen aufweisen. Die vereinzelt Verortungen in Gesellschaft und auch die gesellschaftspolitischen Forderungen zum Schluss wie z.B. die nach einer allgemeinen Anerkennung von Sexarbeit als Arbeit oder auch die nach breiten Bündnissen gegen Gentrifizierung stehen insgesamt eher relativ lose neben der eigentlichen Analyse, in welcher es vor allem um die Selbstkonstruktionen der einzelnen 'Gekreuzten' geht.

Den Fokus auf die Einzelnen wollen wir auch im Hinblick auf die Fachkräfte problematisieren, die im Heft zwar weniger als 'Gekreuzte' in den Blick geraten, jedoch soll es auch bei ihnen nun verstärkt um ein besseres und vorurteilsfreieres 'Erkennen' gehen bzw. um ein besseres intersektionales Fallverstehen (vgl. Langsdorff 2012: 86f.; Dern & Zöller 2012). So geht es insbesondere bei Dern und Zöller darum, inwiefern die Fachkräfte einen differenzierteren, möglichst gesellschaftskritischen und strukturellen Blick auf ihre AdressatInnen werfen. Auch wenn es entscheidende Effekte hat, wie die Fachkräfte ihre AdressatInnen anrufen, bearbeiten, unterstützen oder stigmatisieren und abwerten, ist jedoch auch hier ein stärker gesellschaftsstruktureller Blick notwendig, der nicht die diskriminierenden Einstellungen der Fachkräfte zur Hauptgefahr von Ungleichheiten erklärt. Soziale Arbeit muss zum einen in ihren ambivalenten institutionalisierten Zugriffen auf bestimmte Bevölkerungsgruppen analysiert werden, welche sich nicht allein über die Einstellungen und Vorurteile von Fachkräften realisieren, sondern in ihrer historisch-spezifischen sozialstaatlichen Vermittlung auf ihre Herrschaftsförmigkeit hin befragt werden müssten. Dieser sozialstaatlichen Einbindung entkommen auch intersektionale Zugriffe nicht per se. Sie können daher nicht jenseits dieser verortet werden, auch wenn sie starke Verbindungen zu Bewegungskontexten aufweisen, wie das für Intersektionalität immer wieder betont wird. Zum anderen müsste Soziale Arbeit selber stärker im Hinblick auf Macht- und Herrschaftsverhältnisse verortet werden, d.h. in Bezug auf Klassen-, Geschlechter- sowie in Bezug auf rassistische Verhältnisse. Damit kann sie auch als spezifisch abgewertete und vergeschlechtlichte Sorgearbeit sichtbar werden, welche häufig in relativ prekären Arbeitsverhältnissen stattfindet.

Wir möchten daher mit einem Plädoyer dafür enden, sich wieder stärker den gesellschaftstheoretischen 'Baustellen' von Intersektionalität zuzuwenden. Die aktuell stark forcierten Bemühungen empirischer Umsetzungsmöglichkeiten sind auf ihre allumfassenden Ansprüche hin zu befragen, hinter denen sich zum Teil nach wie vor eine starke Fokussierung auf oder Ausgangssetzung von Identitätskonstruktionen der 'Gekreuzten' verbirgt, welche deutlicher ausgewiesen werden müsste. Für die Soziale Arbeit plädieren wir dafür, Intersektionalität nicht schlicht für die Profession und Disziplin 'nutzbar' zu machen oder sich auf die Analyse intersektionaler 'Fälle' oder intersektionaler Identitäten zu beschränken, die nun genauer erfasst und kartographiert werden. Sondern die historisch-spezifische gesellschaftliche Einbindung Sozialer Arbeit selber sollte stärker in der Verschränkung verschiedener Herrschafts- und Kräfteverhältnisse in den Blick genommen werden. Wie diese genau aussehen könnte, ist nach wie vor offen.

Literatur

- Apostolidou, Natascha 1980: Arbeitsmigrantinnen und deutsche Frauenbewegung. Für die Frauenbewegung auch wieder nur 'Arbeitsobjekte'? In: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, H. 2, S. 143-146
- Binder, Beate/Hess, Sabine 2011: Intersektionalität aus der Perspektive Europäischer Ethnologie. In: Hess, Sabine/Langreiter, Nikola/Timm, Elisabeth (Hg.): Intersektionalität revisited. Empirische, theoretische und methodische Erkundungen. Bielefeld, S. 15-54
- Collins, Patricia Hill 2009 [2000]: Black Feminist Thought. Knowledge, consciousness, and the politics of empowerment. New York
- 2011: Piecing Together a Genealogical Puzzle: Intersectionality and American Pragmatism. In: European Journal of Pragmatism and American Philosophy, Jg. 3, H. 2, S. 88-112
- Combahee River Collective 1982: A Black Feminist Statement. In: Hull, Gloria T./Bell Scott, Patricia/Smith, Barbara (Hg.): All the Women Are White, All the Blacks Are Men, But Some of Us Are Brave. Black women's studies. Old Westbury, New York, S. 13-22
- Davis, Angela 1982: Rassismus und Sexismus. Schwarze Frauen und Klassenkampf in den USA. Berlin
- Degele, Nina/Winker, Gabriele 2009: Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld
- Dern, Susanne/Zöller, Ulrike 2012: Diskriminierungsrisiken im Beratungsalltag. In: Widersprüche, Jg. 32, H. 126, S. 93-105
- Eitelmann-Graeff, Hanni/Ickler, Christel/Lohrer, Karin 1984: Ausländische Frauen im Frauenhaus. In: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, H. 4, S. 41-43
- Garske, Pia 2013: Intersektionalität als Herrschaftskritik? Die Kategorie 'Klasse' und das gesellschaftskritische Potenzial der Intersektionalitäts-Debatte. In: Kallenberg, Verena/Meyer, Jennifer/Müller, Johanna M. (Hg.): Intersektionalität und Kritik. Neue Perspektiven für alte Fragen. Wiesbaden, S. 245-263
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación 1999: Intellektuelle Migrantinnen – Subjektivitäten im Zeitalter von Globalisierung. Eine postkoloniale dekonstruktive Analyse von Biographien im Spannungsverhältnis von Ethnisierung und Vergeschlechtlichung. Opladen
- 2011: Intersektionalität oder: Wie nicht über Rassismus sprechen? In: Hess, Sabine/Langreiter, Nikola/Timm, Elisabeth (Hg.): Intersektionalität revisited. Empirische, theoretische und methodische Erkundungen. Bielefeld, S. 77-100
- Hark, Sabine 2005: Dissidente Partizipation. Eine Diskursgeschichte des Feminismus. Frankfurt am Main
- Hebenstreit, Sabine 1988: Feministischer Ethnozentrismus und Wege zum Verstehen. In: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, H. 3, S. 28-31
- Hess, Sabine/Langreiter, Nikola/Timm, Elisabeth (Hg.) 2011: Intersektionalität revisited. Empirische, theoretische und methodische Erkundungen. Bielefeld

- Jungwirth, Ingrid 2011: Geschlechtliche Konfigurationen in grenzüberschreitenden Berufsverläufen von Migrantinnen. In: Smykalla, Sandra/Vinz, Dagmar: Intersektionalität zwischen Gender und Diversity. Theorien, Methoden und Politiken der Chancengleichheit. Münster, S. 177-194
- Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora 1985: Paternalismus in der Frauenbewegung?! Zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen eingewanderten und eingeborenen Frauen. In: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, H. 3, S. 21-27
- 1988: „Ausländerfeindlichkeit“ und Rassismus in der BRD. Eine Kritik gegenwärtiger Erklärungsansätze. In: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, H. 1, S. 29-39
- Kerner, Ina 2012: Questions of intersectionality: Reflections on the current debate in German gender studies. In: European Journal of Women's Studies, Jg. 19, S. 203-218
- King, Deborah K. 1988: Multiple Jeopardy, Multiple Consciousness: The Context of Black Feminist Ideology. In: Signs: Journal of Women in Culture and Society, Jg. 14, H. 1, S. 42-72
- Klinger, Cornelia 2012: Für einen Kurswechsel in der Intersektionalitätsdebatte. Online verfügbar unter: www.portal-intersektionalitaet.de [zuletzt geprüft am 04. 2013]
- Knapp, Gudrun-Axeli 2012a [2010]: „Intersectional Invisibility“. Anknüpfungen und Rückfragen an ein Konzept der Intersektionalitätsforschung. In: Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): Im Widerstreit. Feministische Theorie in Bewegung. Wiesbaden, S. 461-482
- 2012b [2005]: Traveling Theories: Anmerkungen zur neueren Diskussion über „Race, Class, and Gender“. In: Knapp, Gudrun-Axeli (Hg.): Im Widerstreit. Feministische Theorie in Bewegung. Wiesbaden, S. 403-427
- Knüttel, Katharina/Seelinger, Martin 2011: Intersektionalität und Kulturindustrie. Zum Verhältnis sozialer Kategorien und kultureller Repräsentation. Bielefeld
- Kubisch, Sonja 2012: Differenzensible Forschung in der Sozialen Arbeit. Intersektionalität nach rekonstruktivem Verständnis. In: Effinger, Herbert/Borrmann, Stefan/Gahleitner, Silke Brigitta/Köttig, Michaela/Kraus, Björn/Stövesand, Sabine (Hg.): Diversität und Soziale Ungleichheit. Analytische Zugänge und professionelles Handeln in der Sozialen Arbeit. Leverkusen, S. 97-108
- Langsdorff, Nicole von 2012: Intersektionalitätsanalytischer Ansatz im Kontext von Jugendhilfe. In: Widersprüche, Jg. 32, H. 126, S.72-90
- May, Michael 2012: Das Paradigma von Intersektionalität und das Erbe eines kritisch-reproduktions-theoretisch orientierten Forschens in der Tradition von Marx. In: Widersprüche, Jg. 32, H. 126, S. 29-49
- Lutz, Helma 1988: Brücken schlagen. Einige Dilemmas türkischer „Mitlerinnen“. In: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, H. 3, S. 32-38
- Riegel, Christine 2010: Intersektionalität als transdisziplinäres Projekt. Methodologische Perspektiven für die Jugendforschung. In: Riegel, Christine/Scherr, Albert/Stauber, Barbara (Hg.): Transdisziplinäre Jugendforschung. Grundlagen und Forschungskonzepte. Wiesbaden, S. 65-89
- Smykalla, Sandra/Vinz, Dagmar 2011: Intersektionalität zwischen Gender und Diversity. Theorien, Methoden und Politiken der Chancengleichheit. Münster

- Schrader, Kathrin 2012: Intersektionale Perspektiven in der Sozialen Arbeit – Ein produktiver Forschungsansatz in der Arbeit mit Drogengebrauchenden Sexarbeiterinnen. In: Widersprüche, Jg. 32, H. 126, S. 53-69
- Tesfa, Wassy 1984: Der alltägliche Rassismus gegen Frauen. In: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, H. 3, S. 38-40
- Winker, Gabriele 2012: Intersektionalität als Gesellschaftskritik. In: Widersprüche, Jg. 32, H. 126, S. 13-26
- Yuval-Davis, Nira 2010: Jenseits der Dichotomie von Anerkennung und Umverteilung: Intersektionalität und soziale Schichtung. In: Lutz, Helma/Herrera Vivar/Maria Teresa/Supik, Linda (Hg.): Fokus Intersektionalität. Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzeptes. Wiesbaden, S. 185-201

Marie Frühauf, Universität Duisburg-Essen,
Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik, Berliner Platz 6-8, 45127 Essen
E-Mail: marie.fruehauf@uni-duisburg-essen.de

Kathrin Schulze, Universität Duisburg-Essen,
Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik, Berliner Platz 6-8, 45127 Essen
E-Mail: kathrin.schulze@uni-due.de

express ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT		Niddastraße 64, 60329 FRANKFURT Tel. (069) 67 99 84 express-afp@online.de www.express-afp.info
	Ausgabe 10/13 u.a.:	O Probelesen! 4 aktuelle Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. V.k.)
	<ul style="list-style-type: none"> • Nadja Rakowitz: »Vom Elend und Nutzen der Schutzbefohlenen«, über ver.di und die Gruppe »Lampedusa in Hamburg« • Thomas Gehrig & Kirsten Huckenbeck: »Im permanenten Krisenmodus«, über lohnarbeitszentrierte Sozialsysteme und soziale Infrastruktur, Teil I • Andreas Bachmann: »No way to equal pay«, über den DGB-Tarifabschluss zur Leiharbeit • StS: »Kein Eingriff in die Freiheit«, Tarifvertrag mit der Meyer-Werft und Bundesratsinitiative zu Werkverträgen • Slave Cubela »Klasse gemacht!«, zum 50. Geburtstag von E.P. Thompsons »Making of the English Working Class« • Ravi Ahuja: »Der Unterschied im Ähnlichen«, über die historischen Hintergründe akt. Arbeitskämpfe in Indien 	

JEP

Journal für Entwicklungspolitik



Ausgaben 2013:

- 1-2013 Sexualitäten und Körperpolitik
- 2-2013 Trading Knowledge
- 3-2013 Gutes Leben für alle: Ein europäisches Entwicklungsmodell
- 4-2013 Southern Africa: 20 Years Post-Apartheid

Bestellungen:

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
Sensengasse 3, A-1090 Wien, Fax + 43 - 1 - 317 40 15
office@mattersburgerkreis.at, www.mattersburgerkreis/jep
Einzelheft: € 11,90, Jahresabonnement: € 42,00

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

303 Aneignungskämpfe in Geschlechterverhältnissen

FRIGGA HAUG: Menschsein können als Frau. Editorial
MEG LUXTON: Unsere Geschichte und Politik zurückgewinnen
S. HOFMEISTER, A. BIESECKER & U. v. WINTERFELD: Draußen? Zur Dialektik von Enteignung und Aneignung
RUTH MAY: Inbesitznahme des Städtischen

SABINE PLONZ: Prekarisierung hinter sich lassen, ohne Prekarität zu leugnen
F. HAUG: Was bringt Gramsci für eine feministische Politik in der Linken?
INES PHILIPP: Machtaneignung. Venezolanische Erfahrungen

W.-D. NARR: Die BRD - ein Land (fast) ohne Schatten; u.a.

Einzelheft 12 €; Abo: 6 Hefte pro Jahr 59 € (ermäßigt 45 €) zzgl. Versand
Abo & Versand · versand-argument@t-online.de Redaktion DAS ARGUMENT · Argument Verlag
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin Glashüttenstraße 28 · 20357 Hamburg
Tel: +49-(0)30-611-3983 · Fax: -4270 Tel: +49-(0)40-401800-16 · argument@inkrit.org



Aktionskonferenz Care Revolution

„Her mit dem guten Leben – für alle weltweit!“

Soziale Reproduktion betrifft uns alle – es geht um unser Leben, unseren Alltag: Wie und mit wem wollen wir wohnen? Wie sorgen wir für uns und andere? Wie wollen wir gepflegt werden und wie kann gute Gesundheitsversorgung aussehen?

Viele Menschen arbeiten in diesen Bereichen – einige bezahlt, andere unbezahlt. Wir alle sind darauf angewiesen. Wie also können wir Lebensverhältnisse so gestalten, dass sie unseren Wünschen und Bedürfnissen entsprechen?

Wir laden ein zur Aktionskonferenz:

Austausch ++ Organisation ++ Stärkung ++ Forderungen ++ Aktion

Online unter: <http://care-revolution.site36.net/>

Freitag, 14. März 2014, 14 Uhr bis Sonntag 16. März 2014, 15 Uhr in Berlin

Ort: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Um Anmeldung wird gebeten ab Januar 2014 an: care-revolution@riseup.net

Veranstaltet von: AK Reproduktion, Feministisches Institut Hamburg,
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Her mit dem guten Leben – für alle weltweit!

In Kooperation mit folgenden Initiativen, Netzwerken und Organisationen: Ver.di Betriebsgruppe Charité Berlin, Industrial Workers of the World Köln/Pflege-Betriebsgruppe, Basisgruppe Antifa Bremen – ...ums Ganze!, Arbeitskreis Care der Unabhängigen Frauen Freiburg, Redaktion der Zeitschrift Widersprüche, AK Feminismus der Naturfreundejugend Berlin, ver.di-Pflegenetzwerk der Medizinischen Hochschule Hannover, Nicos Farm e.V. Hamburg, 4in1-Initiative Hannover, Initiative Armut durch Pflege, Frauengruppe Zumutung Reutlin-

Widersprüche. Verlag Westfälisches Dampfboot, Heft 130, 33. Jg. 2013, Nr. 4, 115 – 119

gen-Tübingen, Tagespflege Lossetal, QueerFem AG Interventionistische Linke (iL) Tübingen, BasisGruppe Emanzipation Aschaffenburg, Denknetz Schweiz, QueerFeminismus AG der Interventionistischen Linken Berlin, Wir pflegen – Interessenvertretung begleitender Angehöriger und Freunde in Deutschland e.V., Women in Exile Potsdam, Kotti & Co Berlin, Marche Mondiale des Femmes – Koordination in Deutschland, Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Dresden, Redical [M] Göttingen – ... ums Ganze!, WIDE Switzerland, Gruppe d.i.s.s.i.d.e.n.t. in der Interventionistischen Linken (iL) Marburg, Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Hamburg, ver.di Bezirksfrauenrat Hannover/Leine-Weser, Verein Demokratischer Ärztinnen und Ärzte, Bildungskollektiv Biko, Respect Berlin, Queer-feministische Gruppe 'wider die natur', Infoladen Sabotnik Erfurt, Das feministische Blatt „Wir Frauen“

Krise sozialer Reproduktion

Um für uns und andere zu sorgen, brauchen wir Zeit und Ressourcen aller Art. Dies ist grundlegend für die Verwirklichung unserer Bedürfnisse und Interessen – für ein gutes Leben. In einem kapitalistischen System spielen menschliche Bedürfnisse jedoch nur insofern eine Rolle, als sie für die Herstellung einer flexiblen, kompetenten, leistungsstarken, gut einsetzbaren Arbeitskraft von Bedeutung sind. Sorgearbeit wird gering geschätzt und finanziell kaum unterstützt. Dies gilt insbesondere in der derzeitigen Krise sozialer Reproduktion, die wir als einen zugespitzten Widerspruch zwischen Profitmaximierung und Reproduktion der Arbeitskraft verstehen. Diese soziale Reproduktionskrise hat viele Facetten:

- Staatliche Dienstleistungen decken nicht den steigenden gesellschaftlichen Bedarf an Bildung und Erziehung, Gesundheit und Pflege: An Kinderbetreuung und schulischer Bildung wird gespart; alte und kranke Menschen werden nicht mehr ausreichend versorgt; Menschen mit Beeinträchtigungen erhalten zu wenig Assistenz. Für die staatliche Subventionierung profitabler Güterproduktion, wie der Automobilindustrie, stehen in der Krise Milliarden zur Verfügung, ebenso wie für die Rettung von Privatbanken. In Kindergärten, Schulen, Jugendhilfeeinrichtungen, Krankenhäusern und Pflegeheimen wird nur ein Bruchteil dessen investiert.
- Trotz Fachkräftemangel stagnieren die Löhne von Erzieherinnen, Pflegekräften und anderen sozialen Berufen; sie sichern oft nicht die eigene Existenz, zumal die Kosten für Wohnraum und die allgemeine Lebensführung permanent steigen. Pflege- und Sorgearbeiten unterliegen einem Rationalisierungs-

- druck, der zu Überforderung und Erschöpfung führt und zu Lasten der Qualität der geleisteten Arbeit geht.
- Auch in anderen Berufen nehmen Arbeitsverdichtung und Belastungen ständig zu, steigende Stresserkrankungen wie Depression und Burn-Out zeugen davon.
- Außerdem wachsen die Anforderungen der nicht entlohnten Haus- und Sorgearbeit in Familie, Nachbarschaft und Ehrenamt. Für viele Frauen bedeutet das eine enorme Doppelbelastung – zugespitzt gilt dies für Alleinerziehende. Vielen bleibt kaum Zeit zur Selbstsorge. Menschen mit höheren Einkommen können diese Belastungen teils dadurch reduzieren, dass sie Haushalts- und Pflegehilfen für sich und ihre Angehörigen bezahlen. Oft sind es Migrantinnen, die völlig un abgesichert und zu Niedriglöhnen in privaten Haushalten arbeiten und hier extrem ausgebeutet werden. Solche Care-Migrationsketten setzen globale Ungleichheiten nicht nur voraus, sondern auch fort.
- Menschen, die wegen der Erziehung von Kindern, der Pflege von Angehörigen oder aus anderen Gründen, den Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht entsprechen können oder wollen, sind nach kurzer Zeit den rigiden Bestimmungen von Hartz-IV unterworfen.

Care Revolution als soziale Bewegungen

Ausgehend von diesen alltäglichen Krisenphänomenen setzen wir uns für einen Perspektivenwechsel ein: Menschliche Bedürfnisse und Interessen müssen im Zentrum der Krisendiskussion stehen. Mit einem Aufruf zur Care Revolution geht es außerdem darum, Reproduktionsarbeit neu zu bewerten und umzugestalten. Aus feministischer Perspektive plädieren wir dafür, die für alle Menschen wichtigen Aufgaben in Bildung und Erziehung, Gesundheit und Pflege, aber auch Ernährung und Wohnraum zum Ausgangspunkt unseres politischen Handelns zu nehmen. Hier liegen die Grundlagen menschlichen Lebens. Ein polit-ökonomisches System muss in der Lage sein, diese Bedürfnisse zu befriedigen. Wenn dies wie derzeit nicht geschieht, muss es erneuert bzw. transformiert werden.

Aufgabe der Aktionskonferenz

Wir laden hiermit vor allem regional und kommunal agierende Gruppen in den Bereichen Bildung und Erziehung, Gesundheit und Pflege, Soziale Arbeit, Ernährung und Wohnraum zu einem Wochenende des Austauschs, der Refle-

xion und der politischen Aktion ein. Wir sehen vielfältige Aktivitäten, die an konkreten alltäglichen Lebensbedürfnissen ansetzen: Vom Erzieherinnenstreik 2009 zu den oft regional ausgerichteten Warnstreiks von Pflegekräften, den Ansätzen einer Organisation von Haushaltsarbeiterinnen und den kommunalen Auseinandersetzungen um Kinderbetreuung; von den vielfältigen politischen Auseinandersetzungen einer breiten Bewegung „Recht auf Stadt“, den kraftvollen Protesten gegen Zwangsräumungen, migrantischen Kämpfen um Bewegungsfreiheit bis zum Zusammenschluss selbstorganisierter Hausprojekte im Miethäuser Syndikat und einer Commons-Bewegung, die im Bereich der Daseinsvorsorge alternative Lebensformen erprobt. Aber auch kleinere Initiativen, die sich mit der Aufwertung und Umgestaltung von Sorgearbeit beschäftigen oder sich als Patient_innen zusammengeschlossen haben, sind von Bedeutung.

Mit dieser Aktionskonferenz Care Revolution verfolgen wir folgende Ziele:

- Es gibt regional und je nach Themenbereich sehr unterschiedliche Initiativen. Diese können, so unsere Hoffnung, auf einer Konferenz, in der Austausch im Zentrum steht, viel voneinander lernen.
- Dabei ist es uns wichtig, gerade im Bereich Kindererziehung sowie Pflege die Sichtweisen und Probleme beruflicher Care Worker wie Erzieher_innen und Pflegekräfte mit den Erfahrungen von Menschen mit hohen familiären Sorgeverpflichtungen zusammenbringen. Wir versprechen uns dadurch eine neue Stärke von unten für die weiteren politischen Auseinandersetzungen um den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen in KiTas, Schulen, Krankenhäusern, Altenheimen sowie um eine bessere Entlohnung und humane Arbeitsbedingungen für die dort Beschäftigten.
- Uns ist ebenfalls wichtig, Aktivist_innen aus unterschiedlichen sozialen Auseinandersetzungen um die Daseinsvorsorge miteinander ins Gespräch zu bringen. So können Elterninitiativen eventuell von Mietauseinandersetzungen, Zusammenschlüsse von Patient_innen von selbstorganisierten Hausprojekten, Erzieher_innen von den Pflegestreiks lernen und andersherum.
- Es geht in der Aktionskonferenz also primär um den Austausch von Perspektiven und Erfahrungen und Vernetzung. Gleichzeitig wollen wir damit all diese für das menschliche Leben so notwendigen Bereiche sichtbar machen. Eine Erhöhung der Sichtbarkeit von Reproduktionsarbeit sowie eine Verknüpfung der politischen Aktivitäten im Care-Bereich können zur Stärkung der bereits bestehenden sozialen Kämpfe beitragen.

Ablauf der Aktionskonferenz – von Freitag 17 Uhr bis Sonntag 13 Uhr

Freitag: Kaleidoskop der politischen Care Aktivitäten

- Vorstellung der beteiligten Gruppen
- Verbindung sozialer Interessen und Aktivitäten

Samstag: Workshop-Tag mit Theorie und Praxis

- Inhaltliche Arbeitsphase in Workshops (mögliche Themen der Workshops: Selbstsorge, Kindererziehung, Schulische Bildung, Gesundheit, Pflege, Wohnen, Ernährung, Arbeitsbedingungen in Care Berufen, Commons), möglichst mit Verknüpfung von nicht entlohnter und entlohnter Care Work und/oder Verschränkung verschiedener Thematiken
- Am späten Nachmittag: Care wird sichtbar: Gemeinsame Aktionen auf einem Berliner Platz
- Abends: Die Konferenz tanzt!

Sonntag: Nächste Schritte der Care Revolution

- Arbeit an konkreten Vorschlägen und Vereinbarungen aus den Workshops
- Bündeln der Ergebnisse aus den Workshops
- Wie weiter? Vernetzung

Begleitende Basic-Workshops:

Am Freitag werden am frühen Nachmittag von 14 bis 16 Uhr vier parallel laufende Workshops angeboten, in denen es um Wissensvermittlung und Diskussion relevanter Erfahrungen geht.

Themen der Workshops:

- Politische Aktivitäten im Care Bereich – auch international
- Zur Krise sozialer Reproduktion
- Bedeutung der Care Ökonomie
- Kritik des neoliberalen Zeitregimes



„Nicht ob, sondern wie?“ Oder: Schrittchen für Schrittchen ins Paradies

Über: Jacobi, Dirk/Strengmann-Kuhn, Wolfgang (Hg): *Wege zum Grundeinkommen. Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2012, 155 S., ISBN 978-3-927995-02-4*

Dass die Herstellung dieses Sammelbandes aus der den Grünen nahestehenden Heinrich-Böll-Stiftung von der Stiftung der Deutschen Klassenlotterie unterstützt worden ist, mag manche Leserinnen und Leser zum Schmunzeln bringen. Schließlich nährt sich die Lotterie-Stiftung aus dem Geld, das Menschen ausgeben, um das große Los zu ziehen und unabhängig von der Lohnarbeit zu werden oder um sich zumindest mit mehr Geld auch mehr Muße und soziale Sicherheit für ihr weiteres Leben leisten zu können. Ein Lotteriegewinn wird wohl von kaum jemandem unter normativen Aspekten der Gerechtigkeit diskutiert werden, denn er gilt als Produkt zufälligen Glücks. Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle ist dagegen heftig umstritten. Ja, selbst die unzulänglichen und an reichliche Bedingungen geknüpften Regelsätze der Grundsicherungen werden immer wieder mit dem Vorwurf konfrontiert, Normen der Leistungsgerechtigkeit zu verletzen.

Dirk Jacobi weist in der Einleitung des vorliegenden Buches zu Recht darauf hin, dass die Diskussionen um ein (bedingungsloses) Grundeinkommen (im Folgenden: BGE) nicht nur in Deutschland immer wieder um die zwei Fragen kreisen, ob ein bedingungsloses Grundeinkom-

men „gerecht“ sei „oder nicht“, und: „welche Folgen die Einführung eines Grundeinkommens vermutlich zeitigt und ob diese wünschenswert sind oder nicht“ (7). Statt das Für und Wider ein weiteres Mal zu erörtern wollen die Herausgeber des Bandes die Frage beantworten, wie denn ein Grundeinkommen eingeführt werden könnte. Aus dieser Debatte wollen sie auch „Schlussfolgerungen für die Einführung anderer gesellschaftlicher Reformprojekte ziehen“ (8). Unter realpolitischen Gesichtspunkten der Weiterentwicklung des Sozialstaats in einer ökologisch-sozialen Reformperspektive sind das sicher notwendige Fragestellungen. Aber auch die hier ausgebreitete Debatte leidet darunter, letztlich ein gemeinsames Konzept des BGE oder zumindest die realpolitische Vereinbarkeit disparater BGE-Ansätze zu unterstellen. Schließlich gibt es, wie auch der vorliegende Band zum Ausdruck bringt, sehr unterschiedliche Konkretisierungen des BGE, die sich sowohl in ihren Gesellschaftsanalysen und Begründungen als auch in ihren Zielen und in ihrer konkreten Ausgestaltung unterscheiden. Hier von politischen Vereinbarkeiten und Gemeinsamkeiten auszugehen oder diese anzustreben ist wenig überzeugend.

Den Herausgebern zufolge sind „drei aus strategischer Sicht grundlegende Entscheidungen“ (9) zu treffen. Die erste lautet: „Soll ein Grundeinkommen in einem Schritt eingeführt werden“, um die vorhandenen sozialen Sicherungssysteme „auf einen Schlag“ umzugestalten, oder soll es „mittels einer schrittweisen Reform [...] angestrebt werden?“ (9). Die zweite Frage ist, ob ein Grundeinkommen auf lokaler, nationaler oder internati-

onaler Ebene eingeführt werden soll (10), und die dritte Entscheidung betrifft die Frage, „ob in einer Ein-Themen-Bewegung Unterstützung für das Grundeinkommen gesucht werden sollte oder ob eine Einbettung und eine Verknüpfung mit anderen sozial- und gesellschaftspolitischen Reformprojekten mehr Erfolg verspricht“ (10). Auch diese Fragestellungen sind in einer realpolitischen Reformperspektive zweifellos richtig, selbst wenn sie angesichts der realen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse hierzulande jenen Hauch von gänzlicher Andersartigkeit und Utopie verspüren lassen, der auch Texte zum BGE z.B. aus dem politischen Spektrum der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen kennzeichnet. Diese politische Wahrnehmung oder dieser Eindruck beim Rezensenten rührt wohl daher, dass solche Projekte, egal ob realpolitisch oder radikal reformerisch gedacht, nur auf der Basis starker sozialer und politischer Bewegungen wachsen können. Das ist auch den Herausgebern klar, denn sie benennen offen die „Hindernisse“, die auf dem Weg zum Grundeinkommen auftauchen werden: die widerstreitenden Gerechtigkeitsvorstellungen in der Bevölkerung und die – trotz des weit verbreiteten Traums vom Lotteriegeld – mehrheitliche Befürwortung von Leistungsgerechtigkeit. Hinzu kommt: die mögliche Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Voraussetzungen, der Ausschluss von Teilen der Bevölkerung aus der Teilhabe an Erwerbsarbeit, die Pfadabhängigkeit sozialstaatlicher Umbauprozesse, die der BGE-Idee unzutraglichen politisch-institutionellen Entscheidungsstrukturen, die Position der Gewerkschaften (und anderer gesellschaftlicher Großorganisationen, so ließe

sich ergänzen) zum BGE und schließlich „die Artikulation und Organisation der Grundeinkommensbewegung selbst“ (14). In diesen Hindernissen tauchen die eingangs genannten politisch-normativen Konflikte um Gerechtigkeits- und Normalitätsvorstellungen wieder auf. Was auch kein Wunder ist, denn solche Konflikte sind ein nicht wegzudenkender Bestandteil der (sozial)politischen Verständigung, egal ob man über das Betreuungsgeld, die Praxisgebühr, einen Mindestlohn oder BGE-Konzepte diskutiert. Deswegen treten sie auch in vielen der Texte dieses Sammelbandes wieder hervor, auch wenn er sich „Wege zum Grundeinkommen“ betitelt.

Unter der Überschrift „Reformpfade“ sind Aufsätze von Stephan Lessenich, von Philippe Van Parijs und Yannick Vanderborght (auf Englisch), Sebastian Duwe/Milena Büchs/Nicholas Bardsley, Ulrike Herrmann und Katja Kipping versammelt. Stephan Lessenich (Professor an der Uni Jena, Mitglied der Prokla-Redaktion und Kuratoriums-Sprecher des Instituts Solidarische Moderne) führt in seinem Text „gute Gründe für ein Grundeinkommen plus“ vor (17-33). Dieser äußerst lesenswerte Beitrag – eine Kurzfassung der Expertise zum BGE für die Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2009 – besticht dadurch, dass er das Grundeinkommen als „unverzichtbaren Baustein bei der politischen Konstruktion eines neuen, den gesellschaftlichen Herausforderungen gewachsenen Sozialstaats“ begreift und „begründet (...), warum das Grundeinkommen eben nur *ein* Baustein einer weit aus umfassenderen gesellschaftspolitischen Reformstrategie sein kann“ (17). Lessenichs Argumentation passt übrigens gut

mit der aus der linken emanzipatorischen BGE-Diskussion bekannten „Triadenforderung“ zusammen (BGE + Mindestlohn + Arbeitszeitverkürzung) und ist auch verknüpfbar mit grundlegenden Debatten um einen „demokratischen Sozialstaat“ (vgl. Lessenich/Möhring-Hesse 2004) oder eine „Sozialpolitik als Infrastruktur“, wie sie in der Redaktion des linken Netz und der Zeitschrift *Widersprüche* seit etwa 2004 geführt wird. Er beschreibt das BGE als „materielle Fundierung“ solcher Reformprojekte. Das BGE steht bei ihm für die „Freiheit von...“ und Elementen für eine „Freiheit zu ...“ (28). Lessenichs Text begibt sich zunächst erst einmal ein paar Schritte zurück in die sozialpolitische Diskussion des letzten Jahrhunderts, wenn er mit den „five giants“, den zentralen sozialpolitischen Herausforderungen „Bedarf, Unwissenheit, Krankheit, Elend und Müßiggang“ beginnt, die der Sozialökonom William Henry Beveridge im NachkriegsEngland benannt hatte. Diese formuliert er angesichts der unter der Chiffre der Prekarität wiedergekehrten sozialen Fragen als die „fünf Riesen der Gegenwart“ um: „Arbeit, Bildung, Partizipation, Autonomie, Muße“ (21). *Arbeit* bleibt für Lessenich trotz aller Kritik der Lohnarbeit, trotz „Erosion der Normalarbeit“ und des Wandels von Ansprüchen an und Verständnissen von – dann besser im Plural zu benennenden – Arbeiten erste Bezugsgröße eines zukünftigen Sozialstaats (21/22). Die Bedeutung von *Bildung* als „Zuteilungsmechanismus gesellschaftlicher Lebenschancen“ (22) werde zunehmen und auch bei einer Ausweitung von Bildungschancen zu mehr Konkurrenz im Erwerbsleben führen. Die *Partizipation* an sozialstaatlichen, öffentlichen Leistungen ist für Les-

senich ein „Dreh- und Angelpunkt“ künftiger sozialpolitischer Konflikte. Denn bei der Frage des „freien und gleichen Zugangs zu öffentlichen Leistungen“ geht es darum, wie universell die Partizipation wirklich ist: Ist sie „geschlechtergerecht und herkunftsneutral“? Wie steht es um die „wirtschaftsdemokratischen Ansprüche“, also die Demokratie hinter den Unternehmens-türen? (23). An die Frage der Universalität unmittelbar anknüpfend steht die Anforderung an zukünftige sozialstaatliche Regulierungen, „individuelle *Autonomie*“ zu gewähren im Sinne von „individuellen Optionen des selbstbestimmten Ausstiegs aus beziehungsweise effektiven Widerspruchs in sozialen Abhängigkeitsbeziehungen“ (23). Der fünfte Riese schließlich, die *Muße*, ist jener, der von der aktivierenden, „neozozialen“ Politik der letzten Jahrzehnte am stärksten aufs Korn genommen wurde, obwohl der beschleunigte und flexibilisierte Kapitalismus seinen Arbeitenden die Muße – als Moment der Reproduktion der Arbeitskraft – zugehen müsste, will er sie nicht als ausbeutbare und verwertbare Ressource verlieren. Hier sieht Lessenich das größte Konfliktpotenzial der Zukunft: „Denn erst mit einem Sozialstaat, der sich einem Recht seiner Bürgerinnen und Bürger auf Muße zur Arbeit und Bildung, gesellschaftlicher Partizipation und kollektiver Autonomie verschreibt, wäre die Idee einer umfassenden öffentlichen Verantwortung für das Soziale im 21. Jahrhundert angekommen – und Sir William Beveridge gleichsam vom Kopf auf die Füße gestellt“ (24). Gleichzeitig sieht Lessenich mit der Grundeinkommensidee das hierarchische, sozial selektive lohnarbeitsbezogene Sozialversicherungsprinzip „auf den Kopf“ gestellt (24) – was

auch die Heftigkeit der politischen Debatten zum BGE erklären könnte. Der Rede von der „Entkopplung von Arbeit und Einkommen“ mag Lessenich nicht folgen, sieht er doch zurecht in einem BGE nichts anderes als die „Lockerung des Nexus von Erwerbsarbeitsleistung und Transfereinkommensanspruch auf Individualebene“ (25). Auch dem Gedanken, dass ein BGE den Kapitalismus überwinden könnte, erteilt er mit guten Argumenten eine Absage: „Produktions-, Macht-, Herrschaftsverhältnisse [...]“ werden nicht überwunden, die kapitalistische Reproduktion sozialer Ungleichheit könne von einem BGE alleine nicht aufgelöst werden, ebenso wenig die Geschlechterhierarchien (27). Das „Grundeinkommen plus“ verlangt, soll es tatsächlich eine emanzipatorische Wirkung entfalten, „umfassende, nicht allein auf die Geschlechterdifferenz zentrierte, sondern etwa auch auf die gesellschaftliche Ungleichverteilung von Zeitreichtum und Zeitarbeit zielende gleichstellungspolitische Anstrengungen“ (25). Auf die von allen politischen Seiten vorgebrachten Argumente der fehlenden Leistungsgerechtigkeit und des befürchteten Müßigganges hat Lessenich – u.a. im Rückgriff auf Claus Offe – ebenfalls eine kluge Antwort. In diesem Diskurs erkennt er eine „kulturelle Distanz gegenüber dem ‚Anderen‘ der Erwerbsgesellschaft“, ein mangelndes Vertrauen in eine „grundsätzliche Tätigkeitsbereitschaft“ (30) und die Ignoranz gegenüber der Tatsache, dass auch die sogenannten Leistungsträger der Gesellschaft von „Hintergrundsbedingungen“ profitieren, deren Herstellung nicht ihrer individuellen Arbeit zugerechnet werden kann (31). Ganz defensiv und „gut soziologisch“ schließt er mit Argumenten

aus den Theorien der funktionalen Differenzierung und definiert eine moderne Sozialpolitik mit einem „Grundeinkommen plus“ als „Instrument institutionalisierter ‚Interdependenzunterbrechung‘ zwischen Wirtschaft und Gesellschaft einerseits und Existenzsicherung von Individuen in Gesellschaft andererseits“ (31).

Aus den weiteren Texten im Kapitel „Reformpfade“ fällt der von Duwe, Büchs und Bardsley (57-70) ziemlich heraus, weil er explizit nicht von sozialstaatlichen Pfadentwicklungen ausgeht, sondern fragt, ob und wie sich klimapolitische Regulierungsverfahren mit Finanzierungsmöglichkeiten eines Grundeinkommens verbinden lassen. Die AutorInnen diskutieren dabei marktwirtschaftliche Varianten der Bewältigung von klimaschädlichen Emissionen, Vorschläge zu Pro-Kopf-Klimapauschalen (als verhaltenssteuernde Abgaben) und einem so genannten Pro-Kopf-Klimaeinkommen und gelangen zu dem Ergebnis, dass solche Vorschläge mit den BGE-Konzepten eher nicht zusammengehen.

Die anderen Beiträge hingegen passen zur Überschrift. Van Parijs und Vanderborght stellen nochmals die Grundprinzipien eines BGE vor und diskutieren, mit welchen Herausforderungen die weltweite Migration die Grundeinkommensmodelle konfrontiert. Wie können Grundeinkommenskonzepte den bisherigen (sozial)staatlichen Logiken einer beschränkten, weil auf den (National-)Staatsbürger zentrierten Universalität und jener der Grenzabschottung entkommen? Eine supranationale Perspektive, auch wenn sie noch auf den Raum der EU beschränkt wäre, ist für sie unabdingbar. Dafür wäre aber wieder die Voraussetzung, „die bestehenden Wohlfahrtsstaaten so zu reformieren,

dass ein universelles und bedingungsloses Grundeinkommen zu ihrem innersten Bestandteil wird“ („to reform existing welfare states so that they incorporate at their very core a universal and unconditional basic individual income“) (53).

Die Texte von Ulrike Herrmann (71-73) und Katja Kipping (75-79) sind kurz, aber politisch zugespitzt. Die taz-Redakteurin Herrmann sieht im wachsenden Anteil der Alten an der Bevölkerung und der zunehmenden Gefahr der Altersarmut eine gesellschaftliche Konstellation, die ein Grundeinkommen als Mindestrente durchsetzbar machen wird. Ihre Hoffnung, damit auch die klassische sozialpolitische Trennung von „würdigen“ und „unwürdigen Armen“ auf dem Müllhaufen der Geschichte zu finden, kann der Rezensent nicht teilen. Klassischerweise gehören die Alten zu den würdigen Armen, zweifellos. Aber Ulrike Herrmann übersieht eine Konfliktlinie, die zur Debatte um Altersarmut einfach dazugehört: Der jüngere Sozialstaat hat die Pflicht zur Privatvorsorge und Eigenverantwortung doch recht wirkungsvoll zum Bestand geteilter und umstrittener Gerechtigkeitsvorstellungen gemacht. Es ist nicht ausgeschlossen, dass viele künftige Alte doch zu den „unwürdigen“ Armen gezählt werden, weil sie nicht hinreichend privat vorgesorgt haben. Ob die zur eigenverantwortlichen Risikoversorge Aufgeforderten sich diese wirklich leisten können, spielt in der Moral neosozialer wie neoliberaler Politik keine Rolle.

Katja Kipping (Parteivorsitzende der Linken und Mitglied im Vorstand des „Instituts Solidarische Moderne“) geht davon aus, dass BefürworterInnen eines BGE sich erklären müssen, „welche Ziele mit einem BGE verfolgt werden“ (75). Sie plädiert

für eine Stärkung der Universalität gegen die „Stoßtrupps der bürgerlichen Exklusivität“ (76) und sieht im BGE die „Vollendung eines alten Projektes: der Trennung von Recht und Moral“, weil in modernen Gesellschaften nicht mehr ein verbindliches Konzept des „richtigen Lebens“ unterstellt werden könne (76). Kipping geht also davon aus, dass ein BGE eine finanzielle Absicherung darstellt, die frei von moralischen Ab- oder Aufwertungen von Lebenskonzepten ist. Gegenüber der „Äquivalenzlogik“ der lohnarbeitsfixierten Sicherungssysteme und der „Marktlogik“ sieht sie ein emanzipatorisches Grundeinkommen als „vielleicht konsequentesten Ausdruck einer egalitären Inklusionslogik“ (77) und als „materielle Unterfütterung der demokratischen Grundrechte“ (78). Als Zeugen für diese Position benennt sie Pierre Bourdieu: „Es bedarf eines Minimums an Gestaltungsmacht über die Gegenwart, um [...] überhaupt die Idee in Betracht zu ziehen, die Gegenwart in Bezugnahme auf eine erhoffte Zukunft umzugestalten“ (78). Die Argumentation Kippings kann gut anschließen an die Aussagen Lessenichs zu den aktuellen fünf Riesen Arbeit, Bildung, Partizipation, Autonomie und Muße.

Auf das Kapitel „Reformpfade“ folgen unter der Überschrift „Reformschritte“ vier Texte, die danach fragen, wo im gegenwärtigen Sicherungs- oder Steuersystem und in aktuellen Veränderungsdiskussionen Anknüpfungspunkte für ein Grundeinkommen zu finden sind. Diese Beiträge illustrieren eindrucksvoll, wie unterschiedlich die gesellschaftspolitischen Positionen der BGE-BefürworterInnen sein können.

So will Wolfgang Strengmann-Kuhn (rentenpolitischer Sprecher der grünen

Bundestagsfraktion) mit Ton Steine Scherben „Schritt für Schritt ins Paradies“ und stellt zugleich klar, dass es ihm darum geht, mit diesen Schritten das bestehende soziale Sicherungssystem zu ergänzen. Es wäre auch wirklich schon viel gewonnen, wenn es „im Sinne einer Sockelung ein garantiertes Mindestniveau“ (82) im Bestehenden gäbe. Dass es dabei auf die Höhe des Mindestniveaus entscheidend ankommt, weiß der Bundestagsabgeordnete der Grünen. Sicher auch in Differenz zu vielen seiner ParteifreundInnen nennt er nicht nur einen Regelsatz zwischen 430 und 500 Euro als wahrscheinlich angemessen, sondern spricht sich auch für ein Sanktionsmoratorium und die Abschaffung der Bedarfsgemeinschaft im SGB II aus. Etwas verwirrend ist jedoch seine Argumentation, dass Verbesserungen in der Grundsicherung ohne Schritte in Richtung BGE in eine Sackgasse führen würden. Verwirrend deswegen, weil er die Sackgasse darin sieht, dass sich durch eine Verbesserung der Grundsicherung der Personenkreis der Leistungsberechtigten ausweiten würde (u.a. wegen nicht bedarfsdeckender Erwerbseinkommen). Dem ist entgegenzuhalten, dass es auch bei einem Grundeinkommen zu einer Ausweitung kommen würde, denn hier wären schließlich alle leistungsberechtigt. Als Varianten der schrittweisen Einführung eines Grundeinkommens sieht er einmal Sockelungen im bestehenden System, zum anderen nicht-universelle, gruppenspezifische oder an besonderen Lebenslagen oder Phasen des Lebenslaufs orientierte Grundeinkommen und schließlich die Einführung einer Sozialdividende über eine negative Einkommenssteuer oder „tax credits“. Zur Konkretisierung stellt er eine Reform der

Einkommenssteuer vor, in der ein „partielles Grundeinkommen in Höhe des Regelsatzes der Grundsicherung in die Einkommenssteuer integriert ist“ (86). Ein weiterer Vorschlag ist ein „Garantieeinkommen für Erwerbstätige“, das mehr Menschen den Gang zum Jobcenter ersparen würde als ein Mindestlohn für allein-stehende Vollzeitbeschäftigte, selbst wenn dieser die Bedürftigkeitsgrenze überschreiten würde. Das Garantieeinkommen soll nämlich auch Teilzeitbeschäftigte über die Bedürftigkeitsgrenze heben. Finanziert werden soll es über einen Steuerzuschuss, der sowohl ein Einkommen in Höhe des Regelsatzes sichert, als auch Erwerbseinkommen darüber hinaus „stärker belohnt“ (88). Als gruppenspezifische Variante wird eine Kindergrundsicherung gefordert, die für die Kinder komplett bedarfsdeckend und armutsfest ist (88). Für alte Menschen umreißt er sein Konzept einer „Bürgerrente“, die auf einer umfassenden Bürgerversicherung beruht, die für alle Versicherten eigenständige Ansprüche aufbaut und ein Mindestniveau garantiert (90). Für Erwerbslose will er ein reformiertes Arbeitslosengeld, das sich weiterhin an der Lebensstandardsicherung orientiert und ein Mindestniveau hat, welches ergänzende Leistungen des Jobcenters vermeidet. Im Grunde geht es dabei um eine „erweiterte Sozialversicherung“, die auch Krankengeld, Elterngeld und Leistungen für Pflegende mit einbezieht (91). Für Personen in Aus- und Weiterbildung wird die Öffnung der bestehenden Grundsicherung als pragmatisches Ziel formuliert (91/92).

Die Reformschritte des Theologen und Professors für Sozialethik Franz Segbers führen über ähnliche Baustellen, wobei er in seinem Text (95-107) zunächst noch

einmal Begründungen für ein BGE formuliert. Ihm ist es wichtig, die Forderungen nach einem BGE und die möglichen „Anknüpfungspunkte in den Sozialverfassungen des deutschen Sozialversicherungssystems oder sozialpolitischer Debatten“ als „Politisierungsprozess“ zu sehen (97). In seinen Argumenten für ein BGE ist der schon von Lessenich benannte Zweiklang „Freiheit von“ und „Freiheit zu“ wichtig. Im Unterschied zu Lessenich hat Segbers aber die Hoffnung, dass die „gesellschaftsverpflichtete Selbstaktivierung“ zu einer Wende beitragen könnte, in der sich „selbsttätige und selbstaktive Bürger [...] von einem [...] auch immer entmündigenden Staat“ befreien (98). Ansätze für Übergänge zu einem alternativen Reformpfad sieht Segbers in einer sanktionsfreien Grundsicherung an Stelle des aktuellen SGB II. Er zitiert die Position der Juristin Anne Lenze aus ihrer Expertise für die Friedrich-Ebert-Stiftung, nach der das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Februar 2010 ein neues unverfügbares Grundrecht auf ein soziokulturelles Existenzminimum etabliert habe (99). Deshalb stehe einem Verzicht auf Sanktionen und der Aufgabe des Prinzips „Fördern und Fordern“ nichts mehr im Wege (100). Ethisch sei das Regime des Forderns und der Sanktionen ohnehin nicht zu rechtfertigen. Neben Veränderungen der Grundsicherung sieht der Autor auch Übergänge im Bereich des Elterngeldes und der Pflegezeiten: „Ein dem Elterngeld nachgebildetes und weiter entwickeltes Pflegegeld“ könne die materielle Basis für Care-Arbeiten verbessern und in Kombination mit der Verkürzung von Arbeitszeiten nicht nur zu einer gerechteren Aufteilung der Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern,

sondern auch zur Etablierung eines Verständnisses „der ganzen Arbeit“ beitragen (103). Die Thematisierung der Kindergrundsicherung gehört ebenfalls zu seiner Beschreibung von Potenzialen, „bestehende sozialstaatliche Arrangements [...] im Sinne eines emanzipatorischen Projektes perspektivisch auf ein BGE weiterzuentwickeln“ (107).

Andere 'schrittweise' Vorschläge machen Götz W. Werner und André Presse (109-117), denen es im Wesentlichen darum geht, die Besteuerung von Erwerbsarbeit durch die Besteuerung des Konsums, also eine Erhöhung der Mehrwertsteuer abzulösen und einen Freibetrag dieser, dann massiv erhöhten Mehrwertsteuer als Grundeinkommen zu deklarieren. Das halten sie für zwingend geboten, sind es ihres Erachtens doch „die Konsumenten“, die jede Steuer im Wirtschaftsleben tragen (111). Gerahmt ist dieser Vorschlag von einer Politikkritik, die aus der Perspektive des Bürgers als ‚Unternehmer des Staates‘ formuliert ist (109) und der Hoffnung, dass ein BGE „zu einem vermehrten Interesse am Gemeinwesen beitragen und Initiativen wecken“ kann (110), sowie von der Feststellung, dass die einzelnen Schritte „in der Realität selbstverständlich von der wirtschaftlichen Entwicklung“ abhängen, „die durch Grundeinkommen und Konsumbesteuerung zugleich ganz neue Impulse erhalten wird“ (116). Von Politik, gar emanzipatorischer, ist hier nicht die Rede. Statt vom Universalismus der Partizipation und Autonomie hören wir den Verweis auf die Ökonomie als maßgebliche Größe.

Susanne Wiest wiederum, die Initiatorin der Grundeinkommenspetition an den Deutschen Bundestag, sieht im BGE einen

„Kulturimpuls“, der sich mit den Begriffen „Frei, eigenverantwortlich und zusammen“ fassen lässt. Ihr Weg dahin bleibt bewusst nebulös, vielspurig und offen. Neben der selbstgestellten Aufgabe, möglichst viele andere Menschen über die Idee des BGE zu informieren, sieht sie schon eine „Bürgerbewegung Grundeinkommen als losen Zusammenschluss“ im Entstehen (120). Und der Weg? „Wir gehen nebeneinander. Keine Führung, die voran geht, keinen Weg, den andere, ohne selbst zu prüfen oder zu denken, gehen können. Wir gehen nebeneinander. Jeder seinen eigenen Weg. Ich habe freies Vertrauen“ (120).

Den Abschluss des Bandes bilden zwei Beiträge zu Modellprojekten und Sozialexperimenten. Johannes Terwite (121-132) fragt nach den „Möglichkeiten und Grenzen des Beitrags (...), den Grundeinkommensexperimente zur Behebung von bislang vorhandenen Wissenslücken“ über Folgen eines BGE leisten können (122). Aus seiner Sicht ist derlei empirisches Wissen nötig, um die Idee eines BGE umfassend „fiskalisch und moralisch“ beurteilen zu können (125). Laborexperimente und ökonometrische Methoden dürften seines Erachtens am Strukturbruch scheitern, die ein BGE darstellt (126). Soziale Experimente (begrenzter Rahmen, Programmgruppe und Kontrollgruppe) scheinen ihm hier besser geeignet. Das oft als positives Beispiel zitierte namibische Experiment in Otjivero-Omitara, in dem den DorfbewohnerInnen für ein Jahr ein Grundeinkommen von 100 namibischen Dollar gezahlt wurde, bietet aus der Perspektive Terwites nur begrenzte Erkenntnisse, da eine Kontrollgruppe fehle (127). Doch auch die zeitliche Befristung solcher Modellprojekte lasse Zweifel an der Aus-

sagekraft aufkommen, sei es doch höchst wahrscheinlich, dass sich Menschen in befristeten Situationen anders verhielten als in dauerhaften (128). Untersuchungen, die sich im Sinne des Autors als soziale Experimente bezeichnen ließen, gab es vor allem in den 1970er-Jahren zur Umsetzung der „negativen Einkommenssteuer“ in Kanada und den USA. Ein wesentliches Ergebnis dieser Untersuchungen bestand darin, dass die Beteiligten ihre Arbeitszeit nur in geringem Umfang reduziert haben. Dies belege, „dass Menschen trotz eines garantierten Einkommensniveaus die Erwerbsarbeit nicht einfach ruhen lassen“ (130). Dennoch beherrschte die Aussage, dass durch garantierte Einkommen das Arbeitsangebot zurückgehe, die öffentliche Debatte über die Ergebnisse.

Trotz aller Nachdenklichkeit gibt Johannes Terwite dem rationalen wissenschaftlichen Argument in der Sozialpolitik einen überhöhten Stellenwert, wenn er abschließend behauptet, dass „soziale Grundeinkommensexperimente (...) einen wichtigen Beitrag leisten“ können, Ungewissheiten über die Folgen von Politikvorschlägen abzubauen (131). Hier wird aus Sicht des Rezensenten die Kraft des vernünftigen Arguments im Streit von sozialen Interessen, politischen Lobbies und Populismen überschätzt.

Der englischsprachige Beitrag von Guy Standing befasst sich mit einer ähnlichen Fragestellung. Ihm geht es um die Voraussetzungen möglicher BGE-Pilotmodelle. Für deren Design und die Evaluation benennt er siebzehn Imperative. Diese reichen von der Barauszahlung bis zum Anspruch, nicht zeitgleich mit der Einführung des BGE konkurrierende Projekte zu etablieren. Im Zusammenhang mit

den Hauptkritikpunkten am BGE und den wichtigsten Argumenten der BefürworterInnen wird die Forderung nach klaren Hypothesen vor Beginn des Modellversuchs formuliert (144/145). Guy Standing jedenfalls hält die Zeiten für günstig, solche Experimente weltweit durchzuführen. Überall erkenne man die wachsende wirtschaftliche Unsicherheit – einfache Geldtransfers seien ein gangbarer Weg, diesen Unsicherheiten zu begegnen (152). Auch er verspricht sich von solchen Experimenten den Einzug des BGE in den Mainstream des sozial- und entwicklungspolitischen Denkens (152).

Der Band ist als Bestandteil politischer Bildungsarbeit angelegt. In der Unterschiedlichkeit der Beiträge finden sich Argumentationen zwischen dem Glauben an einen herrschaftsfreien wissenschaftlichen Diskurs über die künftige Entwicklung des Sozialstaats genauso wie die Darstellung der zugrunde liegenden normativen Konflikte und unterscheidbare politische Vorschläge zu Gestalt und Zweck eines BGE. Aus einigen Texten kann man Kriterien ableiten, um emanzi-

patorische Perspektiven eines BGE (plus) von anderen zu unterscheiden. Die Frage nach der problematischen Rolle eines BGE als Lohn für gesellschaftlich und politisch als gut, sinnvoll oder gewünscht definierte Tätigkeiten kommt wahrscheinlich wegen der Fixierung auf die „Wege zum...“ zu kurz. Wie in den meisten Publikationen zum BGE hätte auch die Diskussion, wer denn die sozialen und politischen Träger von Schritten in Richtung BGE sein könnten und in welchen Kämpfen und Konflikten Schritte dahin überhaupt auftauchen, einen prominenteren Platz und mehr Raum verdient. Das sympathische Zitat von Ton Steine Scherben „und du weißt, das wird passieren, wenn wir uns organisieren“ vor dem Text von Stephan Lessenich wirft die dazu passenden Unmengen an Fragen auf: Das? Wir? Organisieren?

*Wolfgang Völker
Diakonisches Werk Hamburg
Königsstr. 54
22767 Hamburg
E-Mail: wvoelker-hamburg@t-online.de*

Jahresinhaltsverzeichnis Widersprüche, 33. Jahrgang 2013

127: Schöner Wohnen II. Wohnen und soziale Arbeit

- Stephan Nagel*
Ausgrenzung und Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. 9
- Florian Hohenstatt & Moritz Rinn*
Festivalisierte Problembearbeitung. Die bevölkerungspolitische Strategie der IBA Hamburg, die Abwesenheit Sozialer Arbeit in Stadtentwicklungspolitik und die Effekte auf Wohnverhältnisse in Wilhelmsburg. 23
- Protestbewegung der Geflüchteten in Deutschland*
Erklärung der Protestbewegung der Geflüchteten in Deutschland 41
- Bernd Kasperek & Matthias Schmidt*
Residenzpflicht. 43
- Susanne Gerull*
Hausbesuche in der Sozialen Arbeit: Traditioneller Ansatz – zu wenig reflektiert? 51
- Sabine Stövesand*
Das Private ist Politisch. Über öffentliche Eingriffe in privatisierte Gewaltverhältnisse 65
- Helga Cremer-Schäfer*
Wer definiert, wie die Geschichte von repressiver Integration und moralisch legitimierter Ausschließung (wo und wann auch immer) zu erinnern und zu verantworten ist? Ein Beitrag zum Sinn der entrüsteten Skandalisierung des Grundkurs Soziale Arbeit, von Timm Kunstreich und der Hochschule des Rauhen Hauses 83
- Barbara Rose*
Von guten und schlechten Opfern 99
- Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Hamburg*
Stellungnahme des AKS zu der Auseinandersetzung um die Veröffentlichung eines Beitrags von Eberhard Mannschatz zur Sozialen Arbeit in der DDR im „Grundkurs Soziale Arbeit“, Band 2 (2001) von Timm Kunstreich Stellungnahme des AKS 105

Rezensionen

- Ellen Bareis*
Globale Urbanisierungsprozesse und die Alltagspraktiken der Leute
Über Doug Saunders: Arrival City. Über alle Grenzen hinweg ziehen Millionen Menschen vom Land in die Städte. Von ihnen hängt unsere Zukunft ab 111
- Sandra Küchler*
Vom Sich-miteinander-Verwirren und der Möglichkeit des Neuen
Über Michael May: Jugendliche in der Provinz, Ihre Sozialräume, Probleme und Interessen als Herausforderung an die Soziale Arbeit, Beiträge zur Sozialraumforschung 117

128: Soziale Arbeit als Lohnarbeit

- Karl August Chassé*
Deregulierte Soziale Arbeit? 11
- Heinz-Jürgen Dahme & Norbert Wohlfahrt*
Europäische Staatsschuldenkrise und soziale Dienste: zur Durchsetzung neuer Rentabilitäts- und Akkumulationsbedingungen im Sozialsektor. 33

Jahresinhaltsverzeichnis Widersprüche, 33. Jahrgang 2013

131

- Franz Segbers*
Die Konflikte um das Recht der Beschäftigten in Kirche, Diakonie und Caritas
Ein kritisches Resümee des Dienens. 59
- Iris Nowak*
Über die Schwierigkeit von Konflikten in der Sorgearbeit 73
- Barbara Rose & Jan Wulf-Schnabel*
Von der Schwierigkeit, die Lohnarbeitsverhältnisse zum Thema zu machen. 87
- Ariane Brensell*
Burnout: Ausblendungen, Herrschaftsdimensionen und emanzipatorische Perspektiven für die Soziale Arbeit 111
- Miriam Meuth*
Wohn-Ort als Pädagogischer Ort: Raumsoziologische Überlegungen zu 'Wohnen' innerhalb des sozialpädagogisch begleiteten Jugendwohnens. 131

Rezensionen

- Kerstin Herzog*
Prekarisierung und Formen des Widerstands.
Über Isabell Lorey: Die Regierung der Prekären 149

129: Wem hilft die Kinder- und Jugendhilfe?

- Günter Pabst*
Notate der Erinnerungen: Rolf Schwendter (1939-2013) 7
- Timm Kunstreich*
Zum Gedenken an Burkhard Müller (1939-2013). 13
- Manfred Kappeler*
Heimerziehung in der (alten) Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik – und was wir daraus lernen können. Eine Textcollage. 17
- Michael Lindenberg*
Geschlossene Heimerziehung in Deutschland vor und nach der Wende
Ein Kommentar zur Wiederkehr des Selben 35
- Vadim Riga*
Wann sind wir zu Hause? Persönliche Reflexionen zur Heimerziehung 41
- Friedemann Affolderbach & Uwe Hirschfeld*
Enteignete Erfahrung? Ein Gespräch zur Politik der Erinnerung an die DDR. 57
- Eberhard Mannschatz*
Zur Positionierung der Jugendhilfe. Themenbezogene Erörterung aus einem verschütteten Denkhorizont 75
- Timm Kunstreich*
„Ihr wollt unser Bestes? Ihr kriegt es nicht!“ Notate zur Abschaffung der Heimerziehung 93
- Sven Heuer*
Die Ordnung der „konfrontativen Pädagogik“ – Zwischen Präventionsstrategie und Punitivitätskonzept 117

Rezensionen

Sandra Küchler

Ein Teil davon sein. *Über* Marcus Hußmann: 'Besondere Problemfälle' Sozialer Arbeit in der Reflexion von Hilfeadressaten aus jugendlichen Straßenszenen in Hamburg. Eine qualitative Studie unter besonderer Berücksichtigung der Membership-Theorie nach Hans Falck. 133

130: Soziale Arbeit in der (Post-)Demokratie?

Ellen Bareis

Die Löcher im konsensualen Gewebe der (Post-)Demokratie. Oder: Wie viel Unrepräsentierbarkeit erträgt die Soziale Arbeit? Ein Essay. 11

Martina Lütke-Harmann

Auf der Suche nach dem verlorenen Grund. 'Post-Demokratie' als historische und systematische Reflexionskategorie Sozialer Arbeit. 23

Benedikt Sturzenhecker

Demokratiebildung in der Debatte um Rancières Begriff der Demokratie und Postdemokratie. 43

Thomas Wagner

Soziale Arbeit, Bürgerschaft und (Post-)Demokratie – Über die Notwendigkeit, Soziale Arbeit in demokratietheoretischen Widersprüchen zu denken. 61

Heinz Sünker

Über den Widerspruch zwischen Bildung und kapitalistischer Demokratie Mehr als eine Polemik. 89

Marie Frühauf & Kathrin Schulze

Soziale Arbeit und ihr empirischer Blick auf die 'Gekreuzten'. Anmerkungen zur Ausgabe „Gekreuzt?!“ 101

Aktionskonferenz Care Revolution

„Her mit dem guten Leben – für alle weltweit!“ 115

Rezensionen

Wolfgang Völker

„Nicht ob, sondern wie?“ Oder: Schrittlchen für Schrittlchen ins Paradies. *Über* Jacobi, Dirk/Strengmann-Kuhn, Wolfgang (Hg): Wege zum Grundeinkommen. 120

Alphabetisches Verzeichnis der AutorInnen

Friedemann Affolderbach & Uwe Hirschfeld

Enteignete Erfahrung? Ein Gespräch zur Politik der Erinnerung an die DDR. 129-57

Aktionskonferenz Care Revolution

„Her mit dem guten Leben – für alle weltweit!“ 130-115

Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Hamburg

Stellungnahme des AKS zu der Auseinandersetzung um die Veröffentlichung eines Beitrags von Eberhard Mannschatz zur Sozialen Arbeit in der DDR im „Grundkurs Soziale Arbeit“, Band 2 (2001) von Timm Kunstreich Stellungnahme des AKS 127-105

Ellen Bareis

Die Löcher im konsensualen Gewebe der (Post-)Demokratie. Oder: Wie viel Unrepräsentierbarkeit erträgt die Soziale Arbeit? Ein Essay. 130-11

Ariane Brensell

Burnout: Ausblendungen, Herrschaftsdimensionen und emanzipatorische Perspektiven für die Soziale Arbeit. 128-111

Karl August Chassé

Deregulierte Soziale Arbeit? 128-11

Helga Cremer-Schäfer

Wer definiert, wie die Geschichte von repressiver Integration und moralisch legitimer Ausschließung (wo und wann auch immer) zu erinnern und zu verantworten ist? Ein Beitrag zum Sinn der entrüsteten Skandalisierung des Grundkurs Soziale Arbeit, von Timm Kunstreich und der Hochschule des Rauhen Hauses 127-83

Heinz-Jürgen Dahme & Norbert Wohlfahrt

Europäische Staatsschuldenkrise und soziale Dienste: zur Durchsetzung neuer Rentabilitäts- und Akkumulationsbedingungen im Sozialsektor. 128-33

Marie Frühauf & Kathrin Schulze

Soziale Arbeit und ihr empirischer Blick auf die 'Gekreuzten' Anmerkungen zur Ausgabe „Gekreuzt?!“ 130-101

Susanne Gerull

Hausbesuche in der Sozialen Arbeit: Traditioneller Ansatz – zu wenig reflektiert? 127-51

Sven Heuer

Die Ordnung der „konfrontativen Pädagogik“ – Zwischen Präventionsstrategie und Punitivitätskonzept 129-117

Florian Hohenstatt & Moritz Rinn

Festivalsierte Problembearbeitung. Die bevölkerungspolitische Strategie der IBA Hamburg, die Abwesenheit Sozialer Arbeit in Stadtentwicklungspolitik und die Effekte auf Wohnverhältnisse in Wilhelmsburg. 127-23

Manfred Kappeler

Heimerziehung in der (alten) Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik – und was wir daraus lernen können. Eine Textcollage. 129-17

Bernd Kasperek & Matthias Schmidt

Residenzpflicht. 127-43

Timm Kunstreich

„Ihr wollt unser Bestes? Ihr kriegt es nicht!“ Notate zur Abschaffung der Heimerziehung. 129-93

Zum Gedenken an Burkhard Müller (1939-2013). 129-13

Michael Lindenberg

Geschlossene Heimerziehung in Deutschland vor und nach der Wende Ein Kommentar zur Wiederkehr des Selben. 129-35

Martina Lütke-Harmann

Auf der Suche nach dem verlorenen Grund. 'Post-Demokratie' als historische und systematische Reflexionskategorie Sozialer Arbeit 130-23

Eberhard Mannschatz

Zur Positionierung der Jugendhilfe. Themenbezogene Erörterung aus einem verschütteten Denkhorizont 129-75

Miriam Meuth

Wohn-Ort als Pädagogischer Ort: Raumsoziologische Überlegungen zu 'Wohnen' innerhalb des sozialpädagogisch begleiteten Jugendwohnens. 128-131

Stephan Nagel

Ausgrenzung und Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. 127-9

Iris Nowak

Über die Schwierigkeit von Konflikten in der Sorgearbeit 128-73

Günter Pabst

Notate der Erinnerungen: Rolf Schwendter (1939-2013) 129-7

Protestbewegung der Geflüchteten in Deutschland

Erklärung der Protestbewegung der Geflüchteten in Deutschland 127-41

Vadim Riga

Wann sind wir zu Hause? Persönliche Reflexionen zur Heimerziehung 129-41

Barbara Rose

Von guten und schlechten Opfern 127-99

Barbara Rose & Jan Wulf-Schnabel

Von der Schwierigkeit, die Lohnarbeitsverhältnisse zum Thema zu machen 128-87

Franz Segbers

Die Konflikte um das Recht der Beschäftigten in Kirche, Diakonie und Caritas

Ein kritisches Resümee des Dienens. 128-59

Sabine Stövesand

Das Private ist Politisch. Über öffentliche Eingriffe in privatisierte Gewaltverhältnisse ... 127-65

Benedikt Sturzenhecker

Demokratiebildung in der Debatte um Rancières Begriff der Demokratie

und Postdemokratie 130-43

Heinz Sünker

Über den Widerspruch zwischen Bildung und kapitalistischer Demokratie

Mehr als eine Polemik 130-89

Thomas Wagner

Soziale Arbeit, Bürgerschaft und (Post-)Demokratie – Über die Notwendigkeit,

Soziale Arbeit in demokratiethoretischen Widersprüchen zu denken. 130-61

Alphabetisches Verzeichnis der Rezensionen

Ellen Bareis

Globale Urbanisierungsprozesse und die Alltagspraktiken der Leute

Über Doug Saunders: Arrival City. Über alle Grenzen hinweg ziehen Millionen

Menschen vom Land in die Städte. Von ihnen hängt unsere Zukunft ab 127-111

Kerstin Herzog

Prekarisierung und Formen des Widerstands. Über Isabell Lorey: Die Regierung

der Prekären 128-149

Sandra Küchler

Ein Teil davon sein. Über Marcus Hußmann: 'Besondere Problemfälle' Sozialer Arbeit in der

Reflexion von Hilfeadressaten aus jugendlichen Straßenszenen in Hamburg. Eine qualitative

Studie unter besonderer Berücksichtigung der Membership-Theorie nach Hans Falck. ... 129-133

Sandra Küchler

Vom Sich-miteinander-Verwirren und der Möglichkeit des Neuen. Über Michael May:

Jugendliche in der Provinz, Ihre Sozialräume, Probleme und Interessen als

Herausforderung an die Soziale Arbeit, Beiträge zur Sozialraumforschung 127-117

Wolfgang Völker

„Nicht ob, sondern wie?“ Oder: Schrittlchen für Schrittlchen ins Paradies. Über

Jacobi, Dirk/Strengmann-Kuhn, Wolfgang (Hg): Wege zum Grundeinkommen. 130-120